ATZE



Antifaschistische Zeitung Kiel Nr. 26

November/Dezember 1995
Neuer Preis: 3,- DM

Deutsche Nazis in Skandinavien:
Hess-Marsch-Fiasko in Dänemark
- Rieger kauft Landsitz in Schweden
Korporationen - die Elite der Nation?

Liebe Leser, Liebe Leserinnen,

erneut legen wir Euch eine recht umfangreiche Antifa-Zeitung vor. Im Mittelpunkt stehen wie gewohnt regionale Themen. Erfreulicherweise findet der Protest gegen den antisemitische *Bund für Gotterkenntnis*, über den wir in der letzten ATZE ausführlich berichtet haben, seine Fortsetzung. Auch dem *Ferienheim Schönhagen e.V.* bläst nun der Wind ins Gesicht.

Schon in wenigen Monaten sind in Schleswig-Holstein Landtagswahlen - wie sich die Lage bei den neofaschistischen Parteien darstellt, lest Ihr auf den ersten Seiten. Ein Hintergrundbericht zu den Burschenschaften an der Kieler Universität ist das dritte Thema dieses Regionalblocks, der - wie immer - durch die beliebte Rubrik „Schon gehört“ ergänzt wird.

Als wir im Frühjahr 1995 gemeinsam mit der dänischen Antifa-Zeitung DEMOS eine Broschüre zu den deutsch-dänischen Nazi-Verbindungen herausgaben, hatten wir schon befürchtet, daß Dänemark zu einem bevorzugten Aktionsfeld des internationalen Nazi-Netzwerkes werden würde. Dies hat sich inzwischen bestätigt - zuletzt versuchten Nazis aus Anlaß des Todestages des Nazi-Kriegsverbrechers Rudolf Heß in Roskilde zu demonstrieren - , so daß wir dieser Entwicklung ausführlich Beachtung schenken.

Die internationale Solidarität ist auch Thema weiterer Artikel zum Abschiebeknast in Glasmoor, dem kurdischen Befreiungskampf und zur Situation des schwarzen Journalisten Mumia-Abu-Jamal.

Eine bedauerliche Mitteilung zum Schluß: mit sofortiger Wirkung kostet das Einzelheft der ATZE 3.- DM. Dieser Schritt ist angesichts der steigenden Kosten leider unvermeidbar. Wir empfehlen: abonnieren.

Einen umfangreichen Brief zu unserer deutsch-dänischen Broschüre „Verbindungslinie Nord“ konnten wir leider nicht dokumentieren - er Umfang ist einfach zu groß.Wer daran interessiert ist, schicke uns bitte Porto zu und wir schicken den Leserbrief zurück.

Die ATZE-Redaktion

Atze

Antifaschistische Zeitung Kiel
Schweffelstraße 6,
24118 Kiel
Auflage: 700
Nr. 26, November/Dezember 1995
V.i.S.d.P.: W. Petersen
Abdruck, auch auszugsweise, nur nach Rückfrage bei der Redaktion oder den AutorInnen.
Bankverbindung:
S. Petersen
KtoNr.: 47 53 83 - 204
Postgiroamt Hamburg
BLZ: 200 100 20

Inhaltsverzeichnis

Schleswig-Holstein

International

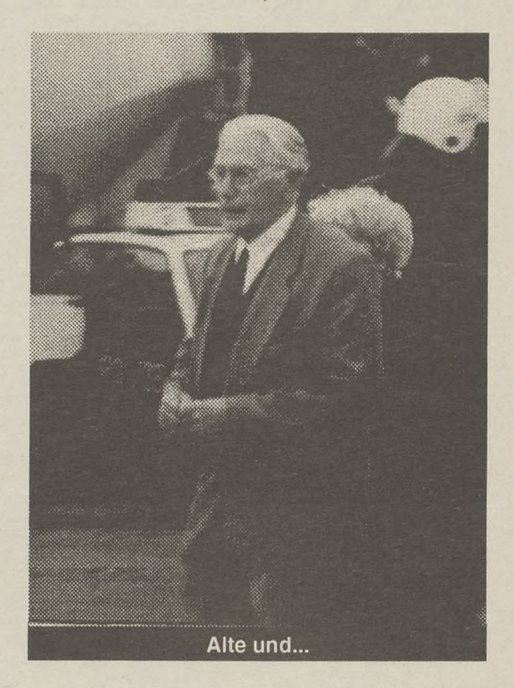
Kurdistan/Türkei

Sonstiges



Faschistische Parteien wollen zur Landtagswahl im März antreten

Zu den am 24. März 1996 in Schleswig-Holstein stattfindenden Landtagswahlen wollen mindestens zwei neofaschistische Parteien antreten. Die* Deutsche Liga für Volk und Heimat *(*DLVH*) sammelt bereits seit einiger Zeit Unterschriften, um zur Wahl zugelassen zu werden; und inzwischen hat auch die* Deutsche Volksunion *(*DVU*), die 1992 sechs Abgeordnete in den Landtag entsenden konnte, ihre Absicht zur Kandidatur bekräftigt.


Alte und...

Der zunächst von der CDU/CSU, später jedoch auch von der SPD geschürte Rassismus gegenüber Flüchtlingen, der schließlich in der fast völligen Beseitigung des Asyl*rechts* in der Bundesrepublik mündete, brachte Anfang der 90er Jahre faschistischen Parteien in der Bundesrepublik eine Reihe von Wahlerfolgen. Insbesondere die DVU, deren Chef Gerhard Frey über das notwendige Geld verfügt, um mit der weiträumigen und wiederholten Verteilung von rassistischer Hetzpropaganda an die von den bürgerlichen Parteien vorbereitete Stimmung anzuknüpfen, konnte mit dem Einzug in die Landesparlamente von Bremen (1991) und Schleswig-Holstein (1992) hieraus gestärkt hervorgehen.

Wie in Bremen so hielt auch im Kieler Landtag die 6-köpfige DVU-Fraktion nicht lange. Fünf Abgeordnete trennten sich im Streit um Geld, Posten und politisches Auftreten von der Münchner DVU-Zentrale; vier davon fanden sich nach einiger Zeit bei der *DLVH* wieder. Inzwischen hat Frey zwei von ihnen wieder gewinnen können, so daß DVU und DLVH im Landtag jeweils mit 3 Abgeordneten vertreten sind. Zur Zeit bemühen sich beide Parteien darum, sich bei den rechten WählerInnen mit Blick auf die kommende Landtagswahl zu positionieren. Weitere Kandidaturen sind bisher nicht bekanntgeworden. Die NPD hat ihre Absicht bekundet, die DLVH zu unterstützen; die REP konzentrieren sich auf die Wahlen in Baden-Württemberg, wo sie mit Abgeordneten im Landtag vertreten sind. Ob der *Bund freier Bürger* im Norden antreten wird, ist eher zweifelhaft.

DLVH bereits im Wahlkampf

Die DLVH sammelt bereits seit Monaten Unterschriften, um ihre Kandidatur abzusichern. Unter den von der neofaschistischen Partei, die sich die Überwindung der organisatorischen Spaltung des bundesdeutschen Neofaschismus auf ihre Fahnen geschrieben hat, aufgestellten Kandidaten finden sich ehemalige DVU-Funktionäre / -Kandidaten wie Peter Kühn (Borstel), Ursula Schwellnus (Pinneberg) und Karin Voß (Wahlstedt) ebenso wie frühere Kader der inzwischen verbotenen Wiking-Jugend (Rolf-Dieter Böhm, St. Peter-Ording) oder der NPD (Reinhard Dutschke, Lübeck).


... junge TeilnehmerInnen des DLVH-Parteitags am 17.9.94 in Steinburg

Besonderes Augenmerk hat die DLVH in Schleswig-Holstein seit ihrer Gründung 1991 auf die Verbindung zu anderen neofaschistischen Gruppen gelegt:

- In den ersten Landesvorständen waren ehemalige Mitglieder von REP, DVU und NPD vertreten.
- Gemeinsam mit Mitgliedern der Jugendorganisation der NPD und der inzwischen verbotenen FAP wurde im Juni 1994 in Rendsburg eine Sonnenwendfeier durchgeführt.
- An den Landesparteitagen nahmen auch Mitglieder der REP und anderer neofaschistischer Organisationen teil.
- Der DLVH-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Ingo Stawitz, traf sich mit dem damaligen FAP-Bundesgeschäftsführer, um über Möglichkeiten der Kooperation zu sprechen.
- Als Fraktionsassistenten beschäftigt die DLVH im Landtag Philip Steinbeck, den früheren Gauleiter Schleswig-Holstein der von Michael Kühnen organisierten militanten *Nationalen Sammlung*.
- Am Rande eines REP-Parteitages in Uetersen kommt es 1995 zu einem Treffen zwischen dem REP-Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer und Ingo Stawitz.
- Stawitz spricht bei einer NPD-Feier aus Anlaß von deren dreißigjähriger Existenz in Schleswig-Holstein.

Seit einigen Wochen bereits führt die DLVH kleinere Aktionen in der Öffentlichkeit durch. Diese dienen einerseits der Sammlung von Unterschriften, andererseits muß sich die Partei als aktions- und handlungsfähig auch außerhalb des Parlaments zeigen, will sie in größerem Umfang Anhang aus der rechten Szene Schleswig-Holsteins an sich binden. Schließlich geht es auch darum, die Zusammenarbeit von Anhängern ver-

schiedener faschistischer Gruppen nicht nur auf dem Papier zu formulieren, sondern in der politischen Praxis zu entwikkeln und auszubauen.

Teil der gegenwärtigen Strategie der DLVH sind auch die schlagzeilenträchtigen Anfragen und Reden im Kieler Landtag, so wenn ein Schmähbrief der DLVH an die Jüdische Gemeinde gerichtet wird, den die DLVH-Abgeordneten im Landtag dann vehement verteidigen. Während dies vor allem das rechtsextrem eingestellte WählerInnenpotential im Lande anspricht, zielt die von der Fraktion in hoher Auflage in Briefkästen verteilte Zeitung *DLVH-Direkt. Informationen zur politischen Situation in Schleswig-Holstein und Deutschland* mit der darin enthaltenen Propaganda, sich als „Partei der kleinen Leute" darzustellen, vor allem auf noch nicht endgültig in einer offensiv rassistischen Weltsicht festgelegte „ProtestwählerInnen".

Wahlerfolg in Bremerhaven im September 1995 Auftrieb erhalten haben. So heißt es denn in den jüngsten Ausgaben der Frey-Zeitungen auch: „Noch am Wahlabend hat der DVU-Bundesvorstand bekräftigt, nunmehr alle Kraft und Konzentration zu bündeln, um bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein (...) mit einem überzeugenden Ergebnis wiederum in den Kieler Landtag einzuziehen."

Die Sammlung der rechten Stimmen bei der DVU setzt jedoch sowohl die Stärkung des personellen wie politischen Profils der DVU voraus als auch die Schwächung der ebenfalls zur Wahlteilnahme entschlossenen DLVH. Beides läßt sich seit einiger Zeit in der *Deutsche Nationalzeitung* und der *Deutsche Wochen-Zeitung* verfolgen - eine weitere Intensivierung dieser Taktik, z.B. durch flächendeckend verteilte Postwurfsendungen, ist mit dem Näherrücken des Wahltermins zu erwarten.

Renate Köhler, die einzige, Frey über

Nazis im Schleswig-Holsteinischem Landtag:

DLVH - Ingo Stawitz / Ingo Schachtschneider / Karin Voß

DVU - Renate Köhler / Helmut Thienemann / Benvenuto Friese

DVU will Wiedereinzug in den Landtag

Im Unterschied zur DLVH ist die *Deutsche Volksunion* (*DVU*) des Multimillionärs Gerhard Frey nicht gezwungen, Unterschriften für eine Wahlzulassung zu sammeln, da sie 1992 die 5%-Hürde überwunden hat. In einer Analyse der politischen Kräfteverhältnisse nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Bremen und Frankfurt/Main kam das neofaschistische Frey-Blatt *Deutsche Nationalzeitung* im Juli 1995 u.a. zu dem Ergebnis, daß „die Zahl der Nichtwähler immens (steigt); viele Protestwähler, die Anfang der 90er Jahre rechts gestimmt haben, sind in die Enthaltung gegangen, nicht aber zurück zu den Etablierten". Und: „Das rechte Potential schlummert wie ein schlafender Riese in einer gewaltig gewachsenen Stimmenthaltung". Freys Absicht, dieses Potential zu aktivieren, dürfte durch den DVU-die gesamte Parlamentsperiode treu ergebene DVU-Abgeordnete im Landtag Schleswig-Holsteins, wird auf DVU-Veranstaltungen im ganzen Bundesgebiet vorgezeigt; ihre Beiträge und Aktivitäten werden in den Nazi-Zeitungen Freys gewürdigt. Gegenüber der DLVH, die sich vor einigen Jahren als „Sammlungsversuch der Rechten" gegründet hat, versucht Frey nun, das Thema „Einheit der Rechten" für die DVU zu besetzen. In seinen Zeitungen verweist er dabei u.a. auf die Absprachen mit dem früheren REP-Bundesvorsitzenden Schönhuber, gegen die DLVH gewandt heißt es: „Völlig ausgeschlossen ist erst recht irgend eine Verbindung mit der winzigen 'Liga', deren tonangebende Personen ihre früheren Parteien, teilweise wiederholt, verraten haben." Und in einem Mitte August in Schleswig-Holstein verschickten Rundschreiben fordert Frey dazu auf, die Wahlteilnahme der DLVH unmöglich zu machen: „Gemäß Wahlgesetz müssen solche Splitter- und Spaltergruppen, die ohnehin nur Briefkastenorganisationen sind, einige tausend Unterschriften sammeln, um auf den Stimmzettel zu kommen. (...) Wer seine Unterschrift einer solchen von Agenten bestimmten Kleinstgruppe gibt, beteiligt sich ungewollt an der Vernichtungsstrategie der Antideutschen gegen die Rechte. Ich vertraue darauf, daß Sie die Machenschaften durchschauen und den Spaltpilzen keine Unterschrift geben."

Das Signal von Bremerhaven

Sehr verehrter Freiheitlicher!

Gegen alle Widerstände seitens einer übermächtigen Gegnerschaft ist der DVU erneut der Einzug ins Bremerhavener Parlament gelungen. Ein Signal von überragender Bedeutung.

Noch am Wahlabend hat der DVU-Bundesvorstand bekräftigt, nunmehr alle Kraft und Konzentration zu bündeln, um bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein, die schon am 24. März stattfindet, mit einem überzeugenden Ergebnis wiederum in den Kieler Landtag einzuziehen. Die Altparteien brauchen Druck von rechts, Deutschland braucht die DVU.

Greifen auch Sie jetzt in den Kieler DVU-Wahlkampf ein. Auf Ihre großherzige Spende sind wir zwingend angewiesen, wenn wir den alten Parteien Paroli bieten wollen.

Beste Grüße

Dr. Gerhard Frey

Wahlkampfspenden befreien von Steuern: Wer spendet, bekommt vom Finanzamt beim Lohn- bzw. Einkommensteuerausgleich die Hälfte zurück.

DVU-Spendenkonto: Postbank Hamburg, Konto-Nr. [illegible] (BLZ 20010020) Stichwort: SCHLESWIG-HOLSTEIN

aus *Deutsche National Zeitung* 6.10.95

Mögen die Chancen für einen erneuten Wahlerfolg der faschistischen Parteien gegenwärtig auch gering erscheinen, weil ihnen der Rückenwind einer von den bürgerlichen Parteien breit getragenen rassistischen Kampagne fehlt, so sollte dies für AntifaschistInnen kein Grund sein, die Hände in den Schoß zu legen. Denn die DVU wird mit ihren in großem Umfang verbreiteten Hetzmaterialien zur Vergiftung des öffentlichen Klimas beitragen; und die DLVH wird den Wahlkampf zum weiteren Aufbau ihrer Strukturen nutzen. Beides also gute Gründe für AntifaschistInnen, aktiv zu werden.

Broschüre zur Landtagswahl Schleswig-Holstein 1996

Zur Landtagswahl 1996 veröffentlicht Avanti, Projekt undogmatische Linke , im November eine Broschüre . Schwerpunkte sind mit der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" und der „Deutschen Volks Union" die beiden rechtsextremen Parteien, die im Landtag vertreten sind und auch wieder kandidieren, die politischen Berührungspunkte zu etablierten Parteien,sowie die Ansatzpunkte und Möglichkeiten antifaschistischer Aktivitäten im Wahlkampf.
Zu beziehen über: **Avanti, Schweffelstraße 6, 24118 Kiel**

"Wir sind die Elite der Nation"

Geschichte, Ideologie und gesellschaftliche Bedeutung von Korporationen

Warum Du über Studentenverbindungen Bescheid wissen solltest

Sowohl in der Öffentlichkeit, als auch an der Universität existiert ein diffuses Bild darüber, was Burschenschaften, Landsmannschaften, Turnerschaften, Corps und andere Formen studentischer Verbindungen (im folgenden auch übergreifend "Korporationen" genannt) eigentlich sind. An der CAU treten sie dadurch in Erscheinung, daß sie mit Plakaten und Flugblättern für Feten, Feuerzangenbowlen und politische Vorträge werben, billigen Wohnraum, meistens für männliche Studierende, anbieten und zur ErstsemesterInnen Begrüßung im Audimax mit albernen bunten Bändseln und Mützchen billigen Sekt ausschenken. Dies scheint das allgemein verbreitete Bild von spießigen Traditionsverbänden, bei denen außer Saufen und Fechten nicht viel abgeht, zunächst zu bestätigen. Ihre eigentliche Ideologie und gesellschaftliche Bedeutung in Vergangenheit und Gegenwart bleibt hingegen im Dunkeln.



Aus der Geschichte der Korporationsbewegung

Die studentischen Verbindungen berufen sich in ihren Selbstdarstellungen gerne auf die Entstehungsphase ihrer Bewegung zu **Beginn des 19.Jahrhunderts**. Die damaligen Korporationsstudenten wandten sich gegen die Kleinstaaterei der absolutistischen Fürsten und auch gegen die napoleonische Besatzung (Befreiungskriege 1813/14). Die damaligen Verbindungsstudenten waren deshalb auch politischer Verfolgung ausgesetzt. Daher meinen die heutigen Korporationen aus dieser Zeit ihre "liberale und demokratische" Legitimation ziehen zu können. Doch schon mit der gescheiterten bürgerlichen Revolution von 1848 traten mehr und mehr nationalistische und antisemitische Tendenzen auf. Diese setzten sich mit den bismarckschen Einigungskriegen (1866-1871) voll durch.

Durch das **Kaiserreich** marschierten die meisten Korporationsverbände im engen Schulterschluß mit den gesellschaftlichen Eliten. Deren Hauptziele - Niederhaltung der erstarkenden ArbeiterInnenbewegung nach innen, imperialistische Politik nach außen - machten die Verbindungsstudenten zu den ihren. Auf der Grundlage einer völkisch-biologistischen Ideologie agierten Korporationen gegen die vermeintlichen Feinde des "Deutschtums". Der größte Teil der Kieler Korporationen entstand nach der Reichsgründung 1871, so daß ihre ideologische Ausrichtung eher aus dem autoritären wilhelminischen Obrigkeitsstaat abzuleiten ist. Besonders hervorzuheben ist der Verein deutscher Studenten (VDSt) von 1880, der einen rassistisch ausgelegten Antisemitismus an den Universitäten etablierte. Schon kurz nach der Gründung in Berlin bildete sich 1881 einer der ersten lokalen Ableger in Kiel, der VDSt zu Kiel-Greifswald. Aufgrund der eben geschilderten Einstellungen kann es nicht verwundern, daß die überwiegende Zahl der Studierenden, voran die Korporierten, den Beginn des ersten Weltkriegs bejubelte. Viele meldeten sich als Kriegsfreiwillige. Schon bald nach ihrer Rückkehr aus dem Krieg engagierten sich viele Studenten bei der Formierung der republikfeindlichen Kräfte.

Dem demokratischen Verfassungsstaat der **Weimarer Republik** standen die allermeisten Korporierten von Anfang an ablehnend gegenüber. Viele Korporierte waren Teil der paramilitärischen Freikorps und nahmen aktiv am Kapp-Putsch (1920) und an Hitlers "Marsch auf die Feldherrenhalle" (1923) teil. Dieser Putschversuch wurde in den "Burschenschaftlichen Blättern" des Dachverbands Deutsche Burschenschaft (DB) als Chance gesehen "eine revolutionäre Regierung der deutschen Freiheit zu bilden." Die Korporierten und NS-Studenten standen an der Spitze, wenn es während der Weimarer Republik zu Repressalien oder Ausschreitungen gegen demokratisch-republikanisch eingestellte oder jüdische Professoren kam. Viele Korporationen führten schon Anfang der 20er Jahre Regelungen ein, die Juden von der Mitgliedschaft ausschlossen. So schufen die Korporationen frühzeitig ein gesellschaftliches Klima, das den Nazis ermöglichte, an den Universitäten Fuß zu fassen.

In Kiel gelang dies besonders früh, bereits im März 1927 (!) war in Kiel republikweit der erste AStA-Vorsitzende im Amt, der Mitglied der NSDAP war. Zu den Wahlen 1929 trat der NS-Studentenbund (NSDStB) in einer Listenverbindung mit dem VDSt zu Kiel-Greifswald, katholischen Verbindungen und dem Kieler WINGOLF an. Die **Machtübernahme der NSDAP** wurde von den Korporationen, deren Mitglieder bereits in großem Maße im NSDStB, der NSDAP, SA und SS organisiert waren, stürmisch begrüßt. Die Teilnahme der Kieler Korporationen

an der Bücherverbrennung "undeutscher Autoren" am 10. Mai 1933 auf dem Wilhelmplatz wird folgendermaßen beschrieben: "Voran die Fahne der Universität, dann die Hakenkreuzfahne des Studentensturms und in langer Reihe dahinter die braunen Uniformen des Kampfbundes. Die gesamten Korporationen mit ihren Fahnen schließen sich an, (...)" (Neueste Kieler Nachrichten 12.05.1933).

Anders als viele heutige Verbindungsstudenten behaupten, waren die Korporationen während der NS-Herrschaft keiner tatsächlichen Verfolgung ausgesetzt. Auch in Kiel ging es bei Differenzen zwischen Korporationen und dem NSDStB nie um politisch-inhaltliche, sondern lediglich um organisatorisch-formelle Fragen. Die heute gerne von Korporierten als "Zwangsauflösung" bezeichnete Gleichschaltung mit dem NSDStB wurde lediglich von einigen wenigen kritischen Zwischentönen begleitet. Die Auflösung betraf lediglich die Aktiven, die eigentliche Struktur blieb unangetastet. Die Altherrenverbände blieben bestehen, die Verbindungshäuser wurden erst 1945 von den Alliierten beschlagnahmt.

Nach dem Ende des "tausendjährigen Reichs" war es nämlich für kurze Zeit aus mit der Burschenherrlichkeit. Im Zuge der Entnazifizierung wurde von den Alliierten ein Korporationsverbot einschließlich Mensurverbot eingeführt. Dennoch wurden viele Verbindungen sehr bald wieder neu gegründet und konnten mit Duldung der Westalliierten ihre Aktivität wieder aufnehmen. Innerhalb der Korporationen fand eine kritische Aufarbeitung ihrer Geschichte nie statt. Beispielhaft dafür sind die Aussagen eines Kieler "Wingolfiten" in der SKIZZE 16/93, in denen er die Rolle des Kieler WINGOLF (vgl. oben) vor und nach 1933 stark verharmlost.

Korporationen Heute: "Wir wollen auch weiterhin national gesinnte Menschen in alle führenden Berufe entsenden"

(CDU-Innenminister Manfred Kanther; Corps Guestphalia et Suevoborussia Marburg 1990 zur Zielsetzung der Verbindungsstudenten).

Das Innenleben der Verbindungen

Im folgenden soll der Zusammenhang zwischen den in Korporationen ausgeübten Riten mit dem politischen Selbstverständnis, dem Menschenbild und dem Persönlichkeitsideal von Verbindungsstudenten dargestellt werden.

In Kiel gibt es 10 schlagende (zwangsfechtende) Verbindungen (alle Corps, Burschenschaften, Landsmannschaften und Turnerschaften) und eine etwas größere Anzahl nicht-schlagender Verbindungen. Sitz jeder Korporation ist das Verbindungshaus, die in Kiel zumeist im Nobel-Stadtteil Düsternbrook zu finden sind. In Korporationen gilt das sog. "Lebensbundprinzip." Die "Alten Herren", Korporierte, die im Berufsleben stehen, stellen ihren Verbindungen ihre Finanzkraft zur Verfügung. Die Altherrenverbände haben damit in den Verbindungen eine Machtposition, mit der sie die geistig-ideologische Ausrichtung ihrer Korporationen weitgehend bestimmen können. So verhinderten die Alten Herren zum Beispiel die Mitgliedschaft von Homosexuellen, Ausländern und Kriegsdienstverweigerern.

Innere Hierarchie - Mensur und Kommers als Mittel der autoritären Erziehung

Die autoritätsfixierte Ausrichtung der Korporationen zeigt sich auch in der Erziehung zur bedingungslosen Unterordnung. So muß der frisch in eine Verbindung aufgenommene Student, ein sog. "Fux", zunächst eine Probezeit von ein bis zwei Semestern absolvieren, in der ihm die Burschenherrlichkeit zunächst in Form von Erniedrigung gegenüber tritt. Nicht nur, daß sie von ihrem übergeordneten Burschen, dem "Fuxmajor", zu jeder dem "Fuxmajor" unangenehmen Tätigkeit verpflichtet werden können, sie haben für die Burschen und die in dem Verbindungshaus anwesenden "Alten Herren" auch Essen und Bier herbeizuschaffen und werden von dem "Fuxmajor" in die Verbindungsgeschichte und die Verhaltensweisen der Korporation eingeführt. Das wohl bekannteste Erziehungsmittel ist die "**Mensur**", ein Zweikampf mit scharfen Waffen, der mit dem Fechtsport nichts zu tun hat, da Ausweichen nicht gestattet ist (erhebliche Verletzungen sind die Regel). In einer Broschüre der Kieler Burschenschaft der Krusenrotter wird der "Sinn" dieser ritualisierten Selbstverstümmelung so dargestellt: Die Mensur vermittle "eine Gemeinschaft des Erlebens, die zum Zusammenschluß im Bund wesentlich beiträgt. Zudem steht außer Zweifel: eine Gemeinschaft, in der jeder eine solche Hürde überwinden muß, hält mehr zusammen, als ein Verein, der nur pünktliche Beitragszahlung verlangt." Aus diesem Spannungsfeld zwischen Gruppenzwang und individuellem Machtgefühl entsteht der Corpsgeist, vor dessen Hintergrund die korporierte Cliquenwirtschaft erst funktionieren kann. Der Verbindungsstudent wird gelehrt, den Gehorsam zu seinem Stand über seine Individualität, hier sein natürliches Interesse an körperlicher Unversehrtheit, zu stellen.

Die "**Kommerse**", ritualisierte, nach strengen Regeln ablaufende Saufgelage im Verbindungshaus, stellen einen weiteren Beitrag zur Erziehung dar. Auch hier ist die Hierarchisierung festgeschrieben, der "Fux" hat das Bier zu holen, der Bursche kann seinem "Fux" jederzeit das Bierglas leertrinken lassen und ihm das Verbot erteilen, auf die Toilette zu gehen. Diese und andere Formen der Erniedrigung sind die Stütze der Rangordnung, schleifen ein Weltbild ein, das auf Befehl und Gehorsam basiert: Die erlittenen Erniedrigungen wird der "Fux", wenn er in der Ranggliederung der Verbindung aufgestiegen ist, weitergeben und so den Bestand des verbindungsinternen Kastenwesens zementieren.

Korporierte sind noch „Männer" - Sexismus als Lebensprinzip

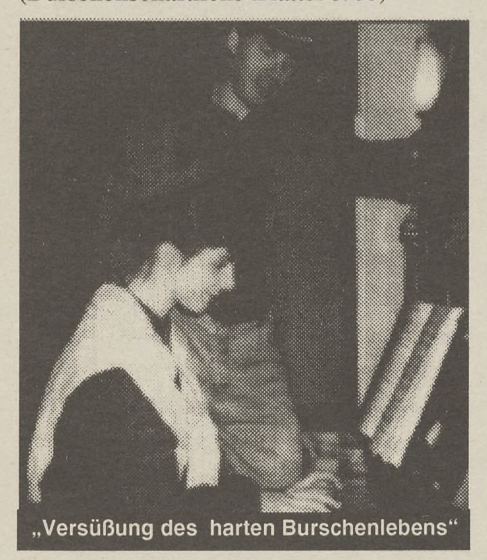
Nicht nur, daß es fast keine Verbindungen gibt, die Frauen aufnehmen, Korporationen sind Männerbünde, in denen Frauen als das vermeintlich "schwache Geschlecht" nur Schmuck, "bestenfalls"



Werben mit Hilfe der Wohnungsnot

Stütze des Mannes sind. Dazu einige bezeichnende Zitate aus Korporationsveröffentlichungen:

"Unser Burschenbrauchtum ist immer auf eine bestimmte männliche Gruppe abgestimmt. Die menschliche Weltordnung ist auf das Männliche ausgerichtet." (Burschenschaftliche Blätter 5/80)


„Versüßung des harten Burschenlebens"

Aus einer "Damenrede" der Corps Rhenania zu Braunschweig von 1990: (..) "Oder morgens früh im Hörsaal, wie langweilig würde doch so manche Vorlesung verlaufen, hätten wir nicht wenigstens einen optischen Anreiz in Gestalt einer Dame, so ungefähr in der vierten oder fünften Hörsaalreihe? Nebenbei bemerkt, einige Kommilitonen gehen eben nur aus diesem Grund in die Vorlesung. (...) Ich stelle also fest: Die hochverehrten Damen erleichtern unser Leben nicht nur in vielen Dingen, sondern durch ihre Liebe und Zuneigung und durch ihre Reize versüßen und verschönern sie unser Leben." - Deutlicher kann man wohl seine Begeisterung für das bestehende Patriachat, in dem die Frau die Reproduktionsarbeit leistet, damit der Mann sich die Welt untertan machen kann, nicht zum Ausdruck bringen.

Frauenverbindungen unter falschen Vorzeichen

An der CAU gibt es mit der "ADV Concordia Feminarum zu Kiel" auch eine reine Frauenverbindung. Die Mitte der 80er Jahre entstandenen Frauenverbindungen suchen eine Annäherung zu den Männerbünden über die Adaption althergebrachter Riten. Dabei haben sich fast alle Frauenverbindungen grundlegende Verbandstraditionen, wie das Beschwören des Lebensbundes, das Farbentragen oder die (veränderte) Befolgung des Kommerses zu eigen gemacht. Dies stellt also einen mehr als fragwürdigen Versuch dar, die Stellung von Frauen im männlich dominierten Korporationswesen zu verändern.

Elite und Seilschaften

Das bereits erwähnte "Lebensbundprinzip" stellt die Grundlage für ein elitäres Selbstverständnis, sowie die Voraussetzung für Seilschaften dar. Diese sichern jungen Burschen später berufliche Positionen, in denen sie nicht nur Karriere machen können, sondern auch ihre verinnerlichte geistig-ideologische Ausrichtung einbringen. In einem Flugblatt der Burschenschaft der Krusenrotter stellt sich das so dar: "Die Alten Herren stehen den jungen Aktiven mit Rat und Tat zur Seite, (...). Schließlich unterstützen sie die Aktiven bei der Suche von Praktika, Ferienjobs, sowie nach dem Examen. Kein Alter Herr kann es sich heutzutage leisten eine "Null" einzustellen, nur weil sie Bundesbruder ist, doch bei gleicher Qualifikation wird jedermann wohl immer den Kandidaten wählen, von dem er weiß, daß er die gleichen Ideale und Anschauungen teilt." Die Korporierten sollen nach ihrem eigenen Selbstverständnis "Antwort geben, Richtung weisen, führen" (aus Festrede auf Kösener Kongreß 1990), die Aufgabe der beherrschten Masse ist in korporierten Kreisen so definiert: "Es gilt also den Eliten das Leben in der Heimat angenehm und förderlich zu machen und zwar in zweierlei Hinsicht: Erstens (...): Den Eliten (...) sollten die denkbar besten Möglichkeiten für ihre Arbeit gewährt werden. Und zweitens (...), sollte unser Volk in seinem ureigensten Interesse ihnen (den Eliten) auch einen herausragenden sozialen Status, einen überdurchschnittlichen Lebensstandard zuerkennen, und zwar nicht neidfrei, ja nicht nur neidfrei, sondern in deutlicher Mitfreude, daß es unseren Eliten gut geht." (Chefredakteur der Academia - Zeitschrift des katholischen Kartellverbandes CV 6/84)

Koprorationen und Rechtsextremismus

In einer Reihe von Verbindungen hat ein extremer Nationalismus die Jahrzehnte überdauert. Paradebeispiele dafür sind die im Dachverband "Deutsche Burschenschaft" (DB) organisierten Burschenschaften. So nehmen die "Alte Königsberger Burschenschaft Alemannia zu Kiel" und die Kieler "Burschenschaft der Krusenrotter" nur Männer "deutscher Herkunft" auf. Mit "Brixia Innsbruck", "Danubia München", "Germania Köln" und einigen anderen sind im DB auch die meisten offen rechtsextremen Verbindungen organisiert. Es überrascht daher auch nicht, daß aus dem DB so bekannte Rechtsextremisten hervorgegangen sind, wie z.B. der Vorsitzende der "Republikaner" Rolf Schlierer (Germania Gießen), der Vorsitzende der österreichischen "Freiheitlichen" (ex-FPÖ) Jörg Haider (Silvania Wien) und der ehemalige Hamburger Vorsitzende der verbotenen "FAP" André Görtz (Germania Hamburg). Der völkisch-nationalistische DB erstreckt sich als "deutscher" Verband auch auf Österreich (wie auch der "VDSt"). Österreich und die ehemaligen deutschen Ostgebiete sind nach Ansicht des DB nach wie vor Teile Deutschlands. Neben revanchistische deutsche Großmachtansprüche tritt bei den DB-Burschenschaften auch ein ausgeprägter Militarismus. So ist z.B. eine weitere Zugangsvoraussetzung im DB die "Ableistung des Grundwehrdienstes".

Die Kameraden der im "Coburger Convent" (CC) organisierten Kieler "Landsmannschaft Slesvico-Holsatia vereinigt mit der Landsmannschaft Cheruscia" waren bei dem "CC-Pfingstsportfest 1994" in den Disziplinen "aktive Sportpistole" und "aktives Luftgewehr" sehr erfolgreich. Die Kieler CC-Verbindungen, die "Landsmannschaft Troglodytia", die "Turnerschaft Hansea-Stormaria" und die bereits genannte "Slesvico-Holsatia vereinigt mit Cheruscia" finden sich ebenso in der AbonnentInnenliste des neurechten Kampfblatts "Junge Freiheit" (JF), wie die DB-Burschenschaften und die Burschenschaft „Teutonia". Diese Zeitung von und für "Nadelstreifenfa-



Deutschnationale ganz modern

schisten“ (Gewerkschaften HBV und IG-Medien Berlin) wurde auch schon desöfteren an der CAU verteilt.

“Alles Vorurteile“-Was Dir Korporierte dazu sagen werden

Verbindungsstudenten versuchen gerne die von uns aufgezeigten Punkte mit folgenden Argumentationsmustern zu relativieren: Der Dachverband habe überhaupt keinen Einfluß auf die eigene Verbindung, die Verbandszeitschrift würde sowieso niemand lesen und rechtsextrem seien ja sowieso nur die anderen Verbindungen. Bei der Rolle der Verbindungen bei Aufkommen und Herrschaft des Nationalsozialismus verweisen sie gerne auf ihre angebliche “Opferrolle“ und “die anderen hätten doch auch alle mitgemacht“. Eine Analyse über Inhalt und Strukturen von Korporationen zeigt dabei ein deutlich anderes Bild, wie unser -wenn auch knapper- Text hinreichend aufgezeigt haben dürfte. Weitere Informationen findet Ihr in den von uns verwandten, untengenannten Broschüren und Büchern, die Ihr auch beim *Antifa-Café* einsehen könnt.

- Klüngel, Corps und Kapital (AStA Uni-Göttingen 1995)
- Korporationen - die Elite der Nation bekennt Farbe (TU Braunschweig 1992)
- Ich war/bin dabei (Osnabrück 1993)
- “... national gesinnte Menschen in führende Berufe entsenden“ (Aachen 1993)
- Füxe, Burschen, Alte Herren (Elm, Heither, Schäfer*(Hg.) 1992)
- Studenten der CAU im Dritten Reich (M. Wieben, 1994)

Dieser Artikel ist ein Abdruck aus *„Färska Vind“*, einem Infomehrseiter des *Antifa-Uni-Plenums* zum Beginn des Wintersemesters 1995/96.



Antifa-Uni-Plenum jeden Mittwoch 18.00 im KOMM

Antifa-Café an der Uni jeden Dienstag ab 13.00 im KOMM

Das KOMM befindet sich in der Max-Eyth Str.2, im Erdgeschoß des Instituts für Musikwissenschaften

Neofaschistischer Verleger unter Druck ?!

Dem in der Nähe Kiels ansässigen Verleger Dietmar Munier bläst zur Zeit der Wind ins Gesicht. Hatten zunächst jahrelange antifaschistische Aktivitäten dazu beigetragen, daß er seine in der Kieler Innenstadt gelegene Buchhandlung schloß, so hat er gegenwärtig mit Angriffen aus den eigenen Reihen zu kämpfen, die möglicherweiser zu einem deutlichen Rückgang der Spendengelder für seine Aktivitäten im ehemaligen Ostpreußen führen könnten.

Was in der rechten Szene hinter vorgehaltener Hand schon länger diskutiert wurde, hat nun die rechtsextreme Wochenzeitung *Junge Freiheit (JF)* offensiv ausgebreitet. Als „Bärendienst für Ostpreußen“ werden dort im September 1995 die Aktivitäten Muniers bezeichnet, die er mit der *Aktion Deutsches Königsberg*, dem *Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V.* und der *Gesellschaft für Siedlungsförderung in Trakehnen mbH* in Jasnaja Polana (Trakehnen) abwickelt. Die Vorwürfe in dem ganzseitigen Artikel reichen von maßlosen Übertreibungen hinsichtlich der erzielten Ergebnisse bei der Errichtung von Gebäuden über eine undurchsichtige Verwendung der Spendenmittel bis zur Kritik am Auftreten Muniers: „Und wer selbst einmal zu den bis heute schwer gebeutelten Rußlanddeutschen reist, vernimmt in der ‘Kaliningradskaja Oblast’ eindringlich, welch negative Konsequenzen Muniers Gerede von einer ‘deutsche(n) Perspektive unserer Ostprovinz’ an Ort und Stelle für dem Umgang mit der russischen Umgebung nach sich zieht.“ Statt der Unterstützung für Munier fordert JF-Autor Martin Schmidt in zwei weiteren Artikeln, in denen er die Kritik an Munier erneut einfließen läßt, dazu auf, nur Projekte zu unterstützen, die nicht *offen* die Regermanisierung anstrebten. Zu den Gruppen mit dieser Taktik zählt er vor allem die *AGNO - Arbeitsgemeinschaft Ostpreußen*, deren Vorsitzende Ilse Timm im schleswig-holsteinischen Kisdorf zugleich den *Verein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Trakehnen e.V.* leitet. Auch der *Freundeskreis Ostpreußen e.V.* von Ulrike Madeya in Kiel gilt dem Autor als unterstützenswertes Projekt. Madeya war in den Jahren 1989-1991 führend bei der *Gesamtdeutschen Initiative Schleswig-Holstein* tätig, die so prominente Rechtsextremisten wie Prof. Robert Hepp oder Emil Schlee zu Veranstaltungen einlud.

Die Kritik der JF an Muniers Auftreten und das Plädoyer für eine Unterstützung auch von kirchlichen Aktivitäten im ehemaligen Ostpreußen bzw. des vom bundesdeutschen Innen(!)ministerium kontrollierten *Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA)* ist von der Einschätzung getragen, daß letztere unter der russischen Bevölkerung weniger negatives Aufsehen erregen. Daß auch viele Projekte, die das Wort von einer deutsch-russischen Freundschaft und Völkerverständigung im Munde führen, am Ziel einer Regermanisierung der Region festhalten, hatte im Mai 1995 ein Film des NDR gezeigt. Dieser hatte anhand verschiedener Aktivitäten von Faschisten deutlich gemacht, daß hinter unterschiedlichem Auftreten nicht auch Differenzen in der Zielsetzung bestehen müssen. Die FilmemacherInnen erhielten daraufhin eine Reihe bitterböser Briefe aus dem rechtsextremen Spektrum.

Die Reaktionen auf die harsche Attacke in der *Jungen Freiheit* liessen ebenfalls nicht lange auf sich warten; alte Bekannte Muniers aus dem *Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)* wie Thomas Grebien (Kiel) und Volker Mörig empörten sich in ihren Leserbriefen über „dieses Niveau der Milchmädchenrechnung, der dumpfen Verdächtigung und der brodelnden Gerüchteküche“ und beklagten, daß sich die JF nun „auch noch in die Garde der Volksverhetzer einreihe“. Munier selbst nahm Anfang Oktober in einem Leserbrief Stellung. Darin zieht er nicht nur aus seiner Sicht eine erfolgreiche Bilanz, sondern erinnert auch daran, daß die JF früher selbst ein offensives Eintreten für die „ungehinderte Ansiedlung von Deutschen (insbesondere Rußlanddeutschen) und eine deutsche Verwaltung Nord-Ostpreußens“ gefordert hatte.

Abzuwarten bleibt nun, ob Zeitschriften und Gruppierungen, die bisher für Muniers revanchistische Unternehmungen Werbung gemacht haben - zuletzt hatte das Parteiblatt der NPD im Sommer 1995 berichtet - abspringen oder ihn weiterhin unterstützen. Kostenlose Werbung für Muniers Verlage macht derweil die offizielle *Wirtschaftsförderungsagentur Kreis Plön* (WFA), die in einer gerade erschienenen Broschüre auch Muniers *Orion-Heimreiter-Verlag* verzeichnet. Die Adressen seien, so der Herausgeber des Branchenverzeichnis, „mit großer Sorgfalt erstellt“ worden.

Protest gegen die antisemitischen Ludendorffer hält an

In der ATZE Nr. 25 berichteten wir über den Versuch des Vereins Ferienheim Schönhagen e.V., der dem Bund für Gotterkenntnis nahesteht, in Schleswig-Holstein einen weiteren Stützpunkt für diese antisemitische Organisationen einzurichten. Hierfür war ein früher als Schule genutztes Gebäude in der Gemeinde Bargstedt vorgesehen; die Proteste antifaschistisch eingestellter BürgerInnen der umliegenden Orte vereitelte dieses Vorhaben bisher. Ermutigt durch diesen Erfolg bildete sich im Frühsommer in der Gemeinde Westensee eine Initiative, die den Kampf gegen die Ludendorffer nun fortsetzt.

Seit über 20 Jahren bereits nutzen die Ludendorffer unter dem *Namen "Ferienheim Schönhagen e.V."* einen Hof in der Gemeinde Westensee für ihre Veranstaltungen und Sonnenwendfeiern. Mit der Ruhe ist es jedoch vorbei, seitdem das *Dörpsblatt*, die SPD-Bürgerzeitung für die Orte Brux, Westensee und Wrohe, im Frühsommer einen Artikel über den *Bund für Gotterkenntnis* brachte, in dessen Einleitung es heißt: "Die Bargstedter haben kürzlich, in großer Geschlossenheit, die Gründung eines Nazi-Stützpunktes in ihrer Gemeinde verhindert. Ihre Erfahrungen kommen uns jetzt zugute. Gleichgültigkeit ist fehl am Platze, nun heißt es wachsam statt duldsam zu sein." Dieser Ansicht war auch die Mehrheit der BesucherInnen einer Informationsveranstaltung über den *Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff)* und das *Ferienheim Schönhagen e.V.*, zu der neben der örtlichen Kirchengemeinde und den Ortsverbänden von CDU und SPD auch die Wählerinnen- und Wählergemeinschaft *Lebendiges Dorf* eingeladen hatte. Auf dem Podium trugen die Landtagsabgeordneten Peter Bendixen (CDU), Ute Erdsiek-Rave (SPD), der Beauftragte für Weltanschauungsfragen der Nordelbischen Kirche, Detlef Bendrath, und der Historiker Detlef Korte vom *Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte* Informationen über Tätigkeit und Ideologie der Ludendorffer vor. Schwer tat sich die Mehrheit des Podiums jedoch mit Handlungsvorschlägen, die über allgemeine Ratschläge hinausgingen. Kurz nach der Veranstaltung hat sich der CDU-Ortsverband denn auch aus den Aktivitäten zurückgezogen.

Ludendorffer versuchen vergeblich, ihren neofaschistischen Charakter zu verschleiern

Unter die Gäste der Veranstaltung hatte sich Roland Bohlinger gemischt, der im schleswig-holsteinischen Viöl einen Versand neofaschistischer Literatur betreibt und selbst mehrere Schriften verfaßt hat, in denen die Vernichtung der Juden und Jüdinnen durch die Nazis geleugnet wird. Der Aufmerksamkeit einiger Versammlungsteilnehmer war es zu verdanken, daß Bohlinger eine Tonkassette, mit der er die Veranstaltung aufzeichnen wollte, abgeben mußte. So blieb ihm und seinem Begleiter nur übrig, Vorträge und Diskussion mitzuschreiben. Wenige Tage nach der Versammlung in Westensee richtete Bohlinger dann Briefe an die RednerInnen des Podiums, in denen er vorschlug, über die Einschätzung der Ludendorffer durch den Verfassungsschutz als „rechtsextrem" ein öffentliches Podiumsgespräch zu führen.

Schon vor der Veranstaltung hatten sich Ludendorffer in Flugblättern zu Wort gemeldet. Harm Menkens, wegen seiner antisemitischen Äußerungen Anfang der achtziger Jahre in Stade aus dem Schuldienst entlassen, verfaßte ein Flugblatt zum Thema "Droht ein Dritter Weltkrieg?" und brachte dieses in der Gemeinde Westensee zur Verteilung. Auf vier Seiten bringt der seit einigen Jahren in Süderbrarup als Verleger (Lühe-Verlag) tätige Antisemit in klassischer Verschwörungsmanier den Krieg im ehemaligen Jugoslawien in Verbindung mit einer angeblichen jüdischen Geheimlehre. Schließlich meldete sich auch das Ehepaar Fuchs (Hemmingstedt), die sich als langjährige Aktive des neofaschistischen *Bund für Gotterkenntnis* bereits an den Aktivitä-



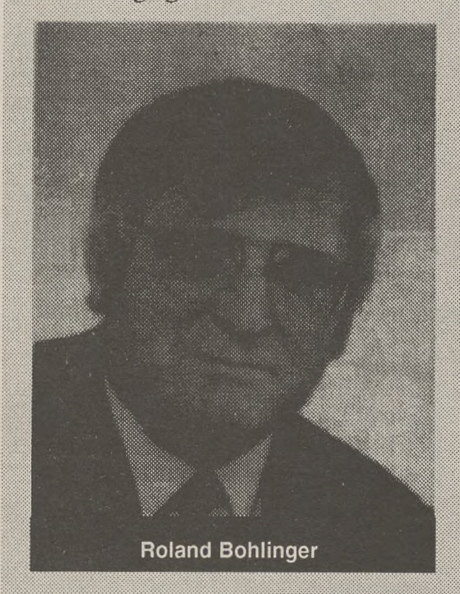
Ferienheim Schönhagen in Westensee

Deutsches Rechtsbüro

Das „Deutsche Rechtsbüro" mit Sitz in Hamburg wurde im April 1992 gegründet und wirbt in vielen neofaschistischen Zeitschriften damit, Hilfe bieten zu können durch Auswertung von Urteilen, die wg. Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß oder Leugnung der Judenvernichtung ergangen sind, sowie durch die Vermittlung von Rechtsanwälten und die Durchführung von juristischen Schulungen. Führende Aktivistin dieser Einrichtung ist Gisa Pahl, die in den 80er Jahren beim *Bund Heimattreuer Jugend* tätig war und später bei dem Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger gearbeitet hat.

Roland Bohlinger

In Viöl ist der „Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur" von Roland Bohlinger beheimatet, der neben antisemitischer Literatur und Veröffentlichungen des Ehepaars Ludendorff auch Schriften herausgibt, die den planmäßigen Massenmord an den europäischen Juden und Jüdinnen leugnen; darüberhinaus hat Bohlinger, der in den 80er Jahren völkisches Gedankengut in die Anti-AKW-Bewegung zu tragen versuchte, verschiedentlich umfangreiche Unterschriftenaktionen mit rechtsextremer Aussage gestartet.



Roland Bohlinger

Arbeitskreis für deutsche Politik

Bei den REP ausgeschiedene Funktionäre bilden den Kern dieser Gruppierung, die seit 1991 in Schleswig-Holstein versucht, die Diskussion und Kooperation der verschiedenen Strömungen des bundesdeutschen Neofaschismus zu fördern. Hierzu werden Fahrten nach Prag, Potsdam, Berlin oder Straßburg, wo der frühere REP-Europaangeordnete Emil Schlee (Raisdorf) besucht werden konnte, organisiert. Zu Vorträgen erschien z.B. der im neofaschistischen Spektrum aktive General a.D. Uhle-Wettler in Lübeck. Von dort kam auch der langjährige Vorsitzende, der BGS-Beamte Thomas Schröder, der sich erst im Frühjahr 1994 aus der ersten Reihe zurückzog, nachdem seine Tätigkeit beim *AfdP* für Schlagzeilen gesorgt hatte.

ten in Bargstedt beteiligt hatten, mit einem Flugblatt zu Wort. Darin bemühen sie sich erneut, die Ludendorffer als entschiedende Nazi-Gegner darzustellen - ein Versuch, der durch laufende Wiederholungen auch nicht glaubwürdiger wird. Schließlich nutzen sie ihr Geschreibsel gleich noch zur Verteidigung der Eugenik, wohl wissend, daß diese nicht von den Verbrechen der Nazis zu trennen ist.

Schließlich erhielten einige gegen die Ludendorffer aktive Bürger kurz vor der Veranstaltung ein Schreiben einer vom *Verein Ferienheim Schönhagen* beauftragten Rechtsanwältin. Der Schriftsatz fordert die Angesprochenen auf, bis Ende August 1995 zu erklären, daß der *Verein Ferienheim Schönhagen* in Zukunft nicht mehr als rechtsextremistisch, verfassungsfeindlich, antisemitisch oder rassistisch bezeichnet wird. Auf eine Schadensersatzandrohung hat die Rechtsanwältin Gisa Pahl wohlweislich jedoch verzichtet, da die über das Ferienheim und die Ludendorffer inzwischen bekannten Fakten (vgl. ATZE 25) derartige Charakterisierungen ohne weiteres zulassen (s.u.). Anfang Oktober verschärften sich die Einschüchterungsversuche der Ludendorffer. Nachdem ein Redakteur in der neuesten Ausgabe des *Dörpsblatt* über den Protest gegen das *Ferienheim Schönhagen* berichtet und zur Illustration die Adresse von dessen Vorstandsmitglied Lothar Grünkorn, die dieser in altdeutscher Schrift selbst in Offenen Briefen zu verbreiten pflegt, verwendet hatte, erhielt er erneut Post besagter Rechtsanwältin. Diese möchte ihm verbieten, die Anschrift des Ludendorffers und das Dörpsblatt, in der diese gezeigt wird, weiter zu verbreiten

Auch diese Einschüchterungsversuche werden den Protest gegen die antisemitische Organisation nicht zum Schweigen bringen. Denn immer deutlicher wird vielen interessierten Menschen in der Region, daß die Ludendorffer eben nicht eine isolierte religiöse Vereinigung sind, die das Recht auf freie Religionsausübung für sich beanspruchen kann, sondern eine faschistische Gruppierung. Die guten Verbindungen der Ludendorffer zu anderen neofaschistischen Gruppierungen lassen sich nicht nur bei der hier genannten Rechtsanwältin nachvollziehen, die Mitglied im *Bund Heimattreuer Jugend* war und zum *Deutschen Rechtsbüro* gehört, einem Zusammenschluß rechtsextremer Rechtsanwälte. Inzwischen fungiert der Ludendorffer Lothar Grünkorn (Kollmar) als Vorsitzender der *Arbeitsgemeinschaft für deutsche Politik* (*AfdP*), einem Zusammenschluß von faschistischen Kadern in Schleswig-Holstein, der enge Verbindungen zu dem in Berlin ansässigen *Hofmann-von-Fallersleben-Bildungswerk e.V.* unterhält. Da dieses der neofaschistischen *Deutschen Liga für Volk und Heimat* (*DLVH*) nahesteht, ist nicht auszuschließen, daß es auch in Schleswig-Holstein eine engere Zusammenarbeit als bisher angenommen gibt. Denkbar wäre z.B., daß in den vom *Ferienheim Schönhagen* betriebenen Räumlichkeiten auch Treffen der im schleswig-holsteinischen Landtag vertretenen DLVH stattgefunden haben bzw. stattfinden.

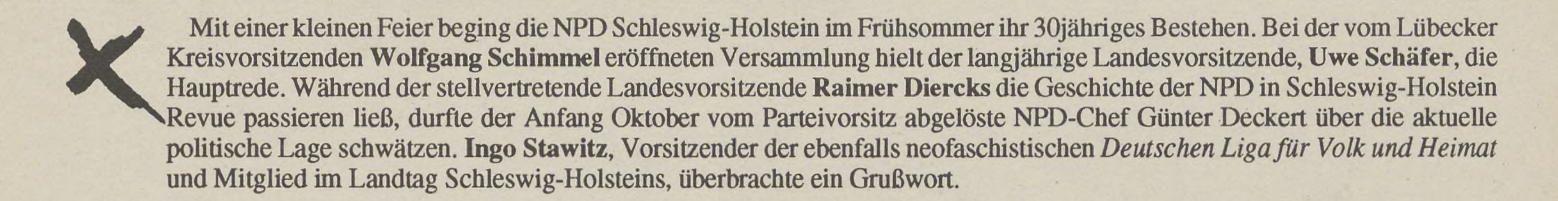
> Sonnenwende
> in
> Schönhagen
>
> Sonnabend, 20.6.1992
>
> 17.00 Uhr Vortrag:
> Politkrimi auf der Weltbühne
> (Helmut Brückmann)
> der Welt- und Sozialpolitik unserer Zeit
>
> 21.30 Uhr Abmarsch zur Feuerstelle
> – Fackelzug
>
> Näheres durch:
> Lothar Grünkorn, Am Deich 33

Ankündigung von Veranstaltungen in Schönhagen

Veranstaltung des "Bund für Gotterkenntnis" abgesagt

Ein für den 24.9. in Braunschweig angekündigter Vortrag des "Bund für Gotterkenntnis" (BfG) ist aufgrund von Protesten antifaschistischer Gruppen kurzfristig abgesagt worden. Nachdem sich zum geplanten Veranstaltungsbeginn über 80 DemonstrantInnen vor dem Tagungslokal versammelt hatten, teilte ihnen die Wirtin mit, sie sei bis vor kurzem nicht über die politische Orientierung der sich seit über zwanzig Jahren in ihrer Gaststätte treffenden Gruppe informiert gewesen. Es habe sich immer um ruhige und friedliche Gäste gehandelt. Erst die Informationen eines antifaschistischen Flugblattes hätten ihr die Augen geöffnet und sie dazu bewogen, sowohl den angekündigten Vortrag als auch weitere Zusammenkünfte nicht mehr in ihren Räumen zu dulden. Kühle Getränke auf Kosten des Hauses für die versammelten AntifaschistInnen halfen, diese Willensbekundungen zu untermauern.

Schon gehört?



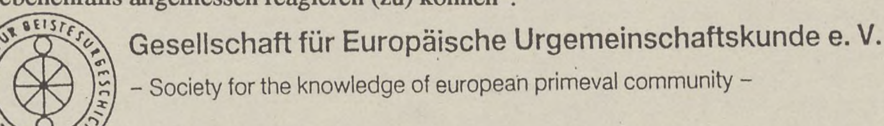
Mit einer kleinen Feier beging die NPD Schleswig-Holstein im Frühsommer ihr 30jähriges Bestehen. Bei der vom Lübecker Kreisvorsitzenden **Wolfgang Schimmel** eröffneten Versammlung hielt der langjährige Landesvorsitzende, **Uwe Schäfer**, die Hauptrede. Während der stellvertretende Landesvorsitzende **Raimer Diercks** die Geschichte der NPD in Schleswig-Holstein Revue passieren ließ, durfte der Anfang Oktober vom Parteivorsitz abgelöste NPD-Chef Günter Deckert über die aktuelle politische Lage schwätzen. **Ingo Stawitz**, Vorsitzender der ebenfalls neofaschistischen *Deutschen Liga für Volk und Heimat* und Mitglied im Landtag Schleswig-Holsteins, überbrachte ein Grußwort.

Langjährige Aktivisten der revanchistischen Landsmannschaften in Schleswig-Holstein wurden in den letzten Wochen für ihre friedensgefährdende Tätigkeit mit Orden ausgezeichnet. Bei der diesjährigen Bundesversammlung des „Bundes der Vertriebenen" wurde dem langjährigen Landesvorsitzenden **Günter Petersdorf** die Wenzel-Jaksch-Medaille verliehen; bereits früher war ihm das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der BRD vom Bundespräsidenten überreicht worden. Nun verlieh dieser einem weiteren revanchistischen Funktionär aus Kiel das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der BRD: **Horst Mertineit**, seit 45 Jahren in der revanchistischen Szene tätig, organisierte als Vorsitzender der „Stadtgemeinschaft Tilsit" in den letzten 13 Jahren mehrere große Bundestreffen in Kiel. „Sein besonderes Anliegen", so weiß das *Ostpreußenblatt* zu berichten, „ist die Kontaktpflege mit Persönlichkeiten und den zuständigen Dienststellen der Landeshauptstadt Kiel und des Landes Schleswig-Holstein.

Verstärkte Aktivitäten entfaltet in Kiel die *Freisoziale Union FSU*, die inzwischen den irreführenden Zusatz *Demokratische Mitte* trägt. Die Organisation, die sich an der frauenfeindlichen und antisemitischen Theorie von Silvio Gesell orientiert, führte wiederholt öffentliche Versammlungen im Klubraum des Restaurants "Wiener Wald" in der Nähe des Hauptbahnhofs durch. In Kiel-Mettenhof trifft sich bei **Erika Luckau** zudem der Arbeitskreis "Frauen in der Kieler FSU".

Zu einem mehrtägigen Treffen mit anschließendem Ausflug nach Schweden hatte für Ende September / Anfang Oktober 1995 die *Gesellschaft für Europäische Urgemeinschaftskunde e.V.* geladen. Auf dem Programm dieser früher als *Europäische Sammlung für Urgemeinschaftskunde* firmierenden Gruppe standen Ausflüge zu Hügelgräbern und in Museen sowie Vorträge. Der Verein fühlt sich dem Anliegen von Prof. Hermann Wirth verpflichtet, der bei den Nazis in leitender Stellung bei der SS-*Stiftung Ahnenerbe* tätig war. Wirth, schon Mitte der 20 Jahre NSDAP-Mitglied, wurde bei der Gründung der *Europäischen Sammlung für Urgemeinschaftskunde* zu deren Vorsitzenden auf Lebenszeit ernannt.

Die Gruppe, die einen rassistischen Germanenkult betreibt, ist eng mit der Zeitschrift *Deutschland in Geschichte und Gegenwart* aus dem *Grabert-Verlag* verbunden, die zu den bedeutenden neofaschistischen Zeitschriften in der Bundesrepublik zählt. Als Referenten betätigten sich in der Vergangenheit z.B. Gerd Koneckis und Walter Drees, beide auch im Rahmen der sog. *Hetendorfer Tagungswoche*, einem alljährlich stattfindenen Strategietreffen des deutschen Neofaschismus, aktiv. An dem Treffen bei Schleswig nahm u.a. Steffen Hupka teil, ein Führungskader der inzwischen verbotenen *Nationalistischen Front*. Ob an der Veranstaltung als Vortragende auch Mitarbeiter des Schleswig-Holsteinischen Landesmuseums - wie in der Einladung der Gruppe angekündigt - teilnahmen, ist gegenwärtig noch nicht endgültig geklärt. Dem Landesmuseumsdirektor, von der ATZE im Vorfeld informiert und um eine Stellungnahme gebeten, waren die übersandten Informationen „sehr willkommen", um „gegebenenfalls angemessen reagieren (zu) können".



Gesellschaft für Europäische Urgemeinschaftskunde e. V.

– Society for the knowledge of european primeval community –

Geschäftsstelle: 83059 Kolbermoor, Wilhelm-Zerr-Straße 40, Tel. 0 80 31 / 9 25 88

16. 3. 1995

An alle Mitglieder und Freunde unserer Gesellschaft

Einladung

Hiermit laden wir Sie ein zu unserer nächsten Vortragsveranstaltung nach Schleswig-Holstein

vom 29. September bis 1. Oktober 1995.

Anreise: z.B. Donnerstag, 28. September 1995 mit Bahn-card oder "Sparpreis"-

Ankündigung der Schwedenreise (Ausriß)

8. Hess-Marsch

Nazis stoned in Roskilde

Im dänischen Roskilde, nur wenige Kilometer von Kopenhagen, und vom „Bunker", das heißt dem Hauptquartier der Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB) entfernt, wollten die Nazis aus dem Umfeld der NSDAP/AO dieses Jahr ihren Rudolph-Hess-Gedenkmarsch feiern. Nachdem sie sich nach der skandalösen Demonstration in Fulda 1993 ausrechnen konnten, daß die deutsche Polizei keine größere Demonstration mehr zulassen würde, hatten sie schon im letzten Jahr ihr Glück im Ausland versucht. Allerdings hatten sie sich schon 1994 in der Wahl des Demonstrationsortes gewaltig verschätzt. Die luxemburgische Polizei machte kurzen Prozeß, sackte sie kurzerhand ein und schob sie schon bald - reichlich derangiert - ab. Dieses Jahr sollte dies anders werden. Dänemark ist für die Nazis ein beliebter Ort für Aktivitäten. Da dort der Gebrauch und die Verbreitung nationalsozialistischer Symbole und Propaganda nicht unter Strafe gestellt ist, solange diese nicht rassistische Diskriminierung darstellen, hatten Nazis dort bislang reichlich Spielraum. Seit Jahren feiern dort daher z.B. FAP und Wiking Jugend regelmäßig Sonnwendfeiern und andere Kult-Feste. In den letzten Jahren wurde insbesondere von der NSDAP/AO ein besonderer Draht zu Dänemark - der DNSB - aufgebaut. Diese fingiert heute als Zwischenstation für die Einschmuggelung von Nazipropaganda nach Deutschland und spielt als Bindeglied zwischen den Deutschen und den schwedischen Nazis eine wichtige Rolle. Begonnen hat diese Zusammenarbeit der DNSB mit den anderen Organisationen der NSDAP/AO mit der Bereitstellung eines DNSB-Postfaches in Randers für die Verbreitung der deutschen Anti-Antifa-Broschüre „Der Einblick". Schon im Juni hatten die Nazis in Hillerød, im Norden Kopenhagens, eine „Internationale Anti-AFA-Demonstration", quasi als Probelauf, durchgeführt. Die dänischen Behörden hatten ihrem schlechten - nazifreundlichen - Ruf alle Ehre gemacht: die ganze Stadt wurde abgesperrt, Hunderte von AntifaschistInnen eingekesselt, die Nazis durften solange demonstrieren wie sie wollten und wurden dann mit einem Sonderzug nach Hause, ins DNSB-Zentrum in Greve, verfrachtet.

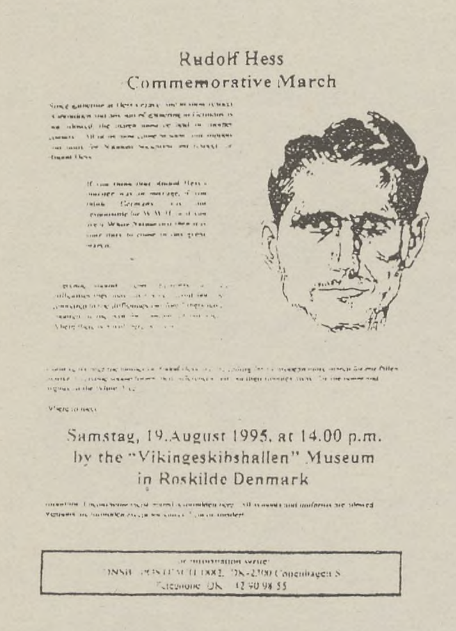
So hatten diejenigen, die zwei Wochen vor der geplanten Demonstration ihren Aufruf verbreiteten sich das auch für den Hess-Marsch am 19. August vorgestellt. Roskilde hatte zu diesem Zeitpunkt eine besondere Bedeutung für die Nazis - im Gefängnis in Roskilde saß bis zu seiner Auslieferung nach Deutschland G. Lauck, der formale Chef der NSDAP/AO ein, der dieses Frühjahr in der Zentrale der DNSB in Greve festgenommen worden war.

Für die antifaschistische Mobilisation blieb also nicht viel Zeit. Tatsächlich hatte im Vorfeld kaum jemand ernsthaft damit gerechnet, daß die Nazis Dänemark als Demonstrationsort wählen würden. Nun galt es möglichst schnell ein gangbares Konzept zu entwickeln. Einerseits war natürlich der Wunsch da, die Demonstration der Nazis zu verhindern. Allerdings war nach der Erfahrung im Juni in Hillerød klar, daß die Polizei eine offene Konfrontation nicht zulassen und sich in erster Linie gegen die AntifaschistInnen wenden würde. Aus diesem Grund konnte ein solches Konzept nicht gemeinsam mit anderen antifaschistischen Gruppen durchgeführt werden. Überhaupt wurde es allgemein als falsch eingeschätzt, sich in eine Konfrontation mit der Polizei hineindrängen zu lassen, aus der womöglich die Nazis, mit einer geordneten Demonstration, als politische Sieger herausgehen würden. Letztendlich wurde gemeinsam mit verschiedenen antifaschistischen Organisationen, Parteien und Gewerkschaften eine Kundgebung, die etwa 2 Kilometer entfernt vom Zentrum Roskildes genehmigt wurde, angemeldet. Die Polizei machte klar, daß sie zwischen den beiden Demonstrationen starke Einheiten plazieren würde, die ein Aufeinandertreffen verhindern sollten. Der Bürgermeister von Roskilde rief die Einwohner dazu auf, in den Wohnungen zu bleiben - wir kennen das, „möglichst keine Aufmerksamkeit, die Polizei wird das schon regeln". Diese Aufforderung allerdings stieß auf den Unmut vieler Menschen aus Roskilde. „Jetzt erst recht" war ein auf der Kundgebung oft gehörter Satz.

Neben dieser breiten Mobilisierung gab es weitere Vorbereitungen. Gruppen von



Der Parkplatz der Nazis an der Roskilder Hafenmole: die von den Nazis geworfenen Steine und Flaschen kamen rasch zurück


Rudolf Hess
Commemorative March

Samstag, 19.August 1995. at 14.00 p.m.
by the "Vikingeskibshallen" Museum
in Roskilde Denmark

Aufruf zum 8. Hess-Marsch in Roskilde

AntifaschistInnen planten, durch die Polizeiabsperrungen durchzusickern und die Demonstrationsroute der Nazis zu blokkieren. Das Konzept sah vor, keine Konfrontation mit der Polizei zu suchen, sondern gewaltfrei die Straße zu blockieren und die Situation in der Art zuzuspitzen, daß die Polizei sich entscheiden müßte, ob sie einer nationalsozialistischen Demonstration den Weg freimachen würde oder nicht.

In Deutschland hatte es dieses Jahr keinerlei Vorbereitungen gegeben. Die antifaschistischen Aktivitäten zu den Hess-Märschen bedürfen allerdings einer eigenen Diskussion, die an dieser Stelle zu weit führen würden. Im wesentlichen gab wohl die „Junge Welt" die vorherrschende Stimmung wieder, indem sie verkündete, die Nazis seien durch die staatliche Repression am Boden zerstört, insofern sei kein Marsch zu erwarten. Als die Aufrufe der Nazis für den Hess-Marsch in Roskilde auftauchten, und die dänischen AntifaschistInnen um Mithilfe baten, zeigte sich, daß diese Einschätzung auch damit zu tun hat, daß die Einsatzbereitschaft für solche antifaschistische Aktionen inzwischen sehr gering ist. So kamen insgesamt nur etwa50 Personen, überwiegend aus Kiel, Lübeck und Hamburg nach Kopenhagen/Roskilde.

Am 19. August war morgens noch immer unklar, wieviele Nazis denn nach Dänemark gekommen waren. Fährpersonal und Fährgäste widersprachen vehement den Meldungen der deutschen Polizei, ca. 120 Nazis seien an der Grenze aufgehalten worden. Insgesamt etwa 30 Personen wurden nach deren Beobachtungen an der Grenze zurückgewiesen. Etliche Autos waren über die Fähren von Rostock und Puttgarden angereist, Nazis aus Norwegen und Schweden waren gesehen worden - Mitglieder der englischen Combat 18 (Kampfgruppe Adolf Hitler - nach dem ersten und achten Buchstaben des Alphabets benannt) hatten sich angekündigt. In Roskilde war die Lage gespannt. Ab dem Morgen waren AntifaschistInnen aus Kopenhagen und anderen Städten, zumeist per Zug angereist. Die Polizei hatte Mühe sie zu erkennen und von der geplanten Demonstrationsroute abzudrängen. Einige hundert Personen erschienen zu der angemeldeten Kundgebung, auf der sowohl der Bürgermeister von Roskilde als auch die dänische Flüchtlings- und Sozialpolitik scharf kritisiert wurden. Während die Kundgebung noch lief, die Nazis aber noch nicht angekommen waren, blockierten die ersten AntifaschistInnen die geplante Route. Obwohl von dieser Blocka-


DNSB-Führungskader Kristensen prügelt sich und der Demonstration den Weg frei


Friedhelm Busse, seniler „Führer" der verbotenen FAP: „Seht euch doch Worch an, das Milchgesicht"

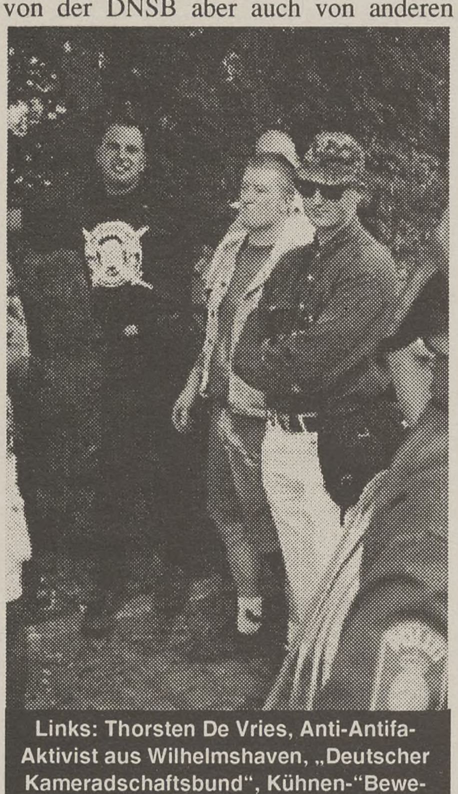
de zu diesem Zeitpunkt keinerlei Störung ausging, und es sich tatsächlich um eine - für viele Beteiligte die erste - gewaltfreie Sitzblockade handelte, reagierte die Polizei so, wie es die pessimistischsten Ahnungen vorausgesagt hatten: alle an der Blockade Beteiligten, insgesamt ca. 45 Personen, aus Kopenhagen , Kiel und Lübeck, wurden festgenommen und schließlich bis in die späten Abendstunden festgehalten. Das alles geschah unter den Augen der verwunderten Anwohner. Diese - Jung wie Alt - dachten gar nicht daran, sich in ihren Häusern einzuschließen. Nun handelt es sich bei Roskilde allerdings auch nicht um eine wohlhabende Vorstadt mit schicken Einfamilienhäusern, in der die Bewohner nur Angst um ihr Hab und Gut haben. Roskilde ist vielmehr eine Arbeiterstadt mit vielen kleinen Reihenhauswohnungen. Die Mehrheit der Stadtbevölkerung nahm, auf der Straße oder hinter dem Fenster, Anteil an dem Geschehen. Und sie reagierten sehr irritiert als die Polizei die friedlichen BlockiererInnen brutal wegschaffte, „damit hier Nazis demonstrieren können".

Währenddessen waren etwa 150 Hess-Marsch-TeilnehmerInnen, die größtenteils im Autokonvoi aus Greve angereist waren, auf einem Parkplatz am Hafen eingetroffen und sammelten sich dort. Viele ihrer Freunde, die individuell angereist waren, schafften es nicht, sich den Weg durch die Schaulustigen und die Antifas, die die Polizeisperren passiert hatten, zu bahnen,

und mußten leider draußen bleiben. Nun sammelten sie sich also auf dem Parkplatz, und erstmals sah man, wer denn da alles angereist war: aus Deutschland, immer vorne, wenn sich irgendwo eine Kamera zeigte, Friedhelm Busse, Führer der verbotenen FAP, der gar nicht genug auf Christian Worch „dieses Milchgesicht" schimpfen konnte. Dieser stand etwas verdruckst am Rande des Geschehens. Vielleicht lag es an der in Hamburg wartenden Haftstrafe, daß er sich zunächst noch nicht in den Vordergrund drängen wollte. Neben Worch der größte Teil des Ordnertruppes der Hamburger Nationalen Liste (NL), Thomas Wulff, mit Spitznamen „Steiner", befehligte den Ordnerdienst. Aus Schweden waren nur relativ wenig Personen angereist. Auch wenn vielleicht einige von ihnen in Greve, zum Schutz zurückgelassen wurden, waren insgesamt sicher höchstens 50 Schweden anwesend. Die internationale Besetzung wurde vervollständigt durch sechs bis 10 Personen aus England, darunter Charlie Sargent von „Combat 18", einigen Nazis aus Norwegen sowie etlichen Deutschen, darunter einige Autobesatzungen aus Bad Doberan, Danneberg und Norddeutschland - so stand der als Anti-Antifa-Aktivist bekannte Thorsten De Vries aus Wilhelmshaven, GdNF-Mitglied und Führer des „Deutschen Kameradschaftsbundes", Thomas Wulff bei den Ordneraufgaben zur Seite. Daneben war natürlich ein ganzer Haufen Dänen, von der DNSB aber auch von anderen



Ein Teil des Ordnertrupps der Hamburger" Nationalen Liste" - in der Mitte, an der Fahrertür: Thomas Wulff, Chef der Nazi-Ordner in Roskilde



Links: Thorsten De Vries, Anti-Antifa-Aktivist aus Wilhelmshaven, „Deutscher Kameradschaftsbund", Kühnen-"Bewegung" und im laufenden Prozeß z.Zt. „Aussteiger", daneben, in kurzen Hosen, Thorsten Bärthel, „Nationale Liste" (HH)

dänischen Nazi-Gruppen, so der inzwischen in Dänemark ansässige Brandenburger Marcel Schilf, einer der Leiter des Musikvertriebs „NS 88", der ein Schild mit dem Symbol der verbotenen FAP trug. Die Demonstration begann und wurde von der DNSB angeführt. Diese gingen sehr aggressiv vor, schlugen um sich und bahnten sich so ihren Weg durch die Passanten, die teilweise noch auf der Straße standen. Dabei war sehr wenig, am Anfang gar keine, Polizei anwesend. Diese hatten wohl gedacht, nach dem Abtransport der Sitzblockierer die „Autonomen" und damit alle Probleme, beseitigt zu haben. Als jedoch die Passanten, noch immer durch den harten Polizeieinsatz gegen die AntifaschistInnen vor den Kopf gestoßen, die Nazi-Demonstration, mit Hakenkreuzfahne und anderen Symbolen durch die Stadt marschieren sahen, verwandelte sich ihr Erstaunen in offenen Ärger. Auf ihre Pöbeleien gegenüber den Nazis reagierten diese extrem gereizt, und gewalttätig. Dies Verhalten stellte sich im nächsten Augenblick als Fehler heraus. Gemeinsam mit einigen Antifaschisten griffen beherzte Anwohner den Nazi-Marsch mit Flaschen- und Steinwürfen an. Die Polizei kam zu spät, um den Angriff zu verhindern, verschoß aber anschließend noch verschiedentlich Tränengas, um die AntifaschistInnen einzuschüchtern.

Zu diesem Zeitpunkt waren fast alle TeilnehmerInnen der genehmigten Gegenkundgebung nach deren Abschluß in die Stadt gezogen, fanden sich teilweise an den Polizeisperren ein, oder umgingen diese. Die Nazis waren nach dem ersten Angriff noch ein kleines Stück vorwärts gegangen, wurden aber immer wieder vereinzelt angegriffen. Nun übernahmen die Hamburger, unter Leitung von Christian Worch und Thomas Wulff den Befehl. Großmaul Friedhelm Busse verschwand, und ward nicht mehr gesehen. Wie stark die Autorität der Deutschen gegenüber den Nazis aus anderen Ländern ist, zeigte sich darin, wie klar ihren Anweisungen gefolgt wurde. So schissen sie Teilnehmer aus Dänemark und England, die die Passanten und AntifaschistInnen mit Flaschen, Steinen und direkt angriffen regelrecht zusammen, was diese sich sang- und klanglos gefallen ließen. Schließlich machte der Hess-Marsch kehrt und marschierte langsam, den deutschen Ordnertrupp am Ende, zurück. Diese Entscheidung ermutigte Anwohner und Antifas. Unter Pöbeleien und Parolen wie „Deutschland, Deutschland alles ist vorbei!" wurde die Demonstration bis zum Parkplatz begleitet. Dort angekommen reichte es den Deutschen scheinbar plötzlich. Auf Befehl von Thomas Wulff wurden einige Kästen mit Flaschen und Steinen aus den Autos geholt, und die

Gegendemonstranten massiv angegriffen. Diese versuchten sich zu wehren, wurden aber von der plötzlich doch aktiv werdenden Polizei immer wieder angegriffen. Die massiven Stein- und Flaschenwürfe der Nazis hielten auch nach dem Dazwischengehen der Polizei an, und provozierten natürlich einige Gegenwehr. Dabei gingen einige Scheiben an den Fahrzeugen der Nazis kaputt. Diese Straßenschlacht, die überwiegend von den Nazis bestimmt wurde, dauerte über eine halbe Stunde an. In dieser Zeit versuchten die Nazis auch immer wieder Ausfälle, die aber wie bei Thorsten De Vries, der mit einer Fahnenstange auf die AntifaschistInnen losging, damit endeten, daß sie wie geprügelte Hunde und ohne Fahne in ihre Reihen zurückkehrten. Die GegendemonstrantInnen reagierten mit dem Ruf „Schmeißt sie in den Hafen". Schließlich machte die Polizei die Ausfahrt frei. Die Nazis rückten ab, und wurden auf der Straße mit einem ordentlichen Steinhagel verabschiedet, der sie die restlichen Fensterscheiben kostete. Thorsten De Vries mußte wohl noch seine Schlappe mit der Fahne gut machen und legte sich auf die Kühlerhaube eines der Hamburger Autos, um mit einem Pappschild und seinem gestählten germanischen Körper die Windschutzscheibe zu schützen - vergebens, das Seitenfenster splitterte und er wurde fast vom Auto geschleudert.

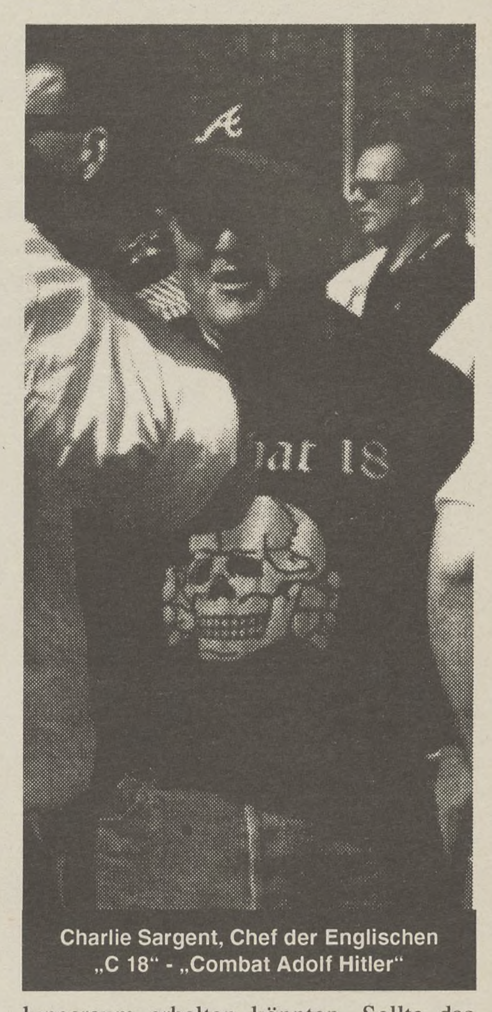
Die DNSB hatte unter falschen Angaben einen Bus gemietet, den Fahrer stellten sie selbst. Der Vermieter erfuhr erst im Fernsehen von seinem „Glück" und versucht nun seinen Schaden ersetzt zu bekommen. Vier dänische Nazis wurden festgenommen - nicht wegen Gewalttätigkeiten, sondern weil sie in einem gestohlenen Auto angereist waren.

In Greve angelangt, wollten sich die beteiligten Norweger erst einmal bei der anwesenden Presse ausheulen; Christian Worch pfiff sie mit den Worten, sie seien hier nicht zu Hause, zurück. Alsbald wurden die deutschen Kameraden mit einem weiteren Bus und einigen PKW schnell zur Fähre geschafft, die Norweger reisten ebenfalls sogleich ab.

Die dänische Presse berichtete zunächst von „Zusammenstößen zwischen Rechts- und Linksradikalen". Nachdem aber der erste Fernsehreporter von vor Ort berichtet hatte, mußte bald eingestanden werden, daß der Widerstand gegen die Nazi-Demonstration im Wesentlichen von Einwohnern aus Roskilde und GewerkschafterInnen getragen war. Insbesondere die Bilder, die die Übergriffe der Nazis auf die Anwohner empörten viele Dänen. Die Dänische Öffentlichkeit beobachtet das Fiasko der Nazis im Wesentlichen mit viele Schadenfreude. Die dänische Polizei hatte wohl die Situation falsch eingeschätzt, insbesondere AFA hatte aber sicherlich den richtigen Riecher gehabt. In diesem Fall war es genau richtig gewesen, nicht selbst die Konfrontation mit den Nazis zu erzwingen. Eine solche Taktik wäre sicherlich mit einer Auseinandersetzung mit der Polizei geendet. Im Gegenteil war es richtig, sich einerseits an der legalen Gegendemonstration zu beteiligen, und somit den Spaltversuchen gegen die AntifaschistInnen nicht auf den Leim zu gehen, und andererseits den schwarzen Peter der Polizei zuzuspielen. Daß diese so überzogen auf die antifaschistische Blockade reagierte, machte der Bevölkerung Roskildes klar, daß nur sie allein etwas dagegen unternehmen konnte, daß ihre Stadt zum Symbol der internationalen Nazi-Szene wird.

All denjenigen, die im Vorfeld der Demonstration die Meinung vertreten haben, daß die in Deutschland am Boden liegende Nazi-Szene momentan nicht in der Lage sei, eine solche Demonstration zu organisieren, folgendes: vor zwei Jahren demonstrierten 2000 Nazis in Fulda. Dieses Jahr waren es 150 in Roskilde und ein paar hundert auf anderen dezentralen Demonstrationen in Deutschland und der Schweiz. Der Erfolg in Roskilde war nicht nur den aufgeführten Umständen zu verdanken. Insbesondere die Tatsache, daß zum selben Zeitpunkt in Turku/Finnland ein großes Skinhead-Konzert stattfand, an dem viele schwedische Nazi-Skins teilnahmen, führte dazu, daß nicht mehr Schweden in Roskilde waren. Rein theoretisch hätten die Schweden bis zu 400 Personen mobilisieren können - so viele nehmen regelmäßig an Nazi-Demonstrationen in Göteborg (nur wenige hundert Kilometer von Roskilde entfernt) teil. Allein hundert Hess-Marsch-TeilnehmerInnen mehr, und eine etwas bessere Planung der Polizei, hätten leicht dazu führen können, daß der Marsch in Roskilde zu einem Erfolg der Nazis geworden wäre. Die deutschen Nazis hatten 1987 in Wunsiedel auch mit nur einem Haufen DemonstrationsteilnehmerInnen begonnen. Eine solche Demonstration zu etablieren und zu zeigen, daß sie ungestört stattfinden kann, ist immer der erste Schritt.

Im Moment haben die deutschen Nazis aufgrund der Polizei-Repression wenig offenen Spielraum. Beobachtet man ihre Zusammenhänge genauer, so erkennt man, daß sie dennoch relativ ungestört ihre Strukturen weiterentwickeln. Die Kommentare verschiedener Politiker, zu einer „drohenden" Einschränkung der geltenden Asylregelung durch das Bundesverfassungsgericht machen deutlich, daß die militanten Nazis schon bald wieder Hand-



Charlie Sargent, Chef der Englischen „C 18" - „Combat Adolf Hitler"

lungsraum erhalten könnten. Sollte das Verfassungsgericht tatsächlich Teile der „Neuregelung" des Asylrechts für verfassungswidrig erklären, könnte von heute auf morgen die „Asyldebatte" wieder Aufflammen. Diese Kampagne ist in der Vergangenheit immer mit massiven faschistischen Angriffen gegen Flüchtlingen verbunden gewesen. In den siebziger Jahren bombte Manfred Roeders Terrorgruppe gegen Vietnamesische Flüchtlinge, in der Mitte der achtziger ermorderten Nazis, wie der, der NF nahestehende Josef Saller ganze türkische Familien und zuletzt gehörten pogromartige Ausschreitungen, wie in Rostock, Hoyerswerda, Quedlinburg und Mannheim, neben zahlreichen Brandanschlägen zu den Begleiterscheinungen der Kampagne zur Abschaffung des Asylrechts. Die Diskussion über eine antifaschistische Mobilisation gegen künftige „Hess-Märsche" muß solche politische Rahmenbedingungen miteinbeziehen. Den organisierten Nazis heute die Durchführung von internationalen Demonstrationen im ausländischen Rückzugsgebiet, wie in Roskilde, unmöglich zu machen, bedeutet, ihnen schon jetzt den Spielraum für die Zukunft einzuschränken.

Fantomas

Anti-Antifa veröffentlicht Todeslisten

Im Folgenden drucken wir einen von uns überarbeiteten Redebeitrag der dänischen Gruppe Demos ab, der auf zwei Veranstaltungen über die deutsch-dänische und skandinavische Nazi-Connection in Hamburg und Lübeck gehalten wurde. Zu dieser Connection haben die Gruppe Demos aus Kopenhagen und die ATZE im Frühjahr diesen Jahres gemeinsam die Broschüre „Versorgungslinie Nord" erstellt, die auf dänisch und deutsch vertrieben wird. Anlaß des Beitrages ist die Internationalisierung der Anti-Antifa-Arbeit der Nazis, die durch die Veröffentlichung von Adressen von englischen und norwegischen AntifaschistInnen im August unter dem Aufruf „Wanted Dead" eine neue Qualität erreicht hat.

Wir haben früher von der Existenz von Todeslisten der Nazis gehört. Wir haben in der Presse darüber gelesen. Aber erst im Sommer dieses Jahres haben wir sie gesehen. Die Nazis haben sie selbst veröffentlicht, in der Broschüre „Combat 18. International Redwatch, Issue 1", vom Sommer 1995. In dieser anonymen Zeitschrift sind unter der Überschrift „Wanted Dead" Fotos von 15 norwegischen AntifaschistInnen mit Namen und Adressen veröffentlicht. Im selben Heft sind auch Fotos, Namen und Adressen von 43 englischen KommunalpolitikerInnen, alle Labour-Mitglieder aus London East End, aufgeführt. Der geschmackvolle Text darunter lautet: „Tötet sie alle" und „Tod den Rasseverrätern".

Die Entwicklung und Internationalisierung der Anti-Antifa

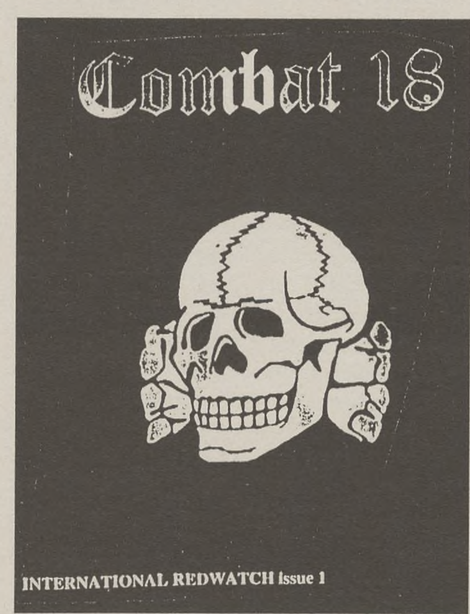
Hitlers Kinder von heute folgen den Traditionen der Nazizeit. Trotz verschiedener Modernisierungsversuche klammern sich alle „Neonazis" an die Mythen, Symbole, Uniformen und Waffen dieser Zeit. Der Nazismus war immer eine Mischung aus einer religiös-politischen Bewegung und einer paramilitärischen Organisation. Das Ideal ist der auserwählte, gewaltbereite Mann, der blind gehorcht und bis zum Tode treu ist.

In der paramilitärischen Organisation gab es von Anfang an immer mehrere Spionageorganisationen. Die Nazis nehmen nämlich an, daß sie mit der Gesellschaft in der sie leben, Krieg führen. Alle die nicht für sie sind, sind Gegner und potentielle, gefährliche Feinde. Diese Feinde halten sie oft für Werkzeuge der „Juden", die, wie sie meinen, hinter allem Bösen auf der Welt stecken. Diese Feinde müssen ausgeforscht und bekämpft werden. Ziel dieser Arbeit ist die Schikane, Einschüchterung oder Schlimmeres.

Die gefürchtetste Organisation der Nazizeit war Himmlers SS. Sie ermordete Millionen von Menschen und wurde nach dem Krieg als verbrecherische Organisation eingestuft. Trotzdem ist die SS das Vorbild vieler junger Nazis. Sie tragen den Totenkopf der SS auf ihren Uniformen - einige davon hatten beim Hess-Marsch in Roskilde eine schwarze SS-Fahne dabei.

Der Nationalsozialismus erlitt 1945 seine große Niederlage. Es dauerte 25 Jahre, bis seine Saat bei einigen jungen Leuten wieder zu keimen anfing.

Der Keim der meisten Naziorganisationen von heute, liegt also 25 bis 30 Jahre zurück. Von Anfang an experimentierten die Nazis mit ihrem paramilitärischen Erbe, u.a. mit dem Spionageapperat.

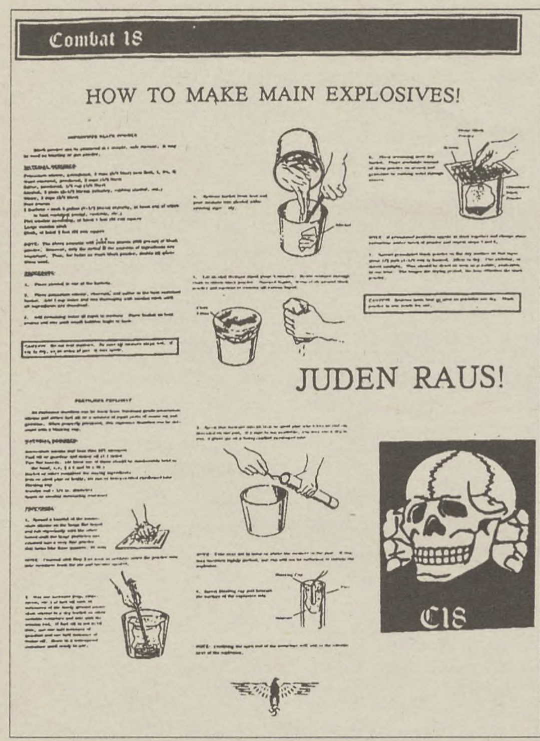


Titelblatt der „International Redwatch"

In Deutschland wurden diese Aktivitäten viele Jahre lang als „Sicherheitsdienst" oder „Referat für Sicherheit" bezeichnet. Diese Nazispezialität erhielt Anfang der 90-er Jahre einen großen Aufschwung, in Deutschland unter dem Namen „Anti-Antifa". In England nennt sich das ganze „Combat 18" (Kampfgruppe Adolf Hitler). Diese Bestrebungen haben sich ausgeweitet und sind in den letzten Jahren zu einem internationalen Netzwerk geworden. Dieses firmiert unter der Bezeichnung „Anti-AFA" mit Sekretariat im schwedischen Göteborg.

Die Entwicklung der letzten Jahre

Die Anti-Antifa-Aktivitäten begannen im vereinten Deutschland 1991-92. Die Initiative dazu kam damals von den Führern der Kühnen-Bewegung um Christian Worch in Hamburg. Die erste Anti-Antifa-Aktion fand im Frühsommer 1992 in Wilhelmshaven statt. Sie richtete sich gegen einen antifaschistischen Gewerkschafter und wurde von einer lokalen Nazigruppe, einem Teil der Kühnen-Bewegung, durchgeführt. Der Führer dieser Gruppe, Thorsten De Vries, war Teil des deutschen Ordnerdienstes, der beim diesjährigen Hess-Marsch in Roskilde, den Rückzug der Demonstration sicherte. (er versucht im übrigen momentan, sich als Aussteiger zu präsentieren, um eine niedrigere Bestrafung bei einem Prozeß zu erzielen. ATZE) Die Idee verbreitete sich schnell, und im Laufe des nächsten Jahres wurden in Deutschland mehr als 20 lokale Anti-Antifa-Gruppen gegründet. Diese setzten sich oft aus Mitgliedern verschiedener Gruppen zusammen, was zu einer größeren Einheit der Nazibewegung führte. Der



Anti-AFA Norway
Information June 1995: Leading AFA-members in Norway
WANTED - DEAD

DEATH TO RACE TRAITORS!

SUPPORT THE SERBS !

FREEDOM OR DEATH

KICKING THE ARAB SCUM OUT OF EUROPE!

Ausschnitte aus „Combat 18, Internatiomal Redwatch, issue 1"; Neben umfangreichen „Todeslisten" Anleitungen zum Bombenbau. Bei den veröffentlichten Adressen aus Norwegen handelt es sich zum Teil um Personen im Umfeld von „Antifascist Aktion"-Oslo, aber auch um Mitglieder von SoS-Rasisme und anderen Gruppen. Bei den Personen aus England handelt es sich größtenteils um KommunalpolitikerInnen der Labour-Party.
Ob sich die deutschen Nazi-Söldner, die auf kroatischer Seite kämpfen, über den Aufruf zur Unterstützung der Serben freuen werden?

markanteste Ausdruck der Anti-Antifa-Bewegung war die Herausgabe der Zeitung „Der Einblick", Ende 1993. Das Blatt wurde in Dänemark bekannt, weil die Kontaktadresse ein Postfach der „Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung" (DNSB) war - das Postfach 1 in Randers.

Es war der inzwischen nach Deutschland ausgelieferte NSDAP/AO-Führer Gerhard Lauck, der Anfang 1993 den Kontakt zwischen Stefan Cumic vom „Einblick" und Henrik Kristensen von der DNSB vermittelte. Der „Einblick" veröffentlichte Namen und Adressen von etwa 250 deutschen AntifaschistInnen. Es waren keine „Todeslisten", aber die Veröffentlichung sollte natürlich Angst machen. Die deutschen Behörden griffen nur halbherzig gegenüber diesem Versuch, ein zentrales Anti-Antifa-Blatt zu machen, ein. Vier Personen erhielten kleinere Strafen, und die ganze Affäre ebbte ab. Aber viele der lokalen Anti-Antifa-Gruppen sind immer noch aktiv, und haben untereinander Verbindungen. Solche Verbindungen bestehen auch zu gleichgesinnten ausländischen Gruppen. Hieraus entstand die neue „Anti-AFA"-Internationale.

Die Anti-AFA-Internationale

Der erste Verbündete der deutschen Gruppen war die englische „Combat Adolf Hitler" (C 18, die Zahlen stehen für A und H den ersten und den achten Buchstaben des Alphabets). Diese wurde Anfang 1992 in London gegründet. Sie setzte sich aus verschiedenen militanten Gruppen zusammen. Die Mitglieder kamen aus der „British National Party" (BNP), den „Blood and Honour"-Skinheads (Blut und Ehre) und aus gewaltbereiten Straßenbanden, wie zum Beispiel die Sargent Familie. Die C 18 war, unter der Führung von Charlie Sargent, beim Hess-Marsch in Roskilde dabei. Sie waren neben drei bis vier DNSB-Mitgliedern die gewalttätigsten Teilnehmer. In London wurde C 18 verschiedene Male als Schutztruppe, z.B. bei David Irving-Veranstaltungen eingesetzt. Sie waren aber auch bei Überfällen auf Immigrantinnen und AntifaschistInnen aktiv. C 18 gibt verschiedene anonyme Schriften heraus - „Redwatch" und „Combat 18". C 18 wächst und breitet sich von London über ganz England aus. Es besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen C 18 und der verbotenen protestantisch-nordirischen Gruppe „Ulster Defence Association" (UDA). Einige AntifaschistInnen sind sogar der Ansicht, daß C 18 eine Operation des Nachrichtendienstes ist, geschaffen um die UDA zu kontrollieren. Wie auch immer - C 18 hat aktiv das neue internationale Netzwerk aufgebaut. Dessen Zeitschrift „Combat 18. International Redwatch, Iss. 1", ist von den Engländern gemacht, obwohl die Kontaktadresse in Belgien ist und auch norwegischer Stoff enthalten ist. Die Zeitschrift erschien gezielt vor dem 8. Hess-Marsch in Roskilde. C 18 arbeitet eng mit deutschen Anti-Antifa-Gruppen und skandinavischen Nazis zusammen. Anfang 1995 wurde an verschiedenen Orten in Europa eine Reihe von Treffen verschiedener Nazi-Gruppen abgehalten. Hier kristallisierte sich der Plan einer neuen internationalen Organisation aus. Eines der Treffen fand Anfang März bei den dänischen Nazis der DNSB statt. Gerhard Lauck kam einige Tage nach diesem Treffen nach Dänemark und hatte Zeit genug, mit der dänischen DNSB Pläne zu machen - am 20. März wurde Gerhard Lauck beim DNSB-Hauptquartier in

Greve in der Nähe von Kopenhagen festgenommen.

Außer Repräsentanten der DNSB nahmen folgende Gruppen an dem Treffen am 4. und 5. März teil:

- aus Schweden: „Riksfronten“ und die (formal nicht mehr bestehende) VAM (Weißer Arischer Widerstand),
- aus Norwegen: „Fritt Forum“,
- aus England: „National Socialist Alliance“,

sowie einige Österreicher einer ungenannten Organisation.

„Riksfronten“ ist heute die stärkste Nazigruppe in Schweden und steht unter der Führung von Torulf Magnusson und Leif Larsson. Die ehemaligen VAM-Leute arbeiten in der „Riksfronten“ weiter, zusammen mit einigen lokalen Nazi-Gruppen, von denen „Stockholms Unge National Socialister“ und „NS-Göteborg“ die wichtigsten sind. Viele arbeiten auch in der „Nazi-Rock-Industrie“, wie z.B. bei „Nordland“. Dies ist eine wichtige Finanzierungsquelle für die schwedischen Nazis.

„Fritt Forum“ aus Norwegen ist eine Gruppe, die schon lange eine Zeitschrift mit dem selben Namen herausgibt. Lange Zeit versuchten sie, das Sprachrohr für alle fremdenfeindlichen Gruppen zu sein. Aber vor kurzem änderten sie den Kurs und lehnten sich an die norwegischen Nazi-Skins an. Der Führer, Michael Knudsen, nahm am 5. Juni, als Journalist getarnt, an der Nazidemonstration in Hillerød teil. Er pflegt engen Kontakt zu Johnni Olsen und Petter Kristian Kyvik von der norwegischen Anti-Antifa.

„National Socialist Alliance“ ist eine neue englische Dachorganisation der C 18, der „Blood and Honour-Bewegung“, einer Reihe von lokalen Kleingruppen und einigen Lokalabteilungen des „British Movement“ und der BNP.

Bei dem Treffen im dänischen Greve - wie auch bei den Treffen in anderen Ländern - wurden gemeinsame Pläne geschmiedet. So möchte die englische NSA die Aufnahme in Gerhard Laucks NSDAP/AO beantragen. In diesem Netzwerk haben sich in den letzten Jahren viele der anderen Gruppen organisiert. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Schaffung einer internationalen Anti-Antifa-Organisation. Sie erhielt den Namen „Internatioal Anti-AFA“ mit Sekretariat bei der „NS-Göteborg“, welches von Donald Hansson und Thomas Lantz geführt wird. Letztgenannter ist Sänger in der Naziband „Dirlewanger“ (übrigens: Der Namensgeber dieser Band, Oskar Dirlewanger war Führer einer SS-Sondereinheit. Zwischen 1919-1923 kämpfte er in verschiedenen Freikorps. Von 1937-1939 kämpfte er als Freiwilliger in der deutschen „Legion Condor“ gegen die Spanische Revolution. Für sein SS-Kommando rekrutierte er zunächst vor allem Kleinkriminelle. ATZE)

Das neue Sekretariat erstellte zunächst ein ausführliches Formular, welches an Sympathisanten verschickt wurde. Dieses Formular ist ein Vordruck, in den nach verschiedensten Kriterien Informationen über AntifaschistInnen, „Rote“ etc. eingetragen werden sollen. Mit der massenhaften Verteilung dieser Formulare sollen Sympathisanten dazu aufgefordert werden, umfangreich Daten und Material gegen „Linke“ zu sammeln, und diese an die „NS-Göteborg“ zu schicken. Damit soll eine zentrale Erfassung von politischen Gegnern erfolgen. Im April tauchte das Formular in schwedischen Nazizeitungen auf. Die DNSB verschickte es an alle Empfänger ihrer Zeitung „Faedrelandet“ Nr. 10 vom Juni 1995. Schon im April verteilten DNSB-Mitglieder Flugblätter die für die Kampagne warben, und das norwegischen „Fritt Forum“ propagierte sie in der Nummer 5/95 ihrer Zeitung.

Im Sommer kam also die internationale Zeitschrift als Sprachrohr der neuen Organisation auf die Straße. „Der Kampf ist in eine neue Phase gegangen“, wird darin proklamiert. Vielleicht ist das der Grund dafür, daß die Zeitung auch zwei Bombenrezepte abdruckt. Eines beschreibt eine verbesserte Schwarzpulvermischung und eines eine Amoniakbombe. Die Ziele werden auch genannt - in England und in Norwegen. Sechs Seiten mit „Wanted Dead“-Personen. Die Zeitschrift verspricht, in den kommenden Nummern auch Personen aus anderen Ländern zu veröffentlichen.

Im neuen Netzwerk war man sich darüber einig, daß demokratische Mittel nichts taugen: „Demokratie ist für Demokraten und zum Vorteil von gewissen Minoritäten, besonders denen mit krummen Nasen“. Deshalb proklamiert die Zeitschrift auch „Tod der ZOG“. ZOG ist die amerikanische Abkürzung von „Zionist Occupation Gouvernment“ (Zionistische Besatzungs Regierung) d.h. „die jüdische Weltverschwörung“, die die Welt beherrscht und den Angriff auf die weisse Rasse vorbereitet.

Die konkreten Arbeitspläne der Internationalen werden in der Zeitschrift nicht genauer benannt. Aber der einzelne Leser wird aufgefordert: „Macht Listen über Rasseverräter, Rote, Antifaschisten, Polizisten, Beamte, Spitzel, Unruhestifter, prominente Juden und jeden, den du als Feind deines Volkes ansiehst.“ Beim Treffen bei der DNSDB, im März in Greve, wurde beschlossen, in der nahen Zukunft in Dänemark zwei Demonstrationen durchzuführen. Und dies wurde auch verwirklicht. Am 5. Juni marschierte die DNSB in Hillerød, einer kleinen Stadt nördlich von Kopenhagen. Es nahmen auch Nazis aus Schweden, Norwegen und Deutschland teil. Dies war die erste Anti-Antifa-Demonstration der neuen Internationalen. Es waren ca. 150 Nazis, die ihren Marsch auf stillen Wegen durch Villenviertel durchführen mußten, weil AntifaschistInnen eine Gegendemonstration machten, und in der Innenstadt von der Polizei eingekesselt waren. 600 Polizisten beschützten die Nazis und ließen sie anschließend in einem Sonderzug nach Hause transportieren.

Am 19. August versuchten die Nazis dann, den 8. Hess-Marsch in Roskilde durchzuführen. Es wurde eine Katastrophe für die ungefähr 140 angereisten Nazis. Antifaschistische Gruppen und die Lokalbevölkerung stoppten den Marsch. Und als die Nazis die Gewalt eskalierten, wurden sie aus der Stadt „gesteinigt“. An diesem Abend gab es im Nazihauptquartier in Greve keine Fete. Im Laufe von zwei Stunden verschwanden die deutschen, norwegischen und schwedischen Kameraden. Viele der Deutschen in einem neuen Bus. Ihre Autos waren nämlich in einem erbärmlichen Zustand.

Dies war der vorläufige Tiefpunkt für die Nazis in Dänemark. Zuerst wurde die Nazidruckerei in Kollund zerstört. Dann wurde Schönborn aus Kværs vertrieben. Und dann Thies Christophersen aus Kollund. Als sie von der Demonstration in Hillerød, am 5. Juni nach Hause reisten, bezogen Donald Hansson und seine VAM-Kader Dresche, und zuletzt wurde der internationale Nazihaufen am 19. August aus Roskilde gejagt.

Obwohl Dänemark den Nazis nach, zum „Kernraum der nordischen Rasse“ gehört, lehnt die Mehrheit von uns - Dänen, die deutsche Minderheit und die Immigrantinnen - ein solches Gedankengut und will einen Nazifreien Raum. In Dänemark - und gerne auch in ganz Europa. Deshalb müssen wir die internationale Antifa-Arbeit verstärken und intensivieren, um dadurch den Nazis noch mehr Niederlagen beizufügen.

Demos/Kopenhagen



Internationale „Anti-AFA“ setzt Veröffentlichungen von „Schwarzen Listen“ fort

Nach der Veröffentlichung des Heftes „Combat 18, International Redwatch, issue 1“ im August erhielten wir kürzlich eine weitere „Anti-AFA“-Veröffentlichung. Diese nennt sich „Werwolf“ und ist in Schweden erschienen. Das Heft nennt ca. 300 Telefonnummern von Personen aus Schweden und Norwegen, die in irgend einer Weise der Linken zugerechnet werden können. Neben technisch wenig versierten Anleitungen zum Bombenbau werden verschiedene Schikanemethoden, z.B. „Taxi-Terror“, „Postversand-Terror“ beschrieben, mit denen der politische Gegner belästigt werden soll.

Inhaltlich und durch das Layout bezieht sich die Zeitung auf das „International Redwatch“-Heft von C 18. Sie erscheint anonym, die einzige Adresse, die genannt wird, ist eine Kontaktadresse für „Anti-Antifa“ in Deutschland - das „Nationale Presse Archiv“ der Kader der NF-Nachfolgeorganisation Sozialrevolutionäre Arbeiterpartei Danny Sowade und Robert Tscherny in Frankfurt an der Oder. Dieses wird im Moment zu einer Art flügelübergreifenden „Braunen Hilfe“ aufgebaut. Es wird noch genauer zu beobachten sein, wie die „Anti-AFA“-Kampagne in Deutschland weitergeht.



Gary Lauck nach Deutschland ausgeliefert

Nach monatelangen Querälen und einem Marsch durch alle Gerichtsinstanzen Dänemarks wurde Ende August die Rechtmäßigkeit einer Auslieferung an die deutschen Behörden vom Dänischen Obersten Gerichtshof bestätigt. Die Entscheidung bedeutet eine Wende in der dänischen Rechtsprechung. Immerhin erwartet Lauck in Deutschland eine wesentlich höhere Strafe, als sie in Dänemark möglich gewesen wäre. Der Oberste Gerichtshof kam zu dem Ergebnis, die Strafverfolgung in Deutschland knüpfe an Handlungen an, die auch in Dänemark strafbar seien. Laucks Verteidigung hatte stets darauf verwiesen, daß die Strafbestimmungen der Volksverhetzung und der Aufstachelung zum Rassenhaß, wegen denen unter anderem in Deutschland gegen Lauck ermittelt wird, in Dänemark nicht existieren. Dort ist es erlaubt, nationalsozialistische Propaganda zu verbreiten. Allerdings, so das dänische Gericht, habe Lauck zur direkten Gewalt aufgerufen, und dies sei in beiden Ländern gleichermaßen strafbar. Inzwischen wurde Lauck nach Hamburg übertsellt, wo das Verfahren gegen ihn stattfinden wird.Wann dort das Verfahren gegen ihn eröffnet wird, steht allerdings nboch in den Sternen.


Gary „Rex“ Lauck wird zum Abtransport nach Deutschland gebracht

Nazi-Anwalt baut Stützpunkt in Schweden auf

Jürgen Rieger, tief in der neofaschistischen Szene der Bundesrepublik verwachsener Hamburger Rechtsanwalt, ist dabei, sich einen Stützpunkt in Schweden aufzubauen, von dem befürchtet wird, daß er zu einem Neonaziausbildungslager werden könnte. Der mehrfach wegen rechtsextremistischer Aktivitäten vorbestrafte Rieger, Verteidiger von Neonazikadern wie Thies Christophersen, Michael Kühnen oder Meinolf Schönborn, kaufte bereits im April 1995 einen schloßartigen Besitz, die Sveneby-Säterei, 15 Kilometer südöstlich des mittelschwedischen Mariestad. Kaufpreis: 10,4 Millionen Kronen, dazu die Übernahme von Bankschulden in Höhe von 6,3 Millionen Kronen: zusammen umgerechnet 3,4 Millionen Mark.

Schockiert über den Hintergrund des neuen Schloßbesitzers, der jedenfalls keine Geldprobleme zu haben scheint, sind nicht nur die Verkäufer. Sie hatten vermutet, an „irgendeinen reichen Deutschen“ verkauft zu haben. Geschockt sind auch die Nachbarn, die den Ausbau des Anwesens zu einem neonazistischen Ausbildungslager befürchten. In der Garage des Schlosses steht seit dem Sommer ein militärischer Panzerwagen in Tarnbemalung, der das schwarze deutsche Militärkreuz und die Nummer „151“ trägt. Die Nachbarschaft erzählt, daß Rieger damit mit jugendlichen Begleitern „über die Felder zu brausen pflegt“.

Rieger, der in Hamburg in einer bunkerartigen Villa mit Alarmanlage, schußsicheren Fenstern und Infrarotkameras wohnt, scheint in Schweden weitreichende Pläne zu haben. In der neofaschistischen Zeitschrift *Nation & Europa* fahndete er in einer Anzeige nach deutschen Familien, die sich auf einem schwedischen Landgut niederlassen wollen, um ein Leben „frei von Indoktrinierung, Ausländerinvasion und Drogen“ zu führen. Und er ist nicht der einzige der rechten Deutschen in dieser Zeitschrift Landbesitz in Schweden vermitteln will: Kauf oder Vermietung von schwedischen Häusern bot in *Nation & Europa* auch der Berliner Helge Drescher an, selbst Eigentümer eines Hauses im südschwedischen Strömnäsbruk. „Deutsche Neonazis versuchen sich hier offenbar ein germanisches Paradies zu schaffen“, vermutet die Stockholmer Tageszeitung *Aftonbladet*.

Sveneby-Verkäuferin Monika Willers, die nach dem Tode ihres Mannes den seit fünf Generationen im Eigentum der Familie befindlichen Besitz in aller eile verkaufen mußte: „Hätte ich bloß eine Ahnung gehabt, hätte ich nie an ihn verkauft. Er erzählte nur, daß er hier Konferenzen für Deutsche veranstalten wollte.“ Dazu dürfte der um 1750 erbaute Herrschaftssitz mit seinen 18 Zimmern, einem offenen Kamin aus Marmor, wertvollsten Tapeten an den Wänden und Kronleuchtern an der decke ein allemal würdiger Rahmen sein, wo Rieger auch nach dem Bekanntwerden seines schwedischen Zufluchtsorts die Ruße genießen kann. „Wenn herauskommt, wo ich gekauft habe, werden kommunistische Terrorgruppen kommen und einen Brandanschlag ausführen“, hatte er im August gegenüber einem *Aftonbladet*-Journalisten befürchtet, der vergeblich nach seinem Besitz gefahndet hatte. Auf die richtige Spur war dann Anfang Oktober die Stockholmer *Expressen* (Titelzeile: „Nazilager“) gekommen.

Sveneby bei Mariestadt, ca. 170 km entfernt von Göteborg. Fährhafen für die kürzeste Verbindung: Kiel

Der 49jährige Anwalt, den die Londoner Daily Telegraph als „Neonazi in legalem Kostüm“ beschrieb, wurde wegen rechtsextremistischer Aktivitäten mehrfach bestraft: 1970 wegen Körperverletzung im Zusammenhang mit seiner tatkräftigen Einmischung in eine Anti-Nazi-Demonstration, 1983 wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und 1991 wegen antisemitischer Äußerungen. Vor vier Jahren arbeitete er noch eng mit der mittlerweile verbotenen „Nationalistischen Front“ zusammen.



Riegers Landsitz in Schweden. Kostenpunkt ca. 2,2 Millionen DM, angeblich aus Immobilienverkäufen in Deutschland. Ruhesitz oder Stützpunkt im „neutralen“ Ausland?

„Bin gleich wieder da!"

200 Personen feiern eine rauschende Party, altbekannte Kader schleppen kistenweise Material, Aktivisten greifen beobachtende Bürger und AntifaschistInnen an. Währenddessen organisiert der Chef dieser Truppe seinen Umzug nach Dänemark. Dies war das Bild, das bis heute, also 3 Jahren nach dem Verbot der Nationalistischen Front (NF) von deren weiteren Aktivitäten wahrgenommen werden konnte. Da diese und viele weitere Aktivitäten nicht zu übersehen waren, stehen jetzt führende Funktionäre der NF wegen Fortführung dieser Organisation vor Gericht. Nachdem u.a. auch mit Hilfe der rassistischen Anschläge und Pogrome von Rostock und Hoyerswerda sowie den Morden von Mölln und Solingen das Grundrecht auf Asyl faktisch abgeschafft war, hatte der rassistische Mob seine Funktion erfüllt. Mehr noch, er gefährdete jetzt das Ansehen Deutschlands im Ausland und drohte damit auch dem „Standort Deutschland" zu schaden. Nicht zuletzt deshalb wurde am 27. November 1992 die Nationalistische Front als erste wichtige Naziorganisation verboten. Das Fernsehen verbreitete rasch die Bilder der gegen rechts vorgehenden Polizei, Justiz und Politik. Das Verbot war allerdings nicht das Ende der NF. Meinolf Schönborn, Vorsitzender der NF, führte seine Kader und Funktionäre mit der Parole „Der Kampf wird härter" in eine neue Phase seiner Organisation. So konnten die umfangreichen Aktivitäten auch nach dem Verbot nicht verborgen bleiben. Daher sind im Moment die vermeintlichen Hauptorganisatoren Meinolf Schönborn als Ex-Vorsitzender, sein 2. Stellvertreter Eckard Scholz und der Ex-Kassenwart Stefan Pielert in Dortmund angeklagt.

Neben dem Vorwurf der Weiterführung einer verbotenen Organisation wird Schönborn noch die Verbreitung von Kennzeichen einer solchen vorgeworfen. Der am Anfang gegen Pielert erhobene Vorwurf des Widerstandes gegen die Polizei wurde von der Staatsanwaltschaft zurückgezogen, da dieser ausführte, daß er die Beamten in der Dunkelheit der frühen Morgenstunden nicht habe erkennen können und er mit seinem Säbel nur Einbrecher oder Chaoten abhalten wollte. Schon dieses kleine Detail wirft ein erstes Licht auf die Ernsthaftigkeit, welche bei der Durchsetzung des Verbotes der NF und der Zerschlagung deren Struktur an den Tag gelegt wird. „Alles privat oder rein geschäftlich", erklärte Schönborns Rechtsanwalt Eisenecker nach der Verlesung der von seinem Mandanten seit dem Verbot herausgegebenen „Bericht(e) zur Lage", in welchen dieser verkündete „Ich bin nicht am Ende, sondern ich fange jetzt erst richtig an" oder „Jetzt geht es wieder richtig los". Auch die Aktivitäten des ebenfalls verbotenen „Klartextverlages", welcher nach dem Verbot erst in „Meinolf Schönborn Verlag" und später dann in „Deutscher Spielwaren Versand" umbenannt wurde, sind selbstverständlich „rein privat". Inzwischen trägt der Verlag den Namen „Haithabu" und arbeitet unter Leitung des Angeklagten Pielert von Schleswig aus. Daß Schönborn früher angab, der Verlag sei ein wichtiges finanzielles Standbein der NF, wurde zwar nebenbei angesprochen, aber nicht weitergehend thematisiert. Auch die von Schönborn neu aufgebauten „Propagandaverteilerkreise" (PVK), welche nach dem bewährten NF-Konzept funktionierten, dienten angeblich nur der Finanzierung des Lebensunterhalts der Angeklagten. Daß Aufbau und Konzept der PVK´s, welche - angefangen mit der Verteilung von faschistischen Propagandamaterial - später Verteilergruppen bilden sollten, aus denen dann Kader ausgesiebt werden sollten, sich nicht vom bisherigen Vorgehen der NF unterscheidet, interessierte nicht. Überhaupt glänzt der Staatsanwalt durch Inaktivität, Naivität und Uninformiertheit. Unterstützt wird diese Lustlosigkeit an der Verfolgung der NF´ler bestens durch Zeugenaussagen von Verfassungs- und Staatsschutz. Diese erklärten, „die alte NF-Struktur ist völlig zerschlagen".

Bericht zur Lage 06

Mein neuer zweiter Wohnsitz, ...

jetzt geht es wieder richtig los !

Sowohl die Herausgabe der Zeitschrift „Bericht zur Lage" als auch der versuchte Aufbau eines Zentrums in Dänemark sollen keine Fortsetzung der Organisation dNF darstellen

Die Belastungszeugen

Die vorgeladenen Belastungszeugen aus der Nazi- und Skinheadszene, welche bei polizeilichen Vernehmungen von Schulungen und Wehrsportübungen zu berichten wußten, verloren plötzlich die Erinnerung. Der Zeuge Runke aus Gütersloh bezeichnete seine polizeiliche Aussage vor Gericht als falsch und wird um eine Anklage wegen Falschaussage nicht herumkommen. Überzeugen konnte die Zeugen jedoch mit dem Rückzug ihrer Aussagen nicht. Eher drängt sich der Verdacht auf, daß diese sich für ihren „Führer" opfern und aus Ergebenheit oder Angst jetzt die Fortführung der NF bestreiten. Genau das umgedrehte Phänomen konnte bei den Entlastungszeugen der Verteidigung be-



Meinolf Schönborn, Führer der Nationalistischen Front und deren Nachfolgeorganisation „Die Bewegung"

obachtet werden. So konnte sich das Berliner ex NF-Mitglied Rätz, welcher genau wie sein Kamerad Warkentin inzwischen Mitglied der REP ist, nicht mehr erinnern, mit wem er zu einem Treffen ins Parteizentrum nach Detmold gefahren ist oder wie die Mitglieder seines Kameradschaftskreises hießen. Zugleich gelang es ihm allerdings, sich sehr genau an entlastende Details zu erinnern, so z.B. das Erscheinungsdatum eines Aufklebers .

Der Berater

Mit ebensolchen Gedächtnislücken präsentierte sich der Staranwalt der rechten Szene, Jürgen Rieger. Dieser war als Entlastungszeuge geladen worden und bestätigte auch brav, er habe alle Schriftstücke der NF und danach alle Aktivitäten und Veröffentlichungen Schönborns auf ihre rechtliche Unbedenklichkeit geprüft; es sei nichts Ungesetzliches getan worden, von Fortführung könne keine Rede sein. Mehrfach betonte er, nicht Mitglied der NF gewesen zu sein und auch an keinen Parteiveranstaltung teilgenommen zu haben. Sonderbarerweise hielt er auf dem NF-Bundesparteitag 1991 eine Rede über die Lösung des „Ausländerproblems" und wird in dem Buch „Multikultopia" des Rechten Stefan Ulbrich als Vertreter der NF mit dem Zitat „..wir werden hier noch Rassenkriege bekommen, die ungeahnt sind. Da täuschen sie sich nicht. Noch lekken die Deutschen den Ausländern die Füße ab, irgendwann sitzen sie ihnen aber an der Kehle..." vorgestellt. Auch daß er an der Überarbeitung des NF-Parteiprogrammes mitgewirkt hat, verschweigt er. Statt dessen stellt er sich als Fachanwalt für Fragen verbotener Symbole dar und debattiert mit dem Richter, ob es Kühnen- oder Widerstandsgruß heißt, wobei er angeblich aus persönlicher Erfahrung schöpft, da er den Wider-standsgruß angeblich selb-st mitkreiert hat. Die äußerliche Distanzierung von den Strukturen der NF könnte eine Vorsichtsmaßnahme sein, um nicht selbst in den Verdacht der Weiterführung dieser verbotenen Organisation zu kommen.

Wie die Mauerblümchen müssen sich die Mitglieder der „Initiative gegen eine Nazizentrum" aus Detmold Pivitsheide gefühlt haben, wurden ihre ausführlichen Berichte über Treffen und Aktivitäten am Zentrum doch kaum beachtet. Vielmehr wurde von RA Reisenecker unterstellt, erst die antifaschistischen Aktivitäten der Bürgerinitiative würden die Angriffe und das faschistische Treiben auslösen.

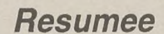
Die beobachteten Treffen könnten doch auch rein privat gewesen sein. Ob denn Parteifahnen oder Abzeichen mitgeführt worden seien, argumentierte dieser weiter. Von Seiten der Staatsanwaltschaft erfolgt gegen eine solche Argumentation kein Widerspruch.



Stefan Pielert (links) und Jörn Schönlaub in Kværs

Das NF-Parteiarchiv und weitere Ungereimtheiten

Unverständlich bleibt auch, warum die der Grünen Bundestagsabgeordneten Annelie Bun-tenbach zugespielten Materialien aus dem NF-Parteiarchiv, welche diese im August veröffentlichte, nicht ins Verfahren einbezogen werden. Geht aus diesen doch eindeutig die Weiterführung der NF und ihre neue Struktur unter der Bezeichnung „Gemeinschaft" hervor. Stattdessen glaubt der Richter dem Angeklagten Schönborn, der angibt, das Material sei am 20.4.94 aus einer Garage in Dänemark entwendet worden und uralt. Auch die Verflechtung mit der am 29.9.95 ausgehobenen Wehrsportgruppe „Heimat Schutzchor Ostwestfalen-Lippe", welche in der Umgebung von Bielefeld und Detmold aktiv war und deren führenden Köpfe Manuel Haberhauer u. Peter Schulz seit langem Kontakt zu Schönborn haben, spielt im Verfahren keine Rolle.



Resumee

Das gesamte Verfahren dreht sich im Moment fast nur noch um den Vorwurf der Verbreitung verfassungsfeindlicher Symbole, wegen dem Schönborn nebenbei angeklagt ist. Dabei geht es um einen von ihm vertriebenen Aufkleber, welcher ein von einem Schild verdecktes Hakenkreuz darstellt. Auf diesem Schild ist zu lesen: „Bin gleich zurück!". Anders als im öffentlichkeitswirksamen Prozeß von Solingen, in dem hartes Durchgreifen demonstriert wurde, dürften die in Dortmund Angeklagten höchstens eine geringe Geld- oder Bewährungsstrafe erwarten. Auf diese Weise ist eine Organisation wie die NF nicht zu zerschlagen. Es bleibt zu befürchten, daß die Aufschrift des von Schönborn vertriebenen Aufklebers „Bin gleich wieder da" schnell Realität werden könnte.

Netzwerk - GT Gütersloh

Letzte Meldung

Nach Fertigstellung des Lay-Outs erreichte uns die Meldung, daß Schönborn, Pielert und Scholz doch verurteilt wurden. Schönborn erhielt 2 Jahre und drei Monate, Scholz und Pielert je 10 Monate Gefängnis. Alle drei Strafen wurden ohne Bewährung verhängt. Der Richter betonte im Urteil, daß er sich bei seiner Entscheidung vor allem auf das, von einer antifaschistischen Initiative vorgelegte Belastungsmaterial stützte. Staatsanwaltschaft und Polizei konnten dagegen praktisch keinen verwertbaren Belastungsbeweis erbringen. Hiermit ein Glückwunsch zur erfolgreichen Arbeit der Gruppe.

Natürlich werden Schönborn und Co. gegen dieses Urteil vorgehen und wahrscheinlich werden - wie bei Christian Worch aus Hamburg - Jahre vergehen, bis die drei endlich hinter Gittern sitzen. Trotzdem ist es sehr erfreulich, daß hier die Weiterführung einer verbotenen Organisation durch ein Urteil bestätigt wird. Antifaschistische Gruppen machen seit langem darauf aufmerksam, daß die halbherzig ausgesprochenen Parteienverbote an allen Enden umgangen werden.

Ankara läßt Oppositionelle auch in der BRD ermorden

Neumünster

Am Abend des 3. September wurde der 21-jährige Kurde Seyfettin Kalan von türkischen Faschisten erschossen und zwei weitere Kurden schwer verletzt.

Die mit reichlich Verspätung eintreffende Polizei nahm als erstes die verletzten Kurden fest, auf der Seite der türkischen Faschisten gab es keine Festnahmen, der Angreifer stellte sich am nächsten Tag selbst. Die bürgerlichen Medien verbreiteten sofort die Version, einige „extremistischen Kurden" hätten eine Gruppe Türken überfallen, worauf einer von diesen sich mit der Schußwaffe verteidigt und einen der Angreifer tödlich getroffen habe.

Also wieder einmal eine private Auseinandersetzung zwischen Kurden und Türken ohne politischen Hintergrund.

Aussagen von AugenzeugInnen zufolge scheint es sich jedoch um einen gezielten und geplanten Mord an dem Kurden zu handeln. So wurde Seyfettin, der aktiv im kurdischen Verein Neumünster mitarbeitete, schon in den vergangenen Monaten mehrfach von Anhängern der „Grauen Wölfe" provoziert und mit Mord bedroht.

Am Sonntagabend befanden sich mehrere kurdische Jugendliche im Imbiß „Kochlöffel", als ca. 15 türkische Faschisten vorfuhren und einen vor dem Imbiß stehenden Kurden angriffen und verletzten. Einige der KurdInnen kamen aus dem Kochlöffel heraus, um ihm zu helfen, als einer der türkischen Faschisten auf Seyfettin Kalan zeigte, ihn namentlich ansprach und das Feuer auf ihn eröffnete. Hierbei wurde ein weiterer Kurde schwer verletzt.

Zeugen berichteten, daß drei der Faschisten mit Pistolen bewaffnet waren und ihr professioneller Umgang mit den Waffen auf eine militärische Ausbildung schließen lasse.

Einer der Verletzten fuhr, da niemand sonst etwas unternahm, den schwerverletzten Mann ins Krankenhaus. Während die Mörder Seyfettins flüchteten, folgten ca. 30-40 Türken, überwiegend Anhänger der Grauen Wölfe und deren deutsche Freunde, den verletzten Kurden ins Krankenhaus. Nachdem sie zunächst den Rettungswagen, in dem sich der schwerverletzte Seyfettin befand, angegriffen hatten, drangen sie in das Krankenhaus ein und suchten nach den Kurden. Sie skandierten kurdenfeindliche Parolen und bedrohten sie. Dabei zeigten sie immer wieder den Gruß der faschistischen Grauen Wölfe. Als die Polizei am Krankenhaus eintraf, befanden sich dort mittlerweile ca. 50 rechte Türken und ihre deutschen Freunde, die prompt allesamt zu einer Zeugenaussage bereit waren. Dabei stellten sie die Ereignisse vor dem Imbiß und die tödlichen Schüsse als Notwehrhandlungen dar und vertauschten bewußt Täter und Opfer. Alleine auf diese Aussagen berief sich dann auch der Polizeibericht und die Medienberichterstattung der folgenden Tage. Die verletzten Kurden selbst wurden, obwohl sie noch im Krankenhaus darauf bestanden, nicht befragt und angehört. Auch nicht, obwohl diese in der Lage waren, die Täter, die ihnen durchaus bekannt sind, zu benennen.

Dieser Mord ist der vorläufige Höhepunkt der zunehmenden Provokationen und Angriffe auf Kurden durch die faschistische MHP, deren Anhänger hier als „Graue Wölfe" bekannt sind.

Nach Darstellung des alevitischen Kulturvereins in Neumünster und anderer Kurden waren Oppositionelle, meist Kurden, seit Monaten massivst von Grauen Wölfen bedroht und angegriffen worden, ganz im Sinne bzw. Auftrag des türkischen Generalstabs, den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung auf die BRD auszuweiten.

Organisiert und gelenkt durch den türkischen Geheimdienst und die türkischen Botschaften werden türkische Jugendliche schon früh in Tarnorganisationen wie Sportvereinen und Moscheen zu Grauen Wölfen ausgebildet und bewaffnet. So hängt die Fahne der Grauen Wölfe unter anderem im Türkischen Sportverein in Neumünster.

Berichten mehrerer KurdInnen und TürkInnen zufolge werden in einer Neumünsteraner Moschee sogar häufig theoretische Schulungen der MHP durchgeführt.

Am Donnerstag den 6.9. wurde durch die Präsenz der herbeigerufenen Polizei ein Angriff der Grauen Wölfe auf den kurdischen Verein in Rendsburg vereitelt. Ca. 30 rechtsgerichtete Türken, die zum Teil aus Hamburg angereist waren, bedrohten die anwesenden KurdInnen unter anderem mit Waffen. Die Polizei, die zwei Pistolen sicherstellen konnte, beließ es jedoch dabei, die Fahrzeuge der Grauen Wölfe lediglich zur Autobahnauffahrt nach Neumünster zu geleiten. Weitere Ermittlungen wurden nicht eingeleitet.

In Neumünster wurden bereits am Samstag vor dem Mord an Seyfettin Kalan Kurdinnen und Kurden durch die Straßen gehetzt.

Auch am Tag danach wurden KurdInnen, die sich im Kulturzentrum getroffen hatten, um sich über die Geschehnisse zu informieren, erneut von türkischen Faschisten angegriffen und bedroht - die anwesende Polizei rührte keinen Finger.

Selbst vor der Mahnwache machten die Grauen Wölfe nicht halt:

An den darauffolgenden Tagen fuhren die teilweise bewaffneten Faschisten, unter ihnen auch der an dem Mord beteiligte, ständig an der Mahnwache vorbei und versuchten die KurdInnen durch das Zeigen von Pistolen und des „Grauen Wölfe"-Grußes - die erhobene Hand mit dem ausgestreckten Zeige- und kleinen Finger - zu provozieren.

Auch als die Polizei mehrfach auf die Faschisten hingewiesen, wurde sah sie sich nicht mal genötigt einzugreifen, als diese offen ihre Waffen zeigten - unter anderem mit der Begründung, sie könne nicht einfach Autos aus dem Straßenverkehr rausziehen.

Diese kurdenfeindliche Haltung der Polizei spiegelt sich in der Politik der Bundesregierung wieder - allen voran Innenminister Kanther, der forderte, man müsse sich bei" der Bekämpfung der PKK auch auf türkische Mitbürger stützen."

Kein Wunder, daß sich Graue Wölfe zur Selbstbewaffnung ermuntert fühlen um „die PKK" - in ihren Augen alle KurdInnen - endgültig zum Schweigen zu bringen. Schließlich handeln sie nicht mehr nur im Interesse der türkischen Regierung, sondern auch ganz im Einverständnis mit der deutschen Regierung und der Polizei.

Auch bei einer Gefährdung der inneren

Sicherheit der Türkei steht die BRD ihrem Freund zur Seite. So befürchtete die türkische Regierung, ein öffentliches Begräbnis des ermordeten Kurden könne zu einer großen Manifestation gegen den türkischen Staatsterror umschlagen. Ähnlich wie schon ein Jahr zuvor nach dem Mord an Halim Dener (er wurde in Hannover beim Plakatieren von einem Polizisten hinterrücks erschossen) verlangte die türkische Botschaft in Bonn die Herausgabe des Leichnams, um ihn selbst in die Türkei zu überführen und unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu begraben.

Um dies zu verhindern, schaltete sich eine Delegation ein, die die Überführung des Leichnams nach Adana am 15.September überwachen und seine Übergabe an die Angehörigen sowie ein würdiges Begräbnis noch am selben Tag ermöglichen sollte.

Die türkischen Sicherheitskräfte machten der Delegation jedoch einen Strich durch die Rechnung und beschlagnahmten den Leichnam schon am Vorabend der geplanten Trauerfeier. Noch in der Nacht wurde der Leichnam an die Angehörigen übergeben, das Haus seiner Familie umstellt und schließlich am frühen Morgen das Begräbnis gegen den Willen der Familie durchgezogen. Um den reibungslosen Ablauf dieses Staatsaktes zu garantieren und eine Demonstration anläßlich der Trauerfeier zu verhindern, wurden am Vortag fünf führende Mitglieder der HADEP bis zum nächsten Abend festgenommen und der Friedhof von Spezialeinheiten abgeriegelt. Nur direkte Verwandte durften an der Trauerfeier teilnehmen, es kam zu zahlreichen Festnahmen.

Das türkische Regime läßt also nicht einmal die Toten in Ruhe.

Demonstration und Trauerfeier in Neumünster

Am Samstag, 9. September beteiligten sich ca. 7.000 - 10.000 Menschen, hauptsächlich KurdInnen, aber auch Teile der türkischen Linken, an einer Großdemonstration, um ihre Wut und Trauer zum Tod von Seyfettin Kalan zum Ausdruck zu bringen.

Die Polizei hatte ein Großaufgebot zusammengezogen, das bereits schon vor der Demo im Einsatz war. So wurden auf allen Zufahrtsstraßen massive Kontrollen durchgeführt, die einen friedlichen Demonstrationsverlauf garantieren sollten - mit Erfolg: Nach den Worten eines Polizeisprechers im Fernsehen konnte die Polizei eine Menge beschlagnahmter gefährlicher Waffen verzeichnen, die von Benzinkanistern über Schlagstöcke in Form von Besenstielen reichte.

Nach anfänglicher Hin- und Herformation setzte sich der Demozug in Richtung Autobahn in Bewegung. Unsere Suche nach deutschen SympathisantInnen und UnterstützerInnen blieb bis auf zwei, drei Reihen, die sich mit etwas Abstand an das Ende des Zuges gesetzt hatten, ergebnislos. Da wir mit- und nicht hinterherlaufen wollten drängelten wir uns nach vorne zwischen die KurdInnen. Anfangs bewegte sich die Demo in menschenleeren Sphären, trotzdem lautstark mit unentwegten Parolen wie „Biji Kurdistanje" und „Türkei - Terrorist", wie um sich Mut zu machen.

Eine Kurdin übersetzte uns eine längere Parole, deren genauen Wortlaut ich im einzelnen vergessen habe. Wollten KurdInnen mit der Parole „ich bin PKK" auf die Kriminalisierung jedes/R Kurden/in mit der Begründung, PKK-SympathisantIn zu sein, hinweisen oder ihre Unterstützung und Identifizierung mit der Arbeiterpartei kundtun? Diese Frage konnte mir zumindest einer, der die Parole gerufen hatte, auch nicht beantworten.

Die Polizei übte indes während der Demo ihre Deeskalationsstrategie, machte sich rar und tat so, als ließe sie sich von den mitgebrachten Fahnen und kurdischen Farben nicht beeindrucken.

Je näher der Zug Richtung Innenstadt kam, desto lauter und geschlossener wurde die Demo und mehr und mehr deutsche Parolen wurden von den KurdInnen aufgegriffen: „Deutsche Panzer raus aus Kurdistan" und „Schluß mit dem Massaker in Kurdistan", um nur Beispiele zu nennen. Der Großteil der deutschen Bevölkerung, an jenem Einkaufssamstag in Scharen vertreten, war der deutschen Sprache jedoch anscheinend nicht mächtig und betrachtete das Ganze verständnislos und kopfschüttelnd.

Auf dem Großflecken angelangt machte der Zug eine Schleife an dem Sarg von Seyfettin Kalan vorbei, der vor dem Tatort, dem „Kochlöffel", aufgebahrt war. Rote und gelbe Rosen begruben ihn unter sich.

Bei den folgenden Redebeiträgen zeigte sich die Disziplin und Geschlossenheit der DemoteilnehmerInnen noch stärker als zuvor. Während einer Schweigeminute im Andenken an den Ermordeten, zu der ein Redner aufgefordert hatte, war auch nicht ein einziges Wort auf dem gesamten Platz zu hören - Totenstille.

Die verschiedenen Redebeiträge - von Kurdinnen über deutsche UnterstützerInnen, unter anderem den Grünen - kommen hier nicht zur Erwähnung, da wir uns zu der Zeit gerade lebhaft unterhielten. (bin wenigstens ehrlich)

Am späten Nachmittag sorgte kurdische Musik über den Lautsprecherwagen für eine gelöstere Stimmung und bald bildeten sich Gruppen und tanzten - so endete der Trauermarsch in einem kurdischen Fest.

Etwas überrascht darüber, daß weder von den Grauen Wölfen noch von seiten der Polizei Provokationen kamen, verließen wir dann den Platz auf der Suche nach etwas Heißem.

Eine friedliche Demo, also ein Erfolg?

Seitens der Polizei bestimmt, die ihren Erfolg erst recht nach der Demo verbuchte: Außerhalb von Neumünster wurden einige KurdInnen, die sich bereits auf dem Heimweg befanden, gezielt festgenommen und erst einige Zeit später wieder freigelassen. Auch für andere Kurdinnen wird die bloße Beteiligung an der Demo vermutlich ein Nachspiel haben...

Wie sich inzwischen bestätigt hat lief auch die Hoffnung, durch die Demo könnten die Aktivitäten der faschistischen Grauen Wölfe mehr ins Licht der Öffentlichkeit gerückt werden, ins Leere.

Überhörte die Polizei doch die Berichte und Meldungen von AntifaschistInnen über die Grauen Wölfe und den tatsächlichen Ablauf des Vorfalls, um in einer schnell einberufenen Pressekonferenz zu versichern, es gäbe „keinerlei Erkenntnisse über Aktivitäten türkischer Rechtsextremisten in Neumünster."

So muß es für eine politisch denkende Linke in der BRD außer Frage stehen gegen die Strukturen und Aktivitäten der Grauen Wölfe vorzugehen und sich mit dem Befreiungskampf der kurdischen Bevölkerung zu solidarisieren.

Keinen Fußbreit den Faschisten hier und anderswo!

Für die Selbstbestimmung der Bevölkerung Kurdistans!

Aufhebung der Verbote der PKK und aller kurdischen Organisationen und Vereine hier in der BRD!

Schluß mit der Kriminalisierung des legitimen Widerstandes von Kurdinnen und Kurden - Freilassung aller kurdischen politischen Gefangenen!

Asylrechtliche Anerkennung als Gruppenverfolgte in der BRD - Stop der bundesdeutschen Abschiebepraxis in den Folterstaat Türkei!

Kurdistan-Solidarität:

Die Diskussion hat erst begonnen

„Der Marxismus ist unvereinbar mit dem Nationalismus, selbst wenn dieser im höchsten Maße >gerecht<, >sauber<, >fein und zivilisiert< ist. An Stelle jeder Art von Nationalismus verkündet der Marxismus den Internationalismus, die Verschmelzung aller Nationen zu einer höheren Einheit...

Das Nationalitätsprinzip ist in der bürgerlichen Gesellschaft historisch unvermeidlich, und der Marxist, der mit dieser Gesellschaft rechnet, erkennt die historische Berechtigung der nationalen Bewegungen vollkommen an. Aber damit sich diese Anerkennung nicht in eine Apologie des Nationalismus verwandelt, ist es erforderlich, daß sie sich strengstens auf das beschränkt, was in diesen Bewegungen fortschrittlich ist, damit diese Anerkennung nicht zu einer Verdunkelung des proletarischen Bewußtseins durch die bürgerliche Ideologie führt." (Lenin)

Am 28. September fand in den Räumen der Deutsch-Kurdischen Gesellschaft (DKG) in Kiel eine Veranstaltung statt, auf der Fragen des kurdischen Befreiungskampfes und der internationalen Solidarität diskutiert werden sollten. Eingeladen hatte die DKG zusammen mit der Redaktion des „Gegenwind".

Ob es sich gelohnt hat?

Nach Meinung des für die DKG anwesenden Genossen offenbar nicht sonderlich. Er brachte in seinem Schlußwort zum Ausdruck, es bestünde von seiner Seite aus immer noch ein „Mißtrauen" gegen bestimmte an der Debatte beteiligten Menschen, die er allerdings nicht benennen wollte - kein sehr hilfreiches Resümee. Was zukünftige gemeinsame Arbeit anging, blieb er äußerst vage.

Leider war tatsächlich nur ein kurdischer Vertreter des Vereins da. Ein wirklicher Gedankenaustausch zwischen deutschen und kurdischen GenossInnen fand also nicht statt. Schade eigentlich. So mag man sich noch darüber freuen, daß recht viele Menschen Interesse an der Veranstaltung zeigten. Greifbare Ergebnisse zeitigte sie nicht. Mein Anliegen bleibt nach diesem Abend: 1. Das begonnene Gespräch nicht abbrechen zu lassen, dabei einerseits mehr über Kurdistan zu lernen und andererseits zumindest den Diskussionsprozeß in kurdischen bzw. deutsch-kurdischen Vereinen zu beeinflussen; 2. Auch bei Fortbestehen inhaltlicher Differenzen (woran nicht zu zweifeln ist) die Schritte praktischer Solidarität zu tun, die eben getan werden können.

Diesem Anliegen sollen auch die folgenden Überlegungen dienen.

Ich habe am 28.9. drei Problemfelder angesprochen, die für mich ins Zentrum der Auseinandersetzungen gehören.

1. Die Bedingungen, unter denen wir diskutieren (der „Rahmen" der Diskussion)

2. Die „Ausländerpolitik" in der BRD mit ihren Auswirkungen auf die Bevölkerung, nicht zuletzt die „Türken", und die Politik der Anschläge

3. Probleme des Kampfes in Kurdistan und der Türkei und die Politik der PKK.

Zu 1.

Der „Rahmen", in dem unsere Diskussion stattfindet, wird leider von anderen gezogen. Er wird bestimmt durch die fortgesetzte politische und militärische Unterstützung des türkischen Terrorregimes durch die Bundesregierung bei ebenfalls fortgesetzter Verfolgung der KurdInnen hier.

Ein aktuelles Beispiel, das meines Erachtens besondere Beachtung verdient, wurde wenige Tage vor der Diskussionsveranstaltung bekannt.

„Fregatten für die Türkei können auf Kiel gelegt werden", meldete die „Kieler Nachrichten" (KN) am 20.9. Es war dies ein Artikel mit Ausblick auf die bevorstehende Aufhebung des Lieferstopps, der nach dem türkischen Einmarsch in den Nordirak (den irakischen Teil Kurdistans) im März dieses Jahres ausgesprochen worden war. Diese Aufhebung ist denn auch erfolgt, das Bundes"verteidigungs"ministerium will bis Ende des Jahres noch Kriegsmaterial für 107 Millionen DM an die Türkei liefern, Mercedes-Benz freut sich über den Fortgang der Geschäfte mit dem Tod - und zwei neue Fregatten sollen auch gebaut werden. An dem Projekt beteiligt sind Blohm + Voß in Hamburg und HDW in Kiel. Somit ist hier eine direkte Herausforderung für Kieler AntiimperialistInnen gegeben.

„Die norddeutschen Werften und Zuliefererbetriebe sind auf den Auftrag angewiesen, um die Beschäftigung ihrer Mitarbeiter zu sichern", schreibt die „Welt", um Einwände gar nicht erst aufkommen zu lassen, und die KN nennt Zahlen: Etwa 500 Arbeitsplätze würden für drei Jahre auf den Werften gesichert, „hinzu kommen 1000 Jobs in der Zulieferindustrie", und eine Zusammenarbeit mit der Türkei im Handelsschiffbau könnte sich daran anschließend auch entwickeln (oder, die Drohung steht im Raum: den Deutschen durch die Lappen gehen, wenn sie sich dem militärischen Deal verweigern).

Wer traut sich nun noch, öffentlich, auf der Werft, in den Gewerkschaften und im Rat der Stadt Kiel diesem Deal dennoch zu widersprechen? - Wir werden sehen...

Am 28.9. stieß dieses Thema nicht gerade auf besonderes Interesse.

Wir kennen keine Klassen mehr ...

Bevor ich zum zweiten Punkt komme, scheint mir an dieser Stelle der Hinweis auf ein grundlegendes Problem notwendig, das die Verständigung zwischen politisch links eingestellten Menschen in Kiel immer wieder erschwert. Man kann es, einen Begriff aus der Diskussion am 28.9. aufgreifend, das Problem des „sozialen Bezugs" nennen.

Im Verlauf dieser Diskussion konnte Einvernehmen darüber hergestellt werden, daß die „nationale Frage" wie alle Fragen der geschichtlichen Entwicklung im Kern eine „soziale Frage" sei, also eine Frage der Ökonomie und der Klassenbeziehungen. Womöglich hätte auch keine/r der Anwesenden der These widersprochen, daß die bisherige Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen sei. Man scheint sich der Bedeutung dieser Feststellungen aber nicht wirklich bewußt zu sein, denn für die Lage hier und heute läßt man sie bei genauerem Hinsehen nicht gelten! Wenn man Linken bei ihrer Darstellung politischer Auseinandersetzungen zuhört, ist von Klassenkampf kaum die Rede. Hier kämpfen Menschen, die guten Willens sind, gegen den Rest der Gesellschaft; daß viele den Begriff „die Herrschenden", der ihren angenommenen Gegner beschreiben soll, gar nicht - jedenfalls nicht klassenmäßig - definieren können, was in Kiel bei verschiedenen Veranstaltungen von allen Beteiligten festgestellt wurde, gehört dazu. Auch eine Genossin, von der ich das eigentlich nicht erwartet hätte, meinte am 28.9., sie habe es nicht mehr so mit der Arbeiterklasse, von der ich immer „leuchtenden Auges" sprechen würde. Nun, sie hat mich dabei nicht ange-

sehen; meine Augen leuchten bei der Erwähnung der Gesamtheit meiner Kolleginnen und Kollegen kaum, dazu kenne ich zu viele von ihnen. Aber Spaß beiseite: Die Gesetzmäßigkeiten der Geschichte wirken, auch wenn man sie ignoriert. Wer sich als „links“ definiert, ohne Bezug zu nehmen auf die Gesellschaftsklasse, die als einzige den Umsturz der bestehenden und den Aufbau einer anders organisierten, nicht mehr auf kapitalistischer Ausbeutung beruhenden Gesellschaft bewerkstelligen könnte (auch wenn sie aktuell kein Interesse daran zeigt), versteht seine eigene Stellung in der Gesellschaft nicht. Da es keine „klassenunabhängige“ Ideologie gibt, führt ein solches Nichtverstehen zwangsläufig zu grundlegenden politischen Schwankungen und zur Annäherung an die Interessen anderer Gesellschaftsklassen als der werktätigen.

Einen anderen Einwand gegen das Beharren auf dem „Klassenstandpunkt“ führe ich hier noch an, weil er direkt ins Zentrum der Auseinandersetzung führt und mir Gelegenheit bietet, zum 2. Punkt überzugehen.

Der türkische Schriftsteller Ismail Besikci, der sich in der Türkei mit aufklärerischen Schriften über die kurdische Frage außerordentlich verdient gemacht hat und deshalb nach dem Willen der türkischen Gangsterjustiz bis an sein Lebensende im Gefängnis bleiben soll, formuliert in seinem Buch „Kurdistan - internationale Kolonie“ einen Standpunkt, der mich an manches Gespräch in Kiel erinnert hat. Er schreibt: „Ich möchte ... betonen, daß es nicht ausreicht, diese Fragen vom Klassenstandpunkt aus zu betrachten; sie müssen auch aus der Sicht der ethnischen Gruppen gesehen werden.“ - Aus meiner Sicht liegt hier eine grundlegende Verwirrung vor. (Sie mag durch die negative Erfahrung mit türkischen Arbeiterorganisationen begünstigt sein; sie mag andererseits mit Schwierigkeiten bei dem Versuch zu tun haben, die ab und an behauptete führende Rolle der Arbeiterklasse im nationalen Befreiungskampf Kurdistans real bestätigt zu finden.) Jedenfalls gibt für ArbeiterInnen aller Nationen allein das Bewahren ihres Klassenstandpunkts den Blick frei auf die mögliche Lösung auch nationaler oder ethnischer Konflikte. (Man kann auch nicht, wie Besikci es in seiner Beschreibung eines türkischen Professors darstellt, „für die Türkei“ eine „demokratische Persönlichkeit“ sein, „aber für die Kurden ... ein Feind und ein türkischer Rassist.“ Eine türkische Arbeiterin, die einen den Kurden gegenüber rassistisch agierenden Menschen in Bezug auf „die Türkei“ als Demokraten ansähe, müßte den Verstand verloren haben.) Es ist gerade das Klasseninteresse der türkischen ArbeiterInnen, daß ihnen die Opposition zum Groß-Türkentum gebietet.

Obwohl Besikci erklärt, „die ständige Wiederholung der Schriften Lenins und Stalins zum Selbstbestimmungsrecht der Völker bedeutet hinsichtlich einer konkreten Lösungsmöglichkeit der Probleme nicht viel“, begründet das nicht den Verzicht auf die Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse bei der Analyse der konkreten Situation (und es gibt kaum eine Forderung, die Lenin hartnäckiger und öfter wiederholt hat als eben diese nach der konkreten Analyse einer konkreten Situation); und so soll Lenin auch hier noch zu Wort kommen. Immerhin wurden die genannten Schriften auch am 28.9. erwähnt. Und Henning Hoffmann wendet sich in seinem Diskussionsbeitrag im „Gegenwind“ 84 mit Fragen und Bemerkungen „an alle MarxistInnen“. Nun denn.

Lenin bezichtigt in einer Darstellung des Verhaltens Stalins und anderer gegenüber der georgischen Nation jene der Verletzung „der Interessen der proletarischen Klassensolidarität“ und stellt fest, daß „nichts die Entwicklung und Festigung der proletarischen Klassensolidarität so sehr hemmt wie die nationale Ungerechtigkeit“, daß „die >gekränkten< nationalen Minderheiten für nichts ein so feines Gespür haben wie für die Gleichheit und für die Verletzung dieser Gleichheit, sei es auch aus Fahrlässigkeit, sei es auch nur im Scherz, für die Verletzung dieser Gleichheit durch ihre Genossen Proletarier. Deshalb ist in diesem Falle ein Zuviel an Entgegenkommen und Nachgiebigkeit gegenüber den nationalen Minderheiten besser als ein Zuwenig. Deshalb erfordert in diesem Falle das grundlegende Interesse der proletarischen Solidarität und folglich auch des proletarischen Klassenkampfes, daß wir uns zur nationalen Frage niemals formal verhalten, sondern stets den obligatorischen Unterschied im Verhalten des Proletariers einer unterdrückten (oder kleinen) Nation zur unterdrückenden (oder großen) Nation berücksichtigen.“

(In: „Zur Frage der Nationalitäten oder der >Autonomisierung<„, 1922)

Bei der Betrachtung der Situation in Deutschland finden wir diese mahnenden Worte bestätigt.

Die Schwäche der Arbeiterbewegung ist die Stärke des Nationalismus

Zu 2.

Eine der größten Schwächen der deutschen Arbeiterbewegung ist es, die politische Rechtlosigkeit ihrer Kolleginnen und Kollegen nicht beseitigen zu können oder gar hinzunehmen, die (bzw. deren Vorfahren und Verwandte) nach dem 2. Weltkrieg vom deutschen Kapital aus dem Ausland geholt wurden (und auch der Menschen, die in Deutschland Schutz vor Verfolgung und Not gesucht haben, zu deren Verursachern schließlich auch die BRD zählt). Daß auch in dieser Frage die Linken und alle DemokratInnen eine Niederlage erlitten haben, hat der Spaltung der Arbeiterbewegung Dauer verliehen. Die Verweigerung der Gleichberechtigung und die Erfahrung der nationalistischen Verseuchung in den Köpfen eines viel zu großen Teils der deutschen Arbeiterschaft, der sich dem deutschen Ausbeuter (sowie dem „Standort Deutschland“) mehr verbunden fühlt als seinen KollegInnen anderer Nationalität (nicht „nur“ denen in anderen Ländern, sondern eben auch denen in Deutschland - und der gerade deshalb selbst untereinander keine ausreichende Solidarität mehr entwickeln kann zur Abwehr der massiven Unternehmerangriffe auf materiellen Besitzstand und politische Rechte), hat die Beibehaltung nationaler Schranken gefördert und verhindert, daß sich die „AusländerInnen“ - wie es dem Interesse der Mehrheit dieses Teils der Bevölkerung entspräche - gesellschaftlich vor allem als ArbeiterInnen, als Teil der Arbeiterklasse in Deutschland sehen. Die als gleichberechtigt nicht Akzeptierten wurden in der Umklammerung durch „ihre Nationen“ belassen bzw. dahin zurückgetrieben. Es wurde die Tatsache begünstigt, daß sie von den herrschenden Klassen ihrer „Heimat“ und den von dort gesteuerten nationalistischen Gruppen benutzt werden konnten. Mächtige Unterstützung erfuhr dieser Prozeß durch die in den letzten Jahren nach dem Anschluß der DDR gehäuft verübten Gewalttaten und Morde durch deutsche Faschisten. „Die Türken“ (Menschen aus der Türkei gleich welcher Nationalität) wurden von der Bundesregierung schon als Feindbild präsentiert, bevor die Nazis in dem bekannten Maße zur Tat schritten, und stehen immer noch im Zentrum der Anfeindungen. In dem so erzeugten Klima der Angst rekrutieren auch die türkischen Reaktionäre und Faschisten besonders gut, und die türkische Regierung versucht mit dem Hinweis auf die Gewalttaten jede Kritik aus Deutschland an ihrer eigenen Politik zu unterdrücken.

Gegen die Aufrechterhaltung und Vertiefung der von den verschiedenen Nationalismen gezogenen Gräben anzugehen, ist eine erstrangige Aufgabe für alle in Deutschland tätigen linken und demokratischen Kräfte, vor allem natürlich für die arbeitenden Menschen und ihre Organisa-

tionen. Sie müßten zum Kern einer Bewegung werden, die in der Frage nach gleichen Rechten (die eine Forderung der demokratischen Revolution ist; „no taxation without representation“ lautete der die kapitalistische Demokratie betreffende Slogan der Amerikaner) eine Bürgerrechtsbewegung sein sollte. Revolutionäre (ArbeiterInnen-)Organisationen in Deutschland müßten in ihrem Kampf gegen das deutsche Kapital den Internationalismus vor Ort auch organisatorisch verwirklichen. - Das mag wie ein Traum erscheinen, zumal es von einem Deutschen vorgebracht wird, wo sich doch die deutsche Linke in einem denkbar jammervollen Zustand der Zersplitterung und Orientierungslosigkeit befindet. Aber wo kommt man hin, wenn man sich nicht mehr klar darüber ist, wo man zur Wahrung seiner Interessen hinkommen muß?

Viele „Gastarbeiter“ hatten früher selbst die Illusion, irgendwann „nach Hause“ zu gehen. Für die meisten ist diese Illusion zerstoben. Gerade auch für Menschen aus der Türkei, unter ihnen viele KurdInnen. (Übrigens: 70 Prozent der KurdInnen in Deutschland sind nach Angabe des DKG-Vertreters am 28.9. ArbeiterInnen.) Sie sind und bleiben EinwohnerInnen Deutschlands ohne Bürgerrechte, und auch ihre Nachkommen sollen es nach dem Willen der Bundesregierung weitgehend bleiben. Es mag sein, daß - gerade nach den Ereignissen der letzten Jahre in Deutschland und in Kurdistan - relativ viele KurdInnen nach einem Sieg der Befreiungskräfte in Kurdistan dorthin (zurück)gehen möchten. Ich weiß es nicht. Für viele wird auch das wohl nicht zu realisieren sein. Auch für kurdische ArbeiterInnen wäre es sinnvoller, ihre Klasseninteressen, also die gemeinsamen Interessen mit den türkischen, deutschen, spanischen usw. ArbeiterInnen, in Deutschland in den Vordergrund zu stellen. (Ich weiß: das wird von PKK und ERNK ganz anders gesehen.) Das müßte ihrer besonderen Solidarität mit dem Kampf für ein freies Kurdistan ebensowenig Abbruch tun wie der Pflege ihrer besonderen kulturellen Interessen (wobei auch die Kultur der Arbeiterklasse mit der Kultur der Nation nicht identisch ist und das Aufeinanderzugehen der arbeitenden Menschen aller Nationalitäten in Deutschland bei der gemeinsamen Entwicklung neuer Elemente einer neuen Kultur der Arbeiterklasse wünschenswert wäre).

Der Nationalismus von Deutschen und der Nationalismus von Türken, den kurdische Menschen in seiner brutalen Ausprägung auch in Deutschland erleben, macht es ihnen in besonderer Weise schwer und legt nationalistische Tendenzen bei ihnen nahe - man muß mit ihnen rechnen (es macht keinen Sinn, sie zu leugnen). Zu übersehen, wer die Schuld daran trägt, wäre für deutsche wie für türkische Linke ein absolut unverzeihlicher Fehler und müßte unbedingt dazu führen, das Vertrauen bei unseren kurdischen KollegInnen und GenossInnen zu verspielen. Auch das würde nur die Position der nationalistischen Kräfte, denen wir gemeinsam entgegentreten müßten, stärken.

Ganz offensichtlich sind sich manche Linke bei uns dieser Tatsache nicht bewußt. Ganz sicher trifft das auf Henning Hoffmann zu, der in seinem erwähnten Artikel schreibt, in der Türkei gäbe es „kein >Kurdenproblem<„. (Henning meint ja auch , „ein >Volk< als ethnische Gruppe“ könne „weder unterdrückt noch befreit“ werden. Dabei kann man Völker sogar ausrotten. Wenn man aufgrund dieser Feststellung in die Nähe faschistischer Presseorgane oder völkisch-reaktionärer Gesellschaften gerückt wird, hören Spaß und ernsthafte Auseinandersetzung auf, bevor sie richtig begonnen haben.) Das ist so die Art schnoddriger Schlaubergerei, die leicht das eigene positive Anliegen, das auch Henning für sich selbst formuliert und auf das unbedingt einzugehen ist, zum Scheitern verurteilen kann.

Noch einmal zu den Anschlägen

In der Diskussion zwischen GenossInnen, ArbeiterInnen, revolutionären Menschen muß bei Wahrung der Grundsätze, die sich aus dem bisher Dargelegten ergeben, die freie und pointierte Darstellung der Standpunkte und die kritische Hinterfragung jeder Position möglich sein. In diesem Sinne komme ich jetzt (endlich) auf die im Zusammenhang mit den Anschlägen auf türkische Einrichtungen in der BRD entstandenen Meinungsverschiedenheiten zurück.

Ich will meine in der letzten Ausgabe der „Atze“ und im „Gegenwind“ 83 getroffenen Aussagen nicht wiederholen. Die vorstehenden Zeilen sollten auch verdeutlichen, warum für mich feststeht: In der gegebenen gesellschaftlichen Situation tragen die als links motiviert bezeichneten Anschläge der letzten Monate dazu bei, die Angst türkischer Menschen in der BRD zu schüren, sie sorgen mit dafür, daß sie sich als Türken verfolgt fühlen und erleichtern den Rechten und Faschisten die Anhangbildung. Im übrigen ebnen sie politischen Provokateuren den Weg. Fortgesetzte Anschläge mit für die Masse der Menschen undurchschaubarem Hintergrund nivellieren in den Augen großer Teile der Bevölkerung die Bedeutung faschistischer Gewalttaten, Brandsätze in dann wirklich beliebige von Türken bewohnte Gebäude werden umso schneller zur Normalität, als die Linke selbst nicht mehr überzeugend dagegen demonstrieren und mobilisieren kann.

PKK und ERNK haben sich bereits nach der faschistischen Mordtat von Solingen mit ihren Erklärungen ins Abseits gestellt (indem sie versuchten, die Tat als Werk der türkischen Regierung hinzustellen, die - sich selbst als Opfer darstellend - von den Erfolgen der PKK und den Großaktionen der KurdInnen in Deutschland ablenken wollte, durch die sie einen Prestigeverlust habe hinnehmen müssen). Solche Fehler wirken nach.

Wenig hilfreich für das Ansehen der PKK und der ERNK ist auch ihre Verlautbarungspolitik zu den Anschlägen. Sie war keineswegs „immer ganz klar“ und womöglich für jeden Gutwilligen ersichtlich, wie das am 28.9. z.T. behauptet wurde. Auch die an diesem Tag vorliegende Erklärung der ERNK vom 29.7. („Wir haben mit den Ereignissen, die in den letzten Tagen geschahen, nichts zu tun“) ist keineswegs von der behaupteten und erforderlichen Klarheit, weil sie die politische Dimension der Anschläge nicht beachtet. Gerade das erhöht angesichts der deutlichen Organisiertheit einer Reihe von Anschlägen, in deren Folge auch Kurden verhaftet wurden, nicht die Glaubwürdigkeit - es macht keinen Sinn, das zu verschweigen. Dabei ist es selbstverständlich notwendig, dem Versuch solcher Politiker wie Kanther entgegenzutreten, der die Anschläge umstandslos der PKK in die Schuhe schieben will und zur Rechtfertigung seiner Politik der Verbote und der Verfolgung benutzt.

Nun gibt es in Kiel GenossInnen, die die Anschläge weiterhin positiv bilanzieren. „Demonstrationen vor Reisebüros haben wir jahrelang gemacht“, so eine Äußerung in der Diskussion. Nicht alle äußern sich positiv zur Gesamtheit der Anschläge. Für manche sind die Anschläge auf Reisebüros verfehlt, notwendig mangels anderer Möglichkeiten und angesichts der realen Bedrohung durch türkische Faschisten seien dagegen die Anschläge auf MHP-Ausbildungszentren und ähnliche Einrichtungen. Auf jeden Fall aber: keine Verurteilung! Und überhaupt und letztlich doch vor allem: Eine solche Aufmerksamkeit für die kurdische Sache habe es lange nicht mehr gegeben wie nach den Anschlägen. - Das nennt man wohl selektive Wahrnehmung.

Die besondere Frage des Umgehens mit ausgewiesenen Schulungszentren türkischer Faschisten habe ich in meinem letzten Artikel kurz angerissen. Ich will sie

hier nicht weiter behandeln. Auf jeden Fall scheint es mir falsch, dieses Problem einfach als militärisches, als Frage des Krieges zu sehen, den es in Kurdistan „und eben auch hier" gebe.

Geht es im Kern nicht doch darum, daß bei den Überlegungen dieser GenossInnen die Auswirkungen z.B. auf die Stimmungslage der türkischen Bevölkerung keine wesentliche Rolle spielen? „Ich hab das nicht mehr so mit dem >guten Ali<", äußerte eine Genossin sinngemäß am 28.9. Das ist für mich eine Variante und passende Ergänzung zu dem bereits erwähnten „Ich hab das nicht mehr so mit den Arbeitern". „Ali ist oft auch ein Rassist und Grauer Wolf". So eine sensationelle Erkenntnis ist das doch nicht. Und macht es eine politische Strategie überflüssig? Als ob man sich deshalb keine Gedanken mehr darüber machen müßte, wie man den Einfluß der türkischen Rassisten unter unseren türkischen KollegInnen brechen könnte und wie man ihm eventuell ungewollt zuarbeitet.

Leider wurde gegen Ende der Veranstaltung im September, nach dem Austausch einer Menge politischer Argumente wider und für die Anschläge und der Betonung der Notwendigkeit der Solidaritätsarbeit nochmals versucht, so zu tun, als könne man der Probleme auf der moralischen Ebene Herr werden. „Ich glaube doch", hieß es da sinngemäß, „das Problem liegt darin, daß Krieg etwas Furchtbares ist - und Unbekanntes für Deutsche." Wir würden uns aufregen, wenn hier mal ein Haus brennt; in Kurdistan und für KurdInnen sei das nichts Außergewöhnliches. - Was ist da zu tun ? Man ist geneigt, die Funktion von Sprache als Mittel der Verständigung grundsätzlich in Zweifel zu ziehen... Natürlich muß gerade jetzt weiter und öfter miteinander geredet werden; in Wahrheit ist ja erst ein Anfang gemacht.

Zu 3.

Jeder Behandlung dieses Punktes voranzustellen ist die Feststellung, daß unabhängig vom Grad des Fortschritts der hierbei zu erzielenden Verständigung eine Solidarität mit dem Befreiungskampf möglich ist. Einige Vorschläge sind im Verlauf der Diskussion im „Gegenwind" und auf verschiedenen Treffen bereits gemacht worden.

Ganz deutlich wird das, sobald man den engen Kreis der an der Diskussion der letzten Monate Beteiligten verläßt. Als Beispiel dafür sei die Arbeit in den Gewerkschaften angeführt. Die IG Medien, der ich angehöre, hat sich von Seiten des Hauptvorstandes besonders der Fachgruppe Journalismus des öfteren deutlich zur Kurdistan-Solidarität bekannt und in ihren Publikationen ausführlich geäußert (nicht zuletzt anläßlich der Verbote von Zeitungen wie „Ozgür Gündem" und „Özgür Ülke"). Eine besondere Sympathie für die PKK wird man hier zu Recht nicht vermuten. In der Provinzstadt Kiel ist der Versuch zur Organisierung von Unterstützungsmaßnahmen allerdings selten von Erfolg gekrönt. Als Beispiel für die aktuelle Entwicklung sei noch ein Antrag angeführt, den der Landesbezirkstag Nord dem Gewerkschaftstag im Oktober vorlegen wird und den die Antragskommission in folgender Fassung zur Annahme empfiehlt:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert:

1. Das faktisch durchgesetzte Publikationsverbot gegen die hier in der Diaspora lebenden Kurden aufzuheben,

2. die Verfolgung der hier lebenden Kurden und Kurdinnen sowie ihrer Vereine und Institutonen zu beenden und

3. die militärische, politische und wirtschaftliche Unterstützung des türkischen Staates einzustellen und Druck auf diesen für eine politische Lösung der kurdischen Frage auszuüben.

Begründung: Am 1.6.1995 wurde auf Antrag der Bundesanwaltschaft der kurdische Agri-Verlag in Köln von der Polizei durchsucht und verboten. 15t Bücher - der gesamte Lagerbestand des seit 10 Jahren in der Bundesrepublik in deutscher, kurdischer und türkischer Sprache zur kurdischen Frage publizierenden Verlages - wurden im Rahmen dieser Aktion beschlagnahmt. Bei den beschlagnahmten Büchern, Zeitungen und Kassetten handelt es sich um Material über die Situation in Kurdistan, den dort gegen das kurdische Volk geführten Krieg sowie den dagegen geleisteten Widerstand. Nachdem durch Verbote kurdischer Organisationen und Institutionen viele der in der Bundesrepublik lebenden Kurdinnen und Kurden durch Demonstrations-, Versammlungs- und Veranstaltungsverbote nahezu jeglicher Ausdrucksmöglichkeiten beraubt wurden, macht das Verbot der kurdischen Nachrichtenagentur KURD-A, dem Kurdistan Informationsbüro und jetzt des Agri-Verlages deutlich, daß jegliche authentische Berichterstattung von kurdischer Seite verhindert werden soll. Und zwar sowohl für die deutsche wie für die kurdische Öffentlichkeit.

Damit nähert die Bundesregierung in unerträglicher Weise ihre Politik gegenüber dem kurdischen Volk weiter der Vorgehensweise des türkischen Regimes an. Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter können wir, insbesondere nachdem sich in den vergangenen Jahren viele von uns anläßlich von Delegationsreisen in die kurdischen Gebiete der Türkei ein eigenes Bild von der dortigen Situation gemacht haben, eine solche Politik nicht hinnehmen."

Auf dieser Grundlage könnte sich die IG Medien an geeigneter Stelle auch mit der IG Metall in Verbindung setzen, um die Ablehnung der oben erwähnten neuen Rüstungslieferungen deutlich zu machen. Mal sehen, was sich machen läßt.

Auch die IG Metall beginnt Ende Oktober ihren Gewerkschaftstag. Ein Antrag der Verwaltungsstelle Frankfurt/M. lautet:

„Der 18. ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die IG Metall hat die demokratischen Rechte der nationalen Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland zu verteidigen. Dazu zählt auch das Recht der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden, sich in Vereinen zusammenzuschließen, kulturelle und politische Veranstaltungen und friedliche Versammlungen durchzuführen. Das Verbot solcher Vereine macht eine Minderheit rechtlos.

Deshalb setzt sich die IG Metall für die Aufhebung der Verbote ein und fordert, daß jeder hier lebende Mensch unabhängig von seiner nationalen Herkunft alle staatsbürgerlichen Rechte erhält (= doppelte Staatsbürgerschaft) und damit den nationalen Minderheiten die Wahrung ihrer politisch-demokratischen Rechte garantiert wird."

Wäre die Annahme dieses Antrags nicht eine gute Grundlage für die Vertiefung der Diskussion in den Betrieben, wo doch ein großer Teil unserer türkischen KollegInnen in der IG Metall organisiert ist?

Soweit zu Notwendigkeit und Möglichkeit der Organiserung von Solidarität unter Einbeziehung von Menschen, für die die Losung „Die PKK ist das Volk, das Volk ist die PKK" wenig überzeugend klingt, für die diese Frage aber von untergeordneter Bedeutung ist. Mit wenigen Beispielen ist so die Absurdität der Behauptung des am 28.9. aus Hamburg angereisten (deutschen) Referenten unterstrichen, man könne nur mit der Gesamtheit aller Aspekte des kurdischen Befreiungskampfes (einschließlich der Brandanschläge) solidarisch sein oder gar nicht.

Im Zusammenhang mit den zitierten gewerkschaftlichen Positionen muß klargestellt werden, daß auch die PKK selber, wenn sie das will, in Deutschland ungehindert von staatlicher Zensur auftreten können muß. Das entspricht auch der Tatsa-

che, daß ohne Einbeziehung der PKK als der Vertreterin zumindest eines bedeutenden Teils des kurdischen Widerstands die angestrebte politische Lösung nicht denkbar ist.

Was nun die Politik der PKK und bestimmte Einzelheiten der Lage in Kurdistan angeht, habe ich noch eine Menge Fragen und Diskussionsbedarf.

Auf jeden Fall ist aus meiner Sicht die heutige Lage im türkischen Teil Kurdistans (von dem hier sie Rede ist; für die anderen Teile gilt grundsätzlich dasselbe) ein schlagender Beweis dafür, was geschieht, wenn die einfachsten Anliegen nationaler Minderheiten (das sind in einem Staatsverband auch die BewohnerInnen kolonisierter Gebiete) in einem von mehreren Nationalitäten bewohnten Staat geringgeschätzt oder gar brutal unterdrückt werden. Allein aus der Tatsache, daß es sich um einen solchen Nationalitätenstaat handelt, folgt hinsichtlich konkreter Forderungen einzelner Volksgruppen und Nationalitäten grundsätzlich zwingend noch nicht viel, und für die Haltung der ArbeiterInnenklasse, der es grundsätzlich ersteinmal gleichgültig sein kann, welche Nationalität ihre Ausbeuter haben, auch nicht.

Solches gilt auch für die nach dem 1. Weltkrieg entstandene türkische Republik. (Von einem kurdischen Proletariat ist zu dieser Zeit noch nicht die Rede.) Dennoch gab es einen Grundsatz, auf dem auch hier zu bestehen war: auf dem Recht der Nationen auf Selbstbestimmung. (Wobei meines Erachtens von einer Formierung der Bevölkerung Kurdistans zu einer Nation erst im Verlauf der verschiedenen Aufstände und schließlich des andauernden Befreiungskampfes wirklich die Rede sein kann. Sie wurde durch die Politik der Kolonisierung und brutalen Unterdrükkung auf die Tagesordnung gesetzt.)

Von Beginn an lag es im Interesse der ArbeiterInnen im Kampf für ihre Emanzipation in der den Weg des Kapitalismus beschreitenden türkischen Republik, nationalen Spannungen entgegenzuwirken und nationalistischen Gewalttaten ein Ende zu setzen. Aber der großtürkische Nationalismus hat sich durchgesetzt, und die gesamte ArbeiterInnenklasse der Türkei wird grausam unterdrückt. In den kurdischen Gebieten wird ein Vernichtungskrieg geführt. Die so entstandene Situation läßt keine Alternative zu der Forderung, daß die Bevölkerung Kurdistans in einem Referendum frei und selbständig entscheiden soll, wie sie ihre Zukunft gestalten will, ob sie ihr Recht auf einen eigenen Staat wahrnehmen will oder ob sie, auf der Ebene der Gleichberechtigung, der Türkei die Bildung einer Föderation anbieten möchte. Die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse der Türkei haben eine revolutionäre Lösung des Problems durch den Sturz der kapitalistischen Herrschaft nicht verwirklichen können. Sie müssen heute ebenfalls die genannte Forderung unterstützen, weil das ihre eigene Position gegen die türkische Bourgoisie nur stärken könnte.

Es bewahrheitet sich in der besonderen Situation Kurdistans und der Türkei, was Lenin in seiner Schrift „Sozialismus und Krieg“ 1915 ausgeführt hat: „Die Sozialisten können ihr großes Ziel nicht erreichen, ohne gegen jede Art von nationaler Unterdrückung zu kämpfen. Sie müssen daher unbedingt fordern, daß die sozialdemokratischen Parteien der unterdrückenden Länder (insbesondere der sogenannten >Groß<mächte) das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen anerkennen und verfechten, und zwar ausdrücklich im politischen Sinne des Wortes, das heißt als Recht auf politische Lostrennung. Der Sozialist, der einer großstaatlichen oder kolonienbeherrschenden Nation angehört und dieses Recht nicht verteidigt, ist ein Chauvinist.

Die Verteidigung dieses Rechts ist nicht nur kein Ansporn zur Bildung von Kleinstaaten, sie führt im Gegenteil zu weit freierer und furchtloserer und darum breiterer und allgemeinerer Bildung von Großstaaten und Staatenbünden, die für die Masse von größerem Nutzen sind und der ökonomischen Entwicklung besser entsprechen.

Die Sozialisten der unterdrückten Nation müssen ihrerseits unbedingt für den völligen (auch den organisatorischen) Zusammenschluß der Arbeiter der unterdrückten und der unterdrückenden Nation kämpfen, Die Idee der rechtlichen Absonderung der Nationen (die sogenannte >national-kulturelle Autonomie< ...) ist eine reaktionäre Idee.“

Alle drei Absätze dieses Zitats sind es wert, im Zusammenhang mit unserer Diskussion selbständig durchdacht zu werden.

So ergibt sich aus dem bisher Dargelegten keineswegs zwingend, warum sich eine Arbeiterpartei auf dem Staatsgebiet der Türkei in den siebziger Jahren entschließt, sich nur auf eine nationale Gruppe der Bevölkerung zu stützen. Das findet aus meiner Sicht eine eher pragmatische Rechtfertigung in den besonderen Möglichkeiten, die man für den Kampf in Kurdistan gesehen hat, der in der Lage sein soll, den türkischen Staat insgesamt zu schwächen und damit auch der dortigen revolutionären und demokratischen Bewegung neuen Auftrieb zu geben. Im übrigen nimmt die PKK für sich in Anspruch, die Sache der nationalen Befreiung endgültig aus den Händen irgendwelcher Clanführer genommen (die sich heute dafür eh nicht regen) und sie unauflöslich mit der Lösung der sozialen Frage im Sinne der ArbeiterInnen und BäuerInnen verknüpft zu haben.

Hier gibt es für mich noch viel zu diskutieren. Mir scheint die Darstellung der PKK-Politik in den mir zugänglichen Publikationen nicht frei von Widersprüchen. Abdullah Öcalan jedenfalls versteigt sich verschiedentlich zu Äußerungen, die nach meinem Verständnis seinen Begriff von Nation und Befreiungskampf denn doch sehr problematisch begründen. So in einem Interview mit David E. Korn im „Kurdistan Report“ 75:

„Warum sollte unser Volk als eines der ältesten der Welt nicht das Recht auf seinen eigenen Namen in seinem eigenen Lande zumindest innerhalb eines föderativen Systems haben?

Die hohe Zahl der in den türkischen Metropolen lebenden Kurden resultiert aus wirtschaftlichen und politischen Problemen. Diese Menschen aus Kurdistan erschweren auch der türkischen Bevölkerung die Lebensbedingungen, obwohl die Kurden selbst natürlich unter schwereren Bedingungen leben. Die Einführung des Föderalismus würde auf einen Schlag Millionen Menschen zu einem Land verhelfen. Auch in Europa leben über zwei Millionen Kurden. Es ist offensichtlich, daß auch sie aufgrund wirtschaftlicher Probleme dorhin ausgewandert sind.

Wir sind der Meinung, daß bei Errichtung eines föderativen Systems diese Menschen wieder in ihr Land zurückkehren würden...“

Ich kann diese Darstellung nicht teilen, vor allem nicht die Idee, die ArbeitsimmigantInnen zu einer Belastung für die (urwüchsige?) Bevölkerung der türkischen Städte und anderer „betroffener“ Staaten zu erklären und der ethnischen Aufsplitterung der Bevölkerung das Wort zu reden. Ist es so schwer zu erkennen, welchen Kräften man damit ideologische Anknüpfungspunkte bietet?

Auch die gesellschaftliche Perspektive, die die PKK für ein freies Kurdistan realisieren will, ist mir nicht hinreichend klar. Die PKK nennt sich sozialistisch und Arbeiterpartei. Welche sozialen Grundlagen würde der Sozialismus in Kurdistan haben, wie ihn sich Genosse A im „Gegenwind“ 82 erträumt?

Wie gesagt: Die Diskussion hat erst begonnen. Dies wird sicher eine Fortsetzungsgeschichte...

Dietrich Lohse

Abschiebeknast Glasmoor - Der Knast muß weg!

***27 Quadratmeter (inklusive Toilettenbereich) für je sechs Personen**
***täglich eine Stunde Hofgang nach ersten massiven Protesten**
***zwei Stunden Umschluß**
***alle zwei Wochen eine Stunde Besuchsrecht**
***Schikanierungen bis hin zu brutalen Übergriffen durch die Wächter des privaten Sicherheitsunternehmens WAKO-NORD GmbH**

Der Hamburger Abschiebeknast Glasmoor, in Schleswig-Holstein bei Norderstedt in der Nähe zum Flughafen Fuhlsbüttel gelegen, besteht seit nunmehr anderthalb Jahren. Er ist angegliedert an die *Offene Justizvollzugsanstalt Glasmoor*. Der Abschiebeknast liegt weit draußen vor den Toren Hamburgs und ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht zu erreichen. Allein die Lage des Knastes, die eine anwaltliche Vertretung häufig daran scheitern läßt, daß die AnwältInnen für kurze Besuche einen halben Tag einplanen müssen, bewirkt eine Isolation. Nur wenige Gefangene sind daher anwaltlich vertreten. Der aus Containern bestehende Abschiebeknast ist für maximal 84 männliche Gefangene ab 16 Jahren vorgesehen, die jeweils zu sechst in 27qm großen Zimmern eingesperrt sind. Es gibt zwei Trakte, die durch Gitter und einen kleinen Flur voneinander getrennt sind. Weitere Abschiebehäftlinge sitzen im Untersuchungsgefängnis Holstenglacis und in den anderen Hamburger Knästen. Minderjährige werden in Hahnöfersand gefangen gehalten. Die Gefangenen befinden sich in "Sicherungshaft", nicht aufgrund von Straftaten, sondern weil seitens der Ausländerbehörde der willkürlich aufgestellte Verdacht besteht, daß die Migranten der vorgesehenen Abschiebung nicht freiwillig nachkommen. Die meisten Gefangenen sind schon mehrere Wochen oder Monate inhaftiert, da es oft lange dauert, Einreisedokumente in die Herkunftsländer oder die angeblichen Herkunftsländer zu beschaffen. Können Gefangene nicht in ihr Heimatland abgeschoben werden, da z.B. wegen eines Bürgerkriegs keine Flüge dorthin gehen, wird ihnen oftmals einfach eine andere Herkunft untergeschoben, um die Abschiebung in ein anderes Land zu ermöglichen.

Die Ausländerbehörde stellt den Antrag auf Abschiebehaft, einE RichterIn hat darüber zu entscheiden, wobei die Justiz in den allermeisten Fällen nach Maßgabe der Ausländerbehörde entscheidet. Alle sechs Wochen gibt es einen Haftprüfungstermin, der meist nur 10 Minuten dauert und den Gefangenen ohne AnwältIn überhaupt keine Chance gibt, wieder freizukommen. Die rechtlichen Bestimmungen für die Durchführung von Abschiebehaft sind zumeist übernommen aus dem Strafvollzugsgesetz, das von einer ganz anderen Ausgangsituation ausgeht. Die rechtlichen Grundlagen der Abschiebehaft sind deshalb unklar und umstritten, die beteiligten Behörden bewegen sich dabei in einer juristischen Grauzone. Abschiebehaft kann im Höchstfall bis zu 18 Monaten angeordnet werden. Mit dem Bau von Abschiebeknästen seit 1992 wird massenweise Gebrauch davon gemacht. 1994 wurden mehr als 53.000 Menschen aus der BRD abgeschoben, dreimal mehr als 1992.

Veranstaltung zu Glasmoor

Am 12. Oktober fand im Kieler Kommunikationszentrum Pumpe eine Veranstaltung der Glasmoor-Gruppe Hamburg statt. Vor dem Veranstaltungsraum vermittelte eine Fotoausstellung einen Eindruck von dem martialischen Abschiebeknast. Umgeben von zwei Zäunen, der äußere, aufgrund der Demonstrationen und Kundgebungen vor dem Knast, kürzlich errichtet, um die Kontaktaufnahme mit den Gefangenen zu erschweren, ist zwei Meter hoch, der innere vier Meter, beide mit NATO-Draht bestückt. Auf dem Gelände stehen Container, auf deren Dächern sich ebenfalls NATO-Draht befindet.



Martialischer Anblick: der Abschiebeknast Glasmoor

Desweiteren werden Widerstandsaktionen gegen den Abschiebeknast dokumentiert.

In dem informativen Vortrag wurden Abschiebeknäste zunächst als Spitze des Eisbergs, der seit 1980 immer weiter ver-

1.10.93	1.2.93	8.12.93	25.12.93	5.5.94	6.94 ein
Daniel Lopez	**Emmanuel Ehl**	**Osazuwa Omah**	**Emmanuel Th. T**	**Owusu Mensa**	**Abschiebehäftling**
erhängte sich in der JVA Trier	erhängte sich in der JVA Regensburg	erhängte sich in der JVA Regensburg	erhängte sich in der Abschiebehaft Herne	erhängte sich in der JVA Stadelheim	in Volksstedt nahm sich das Leben


Sonntagsspaziergängerlnnen nehmen Kontakt mit Gefangenen auf

schärften deutschen Asyl- und AusländerInnengesetzgebung, bis hin zur faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl 1993, eingeordnet. Dabei betonte der Referent, daß oft nur das Schlimmste, also die Abschiebeknäste, gesehen würde, aber diese Knäste immer im Zusammenhang mit anderen repressiven Maßnahmen, die auf rassistischen Sondergesetzen beruhen, zu sehen seien. Weiter wurde die Funktion von Abschiebeknästen erläutert und auf die besondere Situation von Frauen in Abschiebeknästen eingegangen.

Ein Film über den Abschiebeknast und den Widerstand dagegen leitete dann den Teil über den Hamburger Abschiebeknast Glasmoor ein. Hierbei wurden die Haftbedingungen, die Beschränkungen und Schikanierungen in dem Knast dargestellt. Im November 1994 weigerten sich 40 Gefangene nach dem Hofgang in ihre Zellen zurückzukehren und forderten ihre sofortige Freilassung, Bleiberecht bzw. die Ausreise in ein Land ihrer Wahl. Dieser Widerstand wurde mit dem Aufziehen von mehreren Hundertschaften der Polizei beantwortet. Nach der Zusage, daß die Fälle der Flüchtlinge überprüft würden, brechen diese ihren friedlichen Protest ab. Dieser Protest war der Auslöser für eine kontinuierliche Arbeit gegen den Abschiebeknast von Antirassistischen Gruppen. Jeden Sonntag seit dem 6. November 1994 finden Sonntagsspaziergänge zum Abschiebeknast statt. Auf diesen Spaziergängen wird Kontakt mit den Gefangenen aufgenommen, Nachrichten ausgetauscht und die Namen der Gefangenen erfragt, um diese besuchen zu können. Den Gefangenen wird auch mit unterschiedlicher Live-Musik ein wenig kulturelle Abwechslung im Knastalltag geboten. Die Sonntagsspaziergänge werden regelmäßig von einem martialischen Polizeiaufgebot begleitet. Der Widerstand der Gefangenen gegen ihre Haft fängt bei täglichem Widersetzen gegen Verbote, telefonieren oder duschen zu dürfen und der Auseinandersetzung mit den rassistischen Schließern an. Am 8. April 1995 nahm sich der in Abschiebehaft sitzende Togoer Gibrel im Untersuchungsgefängnis Holstenglacis das Leben. Bis zum 11. Oktober 1995 befanden sich 12 Gefangene (10 kurdische und zwei aus dem Iran) über zwei Wochen im Hungerstreik, um ihre Abschiebung zu verhindern. Schließlich wurde von den Referenten über die zunehmende Repression gegen den kritischen Widerstand gegen Glasmoor bei gleichzeitiger Öffnung des Knastes für unkritische(re) Gruppen, wie dem DRK, berichtet.

Diese Wanderveranstaltung soll den Abschiebeknast Glasmoor über Norderstedt und Hamburg hinaus zum Thema machen und findet im Rahmen der am 17. Oktober begonnenen *Aktionswochen gegen Abschiebungen und Abschiebeknäste - für Bleiberecht und offene Grenzen* statt. Die Veranstaltung und die Ausstellung werden am 2. November in der Kieler Uni nochmals zu sehen sein.

Veranstaltungen:

2. November:
Veranstaltung zum Abschiebeknast Glasmoor in Kiel

Fotoausstellung Abschiebeknast Glasmoor
Videofilm zu Glasmoor
Die Glasmoor-Gruppe Hamburg referiert über den Abschiebeknast, den Widerstand drinnen und draußen und die Situation von Flüchtlingen in der BRD.
Die Veranstaltung findet an der Uni statt, Ort und Uhrzeit entnehmt den Stadtmagazinen oder Ankündigungen !

8.November:
Veranstaltung der *Werkstatt 3* und der Gruppe *Was tun!*

Film "tasting freedom" (migrant media, 50 min., London 1994, engl. OF)
Dokumentation über die Kämpfe von Flüchtlingen und ImmigrantInnen-Communities gegen Haftanstalten und Abschiebungen in Großbritannien. Bericht von zwei VertreterInnen des Autonomen Zentrums in Amsterdam über die Europäisierung der Abschiebepolitik und ihre Arbeit im Solidaritätsnetzwerk für Illegale in den Niederlanden
Lichtmeß-Kino (Gaußstr. 25/S-Bahn Altona) um 19 Uhr, Hamburg

11.November:
DEMONSTRATION gegen die Abschiebepolitik der BRD

"Weg mit allen Abschiebeknästen - für Bleiberecht und offene Grenzen"
Auftaktkundgebung: 11 Uhr Schmuggelstieg/Norderstedt (von HH: U-Bahn Ochsenzoll)
Achtet auf Plakate und den Treffpunkt für die Abfahrt von Kiel !!

Jeden Sonntag:
Sonntagsspaziergang zum Abschiebeknast mit Musik

15 Uhr vorm Knast in Norderstedt
Treffpunkt in Hamburg: 14 Uhr Haus für Alle (Amandastr. 58)

2.7.94
Zhau Zhe Gun
erhängte sich in der JVA Volkstadt

1.10.94
Abdullah J.
erhängte sich im Polizeigewahrsam in Ludwigsburg

20.1.95
Amar Tair
erhängte sich in der JVA Wittlich

2.95 ein
Abschiebehäftling
erhängte sich in der JVA Wiesbaden

3.95 ein
Abschiebehäftling
erhängte sich in der JVA Würzburg

8.4.95
Gibriel C.
erhängte sich im UG Hamburg

Meldungen

Morddrohungen gegen Landrat

Der Landrat des Kreises Pinneberg, Berend Harms, hatte eine Ausstellung der *Kreisgemeinschaft Fischhausen* zu dem Thema der Vertreibung Deutscher aus den ehemaligen Ostgebieten in den Räumen des Kreishauses untersagt. Der Landrat ist der Ansicht, daß das Fehlen jeglicher zur Vertreibung führender Gründe, insbesondere das Verschweigen der Rolle Deutschlands als Kriegsauslöser, in der Ausstellung nicht tragbar seien. Der Kreis würde sich bei Ausstellungen in seinen Räumen auch immer ein Stück weit mit deren Inhalten identifizieren, daher sei diese Ausstellung nicht vertretbar. Daraufhin erhielt der SPD-Landrat mehrere anonyme Schreiben, daß er „alle Deutschen beleidigt habe", sowohl erster und zweiter Weltkrieg seien „den Deutschen aufgezwungen worden" und er sei „bald dran". In einem anderen heißt es:"Wir Vertriebenen werden einen Weg für Deinen Tod finden". Diese Schreiben kommen nach Angaben des Landrats aus allen möglichen Regionen, u.a. aus Walsrode und Münster. Die Entscheidung des Landrats scheint also überregional verbreitet worden zu sein. Harms hatte bereits im Mai Ärger mit dem *Bund der Vertriebenen* (BvD), als er auf Intervention von Grünen und SPD eine Veranstaltung des BvD zum Jahrestag der Befreiung vom Faschismus im Kreishaus absagte. Der BvD bezeichnete den 8. Mai nicht als Tag der Befreiung, sondern als den Beginn der Vertreibung. Selbstverständlich sollte auch dort die Schuld Deutschlands am zweiten Weltkrieg unerwähnt bleiben.

SS-Mörder Priebke wird nicht ausgeliefert

Der ehemalige SS-Hauptsturmbannführer Erich Priebke wird zunächst nicht von Argentinien an Italien ausgeliefert. Priebke war im März 1944 an der Erschießung von 335 Menschen in Rom beteiligt und für Deportationen von italienischen Juden und Jüdinnen nach Auschwitz verantwortlich (siehe ATZE Nr.23). Nach Ansicht des Bundesgerichtes seien die Morde nach argentinischem Recht nach 15 Jahren verjährt und eine Auslieferung Priebkes daher abzulehnen.

Gegen die Entscheidung des Gerichts, den 82jährigen nicht auszuliefern, kündigte der argentinische Staatsanwalt Helvecio Martin Barba Berufung an. Ein Vertreter des italienischen Justizministeriums erklärte, daß die italienische Regierung Beschwerde gegen das Urteil einlegen werde. Das Simon-Wiesenthal-Institut, das an der Auffindung Priebkes in Argentinien beteiligt war, zeigte sich von dem Gerichtsbeschluß enttäuscht.

Deutsche Behörden verlangen ebenfalls die Auslieferung Priebkes. Wegen desselben Ersuchens der italienischen Behörden sei der deutsche Antrag, nach Angaben eines Sprechers des Bonner Justizministeriums, jedoch als „nicht so eilig" betrachtet worden. Das dürfte Herrn Priebke allerdings gar nicht gefallen, denn der Naziverbrecher will nicht nach Italien, sondern in die BRD ausgeliefert werden. In Italien herrsche eine „politische Justiz". Aber er habe „volles Vertrauen in die deutsche Justiz". Hier werde er seine Freiheit erhalten.

Das Simon-Wiesenthal-Institut zur Verfolgung von Nazi-Verbrechern schätzt, daß es noch Tausende von mutmaßlichen NS-Tätern gibt, die unter falschen Namen vor allem in Südamerika, aber auch in Deutschland leben. Diesen Leute werde vor allem Mord, Mitwirkung an Morden oder an Deportationen vorgeworfen. Der Leiter des Wiener Dokumentationszentrums Simon Wiesenthal schätzt, daß zwischen 160 000 und 180 000 Deutsche und Österreicher während des Krieges in irgendeiner Weise in Verbrechen verwickelt gewesen seien. Lediglich ein Drittel von ihnen sei vor Gericht gekommen. Die Richter hätten sie „zum Teil verurteilt, zum Teil freigesprochen".

Der ehemalige KZ-Häftling Wiesenthal wehrt sich massiv gegen die Ansicht, daß man diese Leute in Ruhe sterben lasse sollte. Leute mit so einer Vergangenheit hätten „das Recht verwirkt in Ruhe zu sterben". Zwar seien die Verbrechen der Nazis so ungeheuerlich, daß sie „überhaupt nicht bestraft werden könnten". Aber man müsse „etwas gegen eine Wiederholung und für die Zukunft" tun.

Meldungen

Nazifeier in Büdelsdorf

In Büdelsdorf bei Rendsburg feierten am 5. August ungestört 80 - 100 Nazis aus ganz Schleswig-Holstein. Das Fest wurde von der rechten Szene Rendsburgs auf dem Grillplatz am Treidelweg organisiert. Dieser Grillplatz ist seit Jahren als Treffpunkt der rechten Szene bekannt. Von AntifaschistInnen ist schon längst in Flugblättern und durch ein internationalistisches Fest auf diesen Nazitreffpunkt aufmerksam gemacht worden.

Die Faschos hatten einen Bierpilz aufgebaut und ein Lagerfeuer entfacht. Die Polizeistreife, die zu der Feier fuhr, störte sich nicht einmal an diesem Feuer, trotzdem an dem Grillplatz üblicherweise alle Lagerfeuer von der Ordnungsmacht unterbunden werden. Die Behörden scheinen also weiterhin die rechtsradikale Szene Rendsburgs frei gewähren zu lassen. Die Bedeutung von derartigen Festen für die überregionale Vernetzung der Nazi Szene wird deutlich, wenn ein Blick auf die Beteiligung an dieser Feier geworfen wird. Es wurden Autos aus Kiel, Heide, Nordfriesland, Bad Segeberg, Itzehoe, Ostholstein und Lübeck am Grillplatz gesehen. Am selben Abend wurden zwei junge Leute an einer Rendsburger Tankstelle von Rechtsradikalen überfallen.

(aus "Gegengift - politische Informationen für Rendsburg und Umgebung" Nr. 22)

Who's behind Center-Base-Rave ?

Gleich mehrfach berichteten die Kieler Nachrichten in den letzten Wochen über eine Veranstaltung, die als das norddeutsche Großereignis der Rave-Szene geplant war. Zunächst mit viel Vorschußlorbeeren bedacht, folgte dann der klägliche Abgesang: angekündigte DJs waren nie gefragt worden, organisatorische Mängel taten sich auf. So umfänglich dies berichtet wurde, so wenig bekannt wurden die sonstigen Aktivitäten von einem der beiden Veranstalter: Ekkehard Loesch (Bild links). Als die neofaschistische *Deutsche Volksunion* 1992 zum Schleswig-Holsteinischen Landtag kandidierte, stellte sich Loesch als Wahlhelfer zur Verfügung und orderte auch gleich Werbematerialien zur Verteilung an Interessierte. Später versuchte er sich auch mit der Produktion eines Nazi-Skinzines mit dem Titel *Kettenbrecher*, das er bei DVU-Treffen in Kiel anpries. Aber auch dieses ist über ein Anfangsstadium nie hinausgekommen.



Schleswig-Holsteiner sagen „Ja zur DVU"

JA, ich möchte die DVU im kommunalen Wahlkampf unterstützen.

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

- [x] Ich stelle mich als Wahlhelfer zur Verfügung. Bitte informieren Sie mich näher.
- [ ] Ich helfe bei der Sammlung von Unterstützungs-Unterschriften. Bitte senden Sie mir ___ weitere Formblätter. Bitte Anzahl eintragen
- [ ] Ich werde die DVU durch Spenden unterstützen.
- [ ] Ich teile der DVU auf der Rückseite Anschriften weiterer möglicher Anhänger mit.

Ich beantrage meine Mitgliedschaft in der

- [ ] Partei Deutsche Volksunion (Beitrag DM 5,– mtl.)
- [ ] Überparteilichen Vereinigung Deutsche Volksunion e.V. (Monatsbeitrag DM 5,–)
- [ ] Überparteilichen „Initiative für Ausländer-Begrenzung" (Monatsbeitrag DM 3,–)

Aus sozialen Gründen jeweils Beitrag DM 1,– im Monat

Ich abonniere die nationale Wochenpresse

○ [De]utsche National-Zeitung ○ Deutsche Wochen-Zeitung
(A[bonn]ement-Gebühr je DM 8,95 mtl. Auf Antrag Ermäßigung)

Name ____ Vorname ____
Straße ____ PLZ, Wohnort ____
Tel. ____ Geb.-Datum ____

KOSTENLOS FÜR SIE

GUTSCHEIN

für Loesch (Name) Ekkehard (Vorname)
[illegible] (Straße) 2300 Kiel 14 (PLZ, Wohnort)

Bitte senden Sie mir gleich kostenlos: 20.08.73

- [ ] Eine Schallplatte „Deutsche Nationalhymne" (alle drei Strophen)
- [x] Eine Musik-Cassette „Deutsche Nationalhymne" (alle drei Strophen)
- [x] Einen Aufnäher „Ich bin stolz, Deutscher zu sein"
- [x] Ein Probe-Exemplar der DEUTSCHEN NATIONAL-ZEITUNG
- [x] Ein Probe-Exemplar der DEUTSCHEN WOCHEN-ZEITUNG

Bitte senden Sie mir kostenlos:
(Gewünschte Anzahl bitte eintragen)

5 Programme der Partei DEUTSCHE VOLKSUNION
5 Programme der überparteilichen Vereinigung DEUTSCHE VOLKSUNION e. V.
2 Programme der überparteilichen „Initiative für Ausländer-Begrenzung"
10 Aufkleber „Ich bin stolz, Deutscher zu sein"
2 Aufkleber „Erst Deutschland – dann Europa"
1 Aufkleber „D" (schwarz-rot-gold)

Furmular, mit dem sich „Raver" Loesch 1992 als Wahlhelfer für die DVU bewarb.

Hoffnung für Mumia Abu-Jamal

Hinrichtungstermin zunächst ausgesetzt - Neuer Prozeß abgelehnt

Als am 1. Juni dieses Jahres Pennsylvanias Gouverneur Ridge den Hinrichtungstermin für den afro-amerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal auf den 17. August festlegte, entwickelte sich innerhalb weniger Tage und Wochen eine internationale Solidaritätskampagne, mit dem Ziel diese Hinrichtung zu verhindern und durch internationalen Druck einen neuen, fairen Prozeß durchzusetzen.

Die Hintergründe

Der afro-amerikanische Journalist und ehemalige Black Panther Party Aktivist Mumia Abu-Jamal sitzt seit 1982 in Pennsylvania in der Todeszelle. Mumia hat sich seit frühester Jugend gegen Rassismus und für soziale Gerechtigkeit in den USA eingesetzt. Seine kritischen Radiosendungen haben ihm den Namen "voice of the voiceless" - Stimme der Stimmlosen eingebracht. Mumia Abu-Jamal ist bei der weißen politischen Elite des Staates und seiner Heimatstadt Philadelphia und der Polizei wegen seines Engagement gegen rassistische Polizeigewalt verhaßt. Mumia Abu-Jamal wurde 1982 in einem Indizienprozeß nach nur drei Verhandlungstagen wegen Mordes an einem Polizisten von Richter Albert Sabo zum Tode verurteilt. Richter Sabo gilt als "Henker von Philadelphia","er hat 31 Todesurteile ausgesprochen, mehr als jedeR andere RichterIn in den USA. Während des Prozesses wurden entlastende Beweismittel und ZeugInnenaussagen unterdrückt, Mumias Wahlverteidiger John Africa wurde vom Gericht nicht zugelassen und ihm an dessen Stelle ein unfähiger Pflichtverteidiger beigeordnet. Der Staatsanwalt referierte Mumias politische Überzeugungen und rückte dessen ehemalige Mitgliedschaft bei den Black Panthers in den Vordergrund.

Seit Januar 1995 ist in Pennsylvania der extrem rechte Gouverneur Ridge im Amt, der sein "Wahlkampfversprechen", die Todesstrafe in Pennsylvania nach 33jähriger Nichtanwendung wieder vollstrecken zu lassen, wahrmacht. Mumia stand beim Amtsantritt des Gouverneurs auf Platz 101 der Hinrichtungsliste und ist von diesem auf Platz zwei vorgeschoben worden. Am 1. Juni hatte Ridge den Hinrichtungsbefehl für Mumia unterzeichnet. Mumia sollte am 17. August 1995 um 22 Uhr hingerichtet werden. Der Hinrichtungsbefehl wurde einen Tag, bevor Mumias Anwälte einen Antrag auf Revision einreichen wollten, unterzeichnet.


Mumia beim Interview mit der jungen Welt am 7. August 1995

"Es gibt Hunderte und Tausende von Mumia Abu-Jamals in diesem Land"

Dieser Satz stammt von Mumia, weiter führt er aus: *"Das muß einfach auch wahrgenommen werden. Jeden Tag, wenn ich mich mit Gefangenen in meiner Rolle als Gefangenenanwalt im Todestrakt unterhalte, höre ich Horrorgeschichten, die mir die Haare zu Berge stehen lassen. Einige von diesen Fällen habe ich in meinen Artikeln dokumentiert. Diese Menschen sind kaum bekannt, oft bleiben sie anonym. in meinem Prozeß war mein Pflichtverteidiger zum Beispiel offensichtlich inkompetent. Es gibt aber auch Fälle, in denen die Anwälte betrunken zu Verhandlung erschienen sind oder ihren Mandaten vor dem Gericht als "diesen Nigger" bezeichnet haben. Die Mandanten befinden sich inzwischen in den Todestrakten. Es gibt viele Fälle, von denen die Öffentlichkeit nie erfährt, die genauso schockierend oder noch schockierender sind als mein eigener. Es wird einfach Zeit, daß sich die Öffentlichkeit diese Tatsachen vor Augen führt. Außerdem muß man wissen, wer sich in Amerikas Todestrakten befindet. Man findet dort aus guten Gründen keine O.J. Simpsons."*

(Mumia Abu-Jamal in einem Interview mit der jungen Welt vom 7.August 1995 - in junge Welt 6.09.95)

Mumia ist einer der ca. 3100 zum Tode verurteilten Gefangenen in den USA. Die meisten davon sind farbig und verarmt. Es gibt in den USA mehr schwarze Jugendliche in Gefängnissen als in Hochschulen - eine Folge der rassistischen Politik in den USA. "Law and Order" Politiker ernten immer mehr Erfolg, wie z.B. an den Wahlen im November 1994 zu sehen ist. Als Teil des während des Wahlkampfs von Bill Clinton angeleierten Kriminalitätsgesetzes wurden 60 weitere Verbrechen definiert, die ein Todesurteil nach sich ziehen können. Über 30 Milliarden Dollar sollen für Hochsicherheitsgefängnisse und 100.000 neue Polizisten ausgegeben werden. In mehreren US-Bundesstaaten wurde die Todesstrafe wieder eingeführt.

Internationale Mobilisierung für Mumia

Nach Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls am 1. Juni 95 fanden weltweit Demonstrationen und Kundgebungen statt, in Nordamerika u.a. in Philadelphia, Toronto, Chicago, Washington DC, Los Angeles und Vancouver, in Europa u.a. in Amsterdam, London und Rom. In der BRD fan-

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT DARF NICHT NACHLASSEN !

Auszüge aus einem Interview mit Len Weinglass (aus: junge Welt 9.10.95)

Gibt es denn für Mumias UnterstützerInnen während der jetzigen Phase weiterhin Handlungsmöglichkeiten?

Ich halte Unterstüzungsaktionen auf allen Ebenen weiterhin für notwendig. Der Gouverneur, dessen Büro den Fall genau beobachtet, hofft offensichtlich darauf, daß die Solidarität nach dem Ende der Anhörung nachläßt. Im Falle eines negativen Ausgangs aller juristischen Schritte liegt am Ende die Entscheidung über Mumias Leben oder Tod immer noch beim Gouverneur. Deshalb ist ein anhaltender Druck auf den Gouverneur Thomas Ridge wichtig.

Welche Rolle hat denn die internationale Unterstützung in diesem Verfahren gespielt?

Die internationale Mobilisierung ist nach wie vor sehr wichtig. Sie ist auch die treibende Kraft für die Unterstützung in den USA selber. Die US-amerikanischen Medien berichten ausführlich über das Ausmaß der internationalen Aktionen. Gerade heute habe ich einen Anruf vom dänischen Generalkonsulat erhalten, weil eine Gruppe von dänischen Politikern Mumia besuchen will. Der italienische Botschafter hat uns kontaktiert, da im italienischen Parlament eine Resolution für Mumia verabschiedet worden ist. Die Unterstützung in den USA ist sehr von der internationalen Mobilisierung beeinflußt.

Fordert den Gouverneur auf, sich für ein faires Wiederaufnahmeverfahren einzusetzen:

Governor Thomas Ridge
Main Capitol Building,
Room 225
Harrisburg, PA 16652
USA
fax: 001-717-783-3369
(Achtung! häufiger Wechsel der Fax-Nr., aktuelle Nummern erfahrt ihr unter Tel.: 0421/35 40 29 (Bremer Solidaritätsgruppe))

Mumia sitzt wieder im Isolationstrakt, er freut sich über Post:

Mumia Abu-Jamal,
AM-8335,
SCI Greene
1040 East Roy Furman Highway
Waynesburg,
PA 15370-8090
USA

Konzertreihe für Mumia Abu-Jamal

Die Rendsburger *Solidaritätsgruppe für politische Gefangene in den USA* wird mehrere Solidaritätsveranstaltungen mit daran anschließenden Konzerten in Norddeutschland durchführen.

Die Veranstaltungen werden mit einer Lesung aus Mumias neuem Buch „live from death row" beginnen, weiterhin werden zwei Filme gezeigt. Einer über Mumias politische Geschichte und als zweites ein Interview mit Mumia, das im Knast geführt wurde. Auf zwei Stelltafeln wird die Situation der politischen Gefangenen in den USA und Mumias Fall dargestellt.

Nach diesen Veranstaltungen wird in jeder Stadt ein anderes Konzert stattfinden. Bisher haben 14 Bands zugesagt, darunter z.B. *But Alive* und *Di Iries* aus Hamburg. Im Dezember ist ein Soli-Konzert in Kiel geplant. Das Abschlußkonzert dieser Konzertreihe wird am ***26. Dezember*** in der Rendsburger T-Stube stattfinden. Die Einnahmen werden in die Solidaritätsarbeit für Mumia fließen.

Wer in seiner/ihrer Stadt eine derartige Veranstaltung durchführen möchte, kann sich bei der Rendsburger Soli-Gruppe melden:

Rendsburg: *Solidaritätsgruppe für politische Gefangene in den USA* jeden Dienstag 19.00 Uhr in der T-Stube im Stadtpark (Tel.: 04331/29566, fax: 04331/25887)

den Demonstrationen und Kundgebungen vor US-Konsulaten z.B. in München, Stuttgart, Düsseldorf, Frankfurt a.M., Hamburg und in Berlin statt. Am 22. Juli beteiligten sich mehrere tausend Menschen an einer bundesweiten Demonstration in Berlin, zu der über 170 Organisationen aufgerufen hatten. An der Demonstration nahmen zahlreiche prominente PDS-PolitikerInnen und mehrere ehemalige Gefangene aus der RAF teil. Verschiedene südafrikanische Organisationen, der ANC, Anti-Apartheid-AktivistInnen und die schwarze Gewerkschaftsbewegung hatten sich schon in den ersten Tagen nach Bekanntgabe des Hinrichtungsbefehls mit einem dringenden Aufruf für Mumias Leben eingesetzt. Das Strasbourger SchriftstellerInnenparlament hatte am 18. Juli einen Aufruf an den Gouverneur Pennsylvanias, Ridge, gestellt, den Hinrichtungsbefehl zu annullieren und sich für eine Revision des Prozesses einzusetzen. Dieser Appell wurde von mehr als 500 SchriftstellerInnen unterschrieben, u.a. von Adonis, Jorge Amado, Jürgen Habermas, Salman Rushdi, Günter Wallraf, Pierre Bourdieu und Elfriede Jelinek. Neben weiteren berühmten KünstlerInnen in den USA und der BRD, den Bündnisgrünen und der PDS hatte auch Alt-Präsident Weizsäcker erklärt, sich bei Gouverneur Ridge für Mumia einzusetzen.

Solidarität in Kiel

Auch in Kiel gab es Solidaritätsaktionen für Mumia Abu-Jamal. Es hatte sich ein Solidaritätskomitee für Mumia Abu-Jamal gebildet, das aus Einzelpersonen und Mitgliedern verschiedener linker Kieler Gruppen bestand. Als Versuch, ein Echo in den zum 100sten Nord-Ostsee Kanalgeburtstag in Kiel anwesenden überregionalen Medien zu erreichen, wurden während der internationalen Schiffsparade mehrere Transparente mit der Forderung nach Abschaffung der rassistischen Todesstrafe und der Freilassung Mumias aufgespannt. Die erhoffte Medienreaktion blieb allerdings aus. Es wurden mehrere Stelltafeln zur Situation der politischen Gefangenen in den USA, gegen die Todesstrafe und zum Fall Mumias erstellt. Diese Stelltafeln wurden während der Kieler Woche aufgestellt und Unterschriften gegen die Todesstrafe und für die Freilassung Mumias gesammelt. An der Universität hatte sich ein Bündnis aus Antifa-Uni-Plenum, LiBuLi (Linke Bunte Liste) und Grünen HSG gebildet, von dem ebenfalls die Stellwände aufgestellt, ein Film über die Geschichte Mumias und seiner Verurteilung gezeigt und über 300 Unter-

schriften in den Mensen der Uni gesammelt wurden. In Kiel wurde ein Flugblatt mit einer aufgedruckten Postkarte mit der Aufforderung an den Richter Sabo vorsitzenden Richter Legrome Davis, Richter Sabo abzusetzen und einen neuen Prozeß zu gewährleisten, in einer Auflage von 2000 Stück verteilt. Der Buchladen Zapata sammelte ebenfalls Unterschriften und veranstaltete eine Lesung aus Mumia Abu-Jamals aktuellem Buch "live from death row" (Live aus der Todeszelle erschienen bei AGIPA-Press).

Die internationale Unterstützung zeigt erste Erfolge - der aktuelle Stand des Verfahrens

Während einer Anhörung zur Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Mumia verkündete zehn Tage vor der angesetzten Hinrichtung Richter Sabo, der auch für den Revisionsantrag der Verteidiger Mumias zuständig ist, überraschend, daß der Hinrichtungstermin zunächst ausgesetzt werde. Richter Sabo erklärte seine Entscheidung mit dürren Worten: „Das Gesetz schreibt vor, daß diesem Angeklagten ausreichend Zeit gewährt wird, bis der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania und der Oberste Gerichtshof der USA über seinen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens entschieden haben (...) Dies ist bis zum 17. August nicht möglich." Es war das erste Mal, daß Sabo in einem der 31 Fälle, in denen er die Todesstrafe verhängt hat, einen Aufschub der Hinrichtung angeordnet hatte.

Mumias Anwälte sahen dafür mehrere Gründe: "Der internationale Druck und die für den 12. August geplanten Großdemonstrationen in Philadelphia und San Francisco, sowie die wachsende Kritik der überregionalen Presse an Sabos Verhandlungsführung sind nicht spurlos an ihm vorübergegangen" erklärte Mumias Verteidiger Len Weinglass am 7. August. Nach Verkündung der Aufschiebung der Hinrichtung kündigte die rechte Bruderschaft *Fraternal Order of Police* (FOP), die Mumias Hinrichtung mit starkem Druck und einer gut organisierten, finanzstarken Kampagne fordert, verstärkten Protest an.

Die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Mumia wurde von Richter Sabo am Freitag dem 15. September, wie es von dem Richter, der auch Mumias Todesurteil gesprochen hatte, allgemein erwartet wurde, abgelehnt. Das gesamte Wiederaufnahmeverfahren war von Kundgebungen und Demonstrationen für Mumia begleitet worden. Am Tag der Ablehnung des Revisionsantrags fand eine Kundgebung der rechten FOP, an der ca. 1000 Polizisten und der Bürgermeister Philadelphias teilnahmen und auf der die Hinrichtung Mumia Abu-Jamals gefordert wurde, statt.

Die Verteidigung Mumias hat gegen die Ablehnung des Wiederaufnahmeantrags am 10. Oktober einen vorläufigen Berufungsantrag beim Obersten Gerichtshof in Pennsylvania eingereicht. Voraussichtlich im Januar oder Februar werde dort eine erste Anhörung stattfinden, irgendwann danach sei, nach Angaben von Mumias Verteidiger Len Weinglass, mit einer Entscheidung zu rechnen. Die Chancen vor dem Obersten Gericht in Pennsylvania, der 1990 Mumias direkte Revision abgelehnt hatte, werden allerdings als gering angesehen. Das Gericht genießt keinen guten Ruf und wurde wiederholt von Bundesgerichten für seine Entscheidungen kritisiert.

Mumia befindet sich mit der Aufhebung der Hinrichtungsbefehls nicht mehr in akuter Lebensgefahr, das bedeutet allerdings nicht, daß der Kampf um Mumia Abu-Jamals Leben und Freiheit damit gewonnen ist. Das Todesurteil von 1982 ist nach wie vor in Kraft und erst in einem neuen Prozeß wird Mumia die Chance haben, seine Unschuld zu beweisen. Daher darf die internationale Solidarität mit Mumia, die ihm in seinen Worten "von Tag zu Tag, von einer bedrohlichen Situation zur nächsten, vom Tod zum Leben" trägt, nicht nachlassen bis Mumia Abu-Jamal frei ist.

Bücher Bücher Bücher

Dachauer Hefte

Dachauer Hefte Nr.10, Opfer und Täter; 242 Seiten, 22,- DM im Buchhandel

Im November 1985 erschien die erste Ausgabe der Dachauer Hefte - mit dem für jenes Jahr, wegen des vierzigsten Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus programmatischen Titel Die Befreiung. Im November 1994 konnte nun mit Opfer und Täter die zehnte Ausgabe dieser wichtigen Veröffentlichungsreihe zur Verfolgtengeschichte unter dem Nationalsozialismus vorgelegt werden. Sie wird von der Leiterin der Gedenkstätte Dachau, Barbara Distel, und Wolfgang Benz, Historiker am Zentrum für Antisemitismusforschung der FU Berlin, herausgegeben und betreut.

Jede der Ausgaben hat einen thematischen Schwerpunkt (z.B. die Nr.3 Frauen im KZ , Nr.9 Kinder und Jugendliche), auf den sich die meisten der Beiträge beziehen. Es finden sich vor allem persönliche Erinnerungen von Betroffenen - als Wiederabdruck aus Romanen, aber auch als Erstveröffentlichungen; des weiteren wurden wissenschaftliche Texte oder Dokumentationen über die verschiedenen Aspekte des Lagersystems im okkupierten Europa vorgelegt.

In Opfer und Täter werden in Fallstudien zu wichtigen Täter- und Opfergruppen (u.a. die Kommandanten des KZ Dachau, SS-Aufseherinnen, Zeugen Jehovas, ...), Annäherungen an den Komplex von Schuld, Mitschuld, Verrat und Unschuld versucht. In biographischen Skizzen berichten Überlebende über ihre Erlebnisse vor und nach der Befreiung oder wird die wiederspruchsvolle Geschichte eines Lagerältesten dargestellt. Weitere Beiträge dokumentieren die Vorgänge um die verurteilten Nazi-Kriegsverbrecher oder die (Vor-) Geschichte einzelner „normaler" SS-Männer aus dem KZ Stutthof.

Durch die Dachauer Hefte wir die Geschichte und die Funktionsweise des Nationalsozialismus unter unterschiedlichen Gesichtspunkten dargestellt; dabei erweist sich die Zusammenstellung verschidener Textformen als hilfreich. Die „Dachauer Hefte" verfolgen den Anspruch einer radikalen Humanität und den, daß es kein Vergessen der Verbrechen geben kann: in der heutigen Zeit nicht hoch genug einzuschätzende Prinzipien.

B.H.

Bücher Bücher Bücher

Zwangsarbeiter fordern Entschädigung

IG FARBEN - Von Anilin bis Zwangsarbeit 240 Seiten, viele Abbildungen, DM 24,80 ISBN-3-926369-46-9

50 Jahre nach Kriegsende warten ehemalige Zwangsarbeiter des IG FARBEN-Konzerns noch immer auf eine gerechte Entschädigung. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hat nun unter dem Titel „IG FARBEN - Von Anilin bis Zwangsarbeit" ein Buch vorgelegt, das die Verantwortung der Konzerne für Auschwitz und andere Verbrechen belegt.

Eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte ereignete sich hinter Stacheldraht. Hunderttausende Menschen mußten unter grausamsten Bedingungen Zwangsarbeit für den IG FARBEN-Konzern leisten. Die meisten verloren ihr Leben, „vernichtet durch Arbeit", wie es im SS-Jargon hieß. Die chemische Industrie, allen voran der BAYER-Konzern, hat von dieser unheilvollen Entwicklung nicht nur profitiert, sondern sie aktiv herbeigeführt. Der damalige BAYER-Generaldirektor Carl Duisberg war es, der das FARBEN-Kartell zusammengeschmiedet hat. Die IG FARBEN hat Hitler frühzeitig unterstützt, den Bau von Auschwitz finanziert und schließlich ein eigenes Werk (BUNA II) mit angehörigem KZ (Monowitz) installiert.

Das Buch „Von Anilin bis Zwangsarbeit", herausgegeben von der Coordination gegen BAYER-Gefahren, führt kenntnisreich in die historischen Zusammenhänge mit ausgewählten Dokumenten und Abbildungen ein. Ein besonderes Augenmerk richten die Autoren, darunter der bekannte Faschismus-Experte Otto Köhler, auf die Verbrechen, die im Namen von Rassenwahn und Profitsucht begangen worden sind. Ein Briefwechsel zwischen BAYER und der SS „betreffs der Lieferung von Frauen" zu medizinischen Versuchen dokumentiert, auf welch grausame Weise die Menschenwürde mißachtet worden ist. „Alle Frauen sind gestorben. Wir werden uns wegen einer neuen Lieferung demnächst an sie wenden", heißt es in einem Schreiben aus dem Hause BAYER.

Nach dem Krieg wurde die IG FARBEN formal entflochten. Doch die Macht von BAYER, HOECHST und BASF ist heute größer denn je. Wen wundert da, daß BAYER seine Geschichte von hochrangigen Professoren reinwaschen läßt und Forderungen nach Entschädigung mit Gewalt erstickt. Die Rede eines Kritikers zu diesem Thema auf der Hauptversammlung (im Anhang des Buches dokumentiert) wurde vom Werkschutz brutal verhindert.

Besondere Beachtung verdient ein Kapitel, das sich mit einem hierzulande nicht bekannten Fall in den USA befaßt. Ein ehemaliger Zwangsarbeiter hat gerichtlich durchgesetzt, daß er die Nachfolger der IG FARBEN auf Entschädigung verklagen darf, ein Tatbestand, der bei BAYER, HOECHST und BASF für einige Aufregung sorgen und Rechtsgeschichte schreiben wird.

Medienrandale und (Anti)Rassismus

Medienrandale, Rassismus und Antirassismus autonome a.f.r.i.k.a.-Gruppe 162 Seiten, 24 DM; Trotzdem Verlag, Grafenau 1994

Medien sind derzeit in der Linken ein Thema, das sehr „in" ist. Egal ob es sich um den Golfkrieg, die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit antifaschistischer Gruppen, die Diskussion um die Verhinderung von Filmen wie „Beruf Neonazi", den alltäglichen Rassismus der Tagespresse oder des „Spiegel", oder um die „Telekratie" von Berlusconi in Italien handelt, die Medien sind Mittelpunkt des Interesses.

Die „afrika-gruppe mittlerer neckar" gehört zu den wenigen Gruppen in der unübersichtlichen autonomen Bewegung, die eine nachdenkliche Theoriearbeit betreiben. In ihrer neuesten Veröffentlichung will sie untersuchen, welche Rolle Massenmedien bei der (Wieder-)Herstellung von Rassismen zukommt, und das Verhältnis von linker, antirassistischer Politik und bürgerlichen Medien beleuchten. Die Medien werden dabei „als Bindeglied oder Schnittstelle zwischen Staat und Gesellschaft", und als ein nicht zu vernachlässigender Faktor bei der Herstellung von Übereinstimmung zwischen Beherrschten und Herrschenden verstanden.

In dem Buch steht die Funktionsweise und die konkrete Ausprägung des rassistischen Medienkurses im Mittelpunkt, ebenso die Frage nach der Darstellung linksradikaler und antirassistischer Inhalte in den bürgerlichen Medien. Das Verhältnis der linken und antifaschistischen Opposition zu den etablierten Medien wird dabei als zwischen Überschätzung und Ignoranz schwankend verstanden. In der zweiten Hälfte geht es um ein verändertes Verhältnis zu den Medien. Angesichts der internationalen Veränderungen, der „Umcodierung von Militanz" durch randalierende Nazis und der Ohnmacht der Linken könne und müsse sich das Verständnis linker Politik ändern: die immer noch notwendige Militanz sei vor allem mit kommunikativen Mitteln herzustellen und auszuüben, und nicht mit körperlichem Einsatz. Linke und linksradikale Politik müsse sich mit der Herrschaft künstlich produzierter Realitäten wie etwa den Medienbegriffen der „Organisierten Kriminalität" oder der „Asylbewerberflut" auseinandersetzen.

BE

Versorgungslinie

NORD

Die deutsch-dänische Nazi-Connection

Eine Broschüre von Demos (Kopenhagen) und ATZE

Ende 1994 sorgten deutsche Neonazis in Dänemark monatelang für Schlagzeilen. Nach dem Altnazi Thies Christophersen hatte sich unweit der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland auch Führungspersonal der verbotenen *Nationalistischen Front* niedergelassen; ihr Ziel: der Aufbau eines Nazi-Stützpunktes.

In einer umfangreichen Darstellung zeichnet die Broschüre *Versorgungslinie Nord* erstmals Geschichte, Umfang und Charakter der internationalen Zusammenarbeit von Nazis an konkreten Beispielen nach. In einer Vielzahl von Beiträgen werden unter anderem folgende Aspekte behandelt: Geschichte und Aktivitäten der NSDAP/AO, Thies Christophersen und die „Internationale der Auschwitzleugner“, die Kooperation von FAP und NF mit dänischen Nazis, das Nazi-Netzwerk in der Grenzregion Flensburg, ...

Die Broschüre (64 Seiten A4) ist in Kiel u.a. in den Buchläden *Zapata* (Jungfernstieg 27; Medusastraße 16) und *Trau Dich* (Holtenauer Str. 92) sowie (nur gegen Vorkasse: 7,- DM + 2,- DM Porto und Verpackung) direkt bei der ATZE (Schweffelstraße 6, 24118 Kiel) erhältlich.